

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 1

(Beginn: 15.42 Uhr - Ende: 21.50 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 15. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße hier im Gürzenich unsere Gäste im Zuschauerbereich und alle, die im Livestream zuschauen, besonders die Schülerinnen und Schüler des Sozialwissenschaftskurses der 10. Klasse der Peter-Ustinov-Realschule, die sich unsere Sitzung heute eigentlich hier vor Ort ansehen wollte, sich aber entschieden hat, die Sitzung nur im Livestream zu verfolgen.

Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und ganz besonders herzlich die Generalkonsulin Frau Iryna Shum vom Generalkonsulat der Ukraine in Düsseldorf.

(Anhaltender lebhafter Beifall - Die Anwesenden erheben sich)

Und, meine Damen und Herren, ich möchte noch ergänzen: Herrn Generalkonsul Jakub Wawrzyniak vom Generalkonsulat der Republik Polen in Köln und Doyen des Konsularischen Korps in NRW, der seine Kollegin nicht nur heute, sondern in den letzten Wochen eng begleitet hat. Vielen Dank dafür.

(Anhaltender lebhafter Beifall - Die Anwesenden erheben sich)

Auch Herrn Jeschka, der heute Geburtstag hat, möchte ich herzlich begrüßen und ihm gratulieren.

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Herr Bauer-Dahm, Frau Dickas, Herr Erkelenz, Herr Görzel, Frau Helmig, Frau Heuser, Herr Joisten, Frau Niknamtavin, Frau Sommer, Frau Steinmann, Herr Dr. Unna und Herr Welter.

Von der Verwaltung ist Herr Greitemann entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Schwanitz, Herrn Weber und Frau Ruffen.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir, wie immer, die Tagesordnung festlegen. Der Entwurf der heutigen Tagesordnung liegt Ihnen

vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind dort gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP, Volt, Die FRAKTION und die Ratsmitglieder Frau Gabrysch und Herr Zimmermann haben gestern fristgemäß einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Krieg und Flucht in Europa: Unterbringung und Versorgung der Kriegsflüchtlinge in Köln“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Die Verwaltung schlägt darüber hinaus die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen unter TOP 4.4 bis 4.6, die Gremienbesetzungen unter TOP 17.6 bis 17.8. Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte TOP 3.1.7, TOP 16.1, TOP 17.2, TOP 24.4.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Hock oder Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank. - Wir würden gerne den Tagesordnungspunkt 3.1.3 in die nächste Sitzung schieben, da die Beantwortung der Anfrage noch nicht da ist und wir eventuell noch Nachbesserungen vornehmen möchten. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es ist notiert. Vielen Dank. - Eine weitere Wortmeldung. Bitte sehr.

Philipp Busch (AfD): Ja, vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich habe Bedenken bei dem Punkt 1.1. Der ist fast wortgleich mit dem Dringlichkeitsantrag 3.1.9. Ich habe auch Bedenken, was die Dringlichkeit des Antrags 3.1.9 angeht. Begründung: Es gibt einen ähnlichen Antrag unter 3.1.5. Hier hätte meines oder unseres Erachtens ein Änderungsantrag eingehen können oder sollen. Es hat sich eigentlich an der Tatsache nichts geändert: Krieg ist unglücklicherweise schon länger in der Ukraine. Die antragstellenden Fraktionen hätten ihren Antrag fristgerecht einbringen können, genauso wie der Antrag 3.1.5 fristgerecht eingebracht wurde.

(Der Redner erhält einen Hinweis von Matthias Büschges [AfD])

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 2

Entschuldigung, ich korrigiere: Ich meine natürlich 3.1.2 nicht 3.1.5. Und ich bitte darum, die Dringlichkeit begründet zu bekommen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer, bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens ist die Begründung des Dringlichkeitsantrags schriftlich erfolgt. Ich gehe davon aus, dass Sie das auch entsprechend lesen könnten. Trotzdem noch zwei Sätze dazu: Die Situation, die wir momentan erleben, ist höchst dynamisch, höchst dramatisch. Wir werden jeden Tag vor neue Herausforderungen gestellt. Von daher sind Anträge, die vor einer oder zwei Wochen eingestellt wurden, garantiert nicht mehr auf dem aktuellen Stand. Wir bitten daher, der Dringlichkeit auch zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Bitte sehr.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank. - Herr Hammer, was Sie gesagt haben, mag alles stimmen, ändert aber nichts daran, dass Sie keine Dringlichkeit haben. Sie hätten hier einen Änderungsantrag - -

(Zuruf)

Bitte? Sagen Sie ruhig, was Sie wollen. Setzen Sie doch die Maske auf.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Gegenrede ist eigentlich nicht üblich.

Philipp Busch (AfD): Okay. Ja, es ist keine Debatte. Ich sage es nur. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zum bisherigen Verlauf der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP, Volt, Die FRAKTION und die Ratsmitglieder Frau Gabrysch und Herr Zimmermann haben heute zum Thema „Aufnahme und Versorgung geflüchteter Menschen aus der Ukraine“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist TOP 3.1.9. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit?

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich glaube, der Kollege Busch hatte es vorhin schon im Ansatz ausgeführt: Eine Dringlichkeit liegt nicht vor, weil ein entsprechender Antrag bereits auf der Tagesordnung steht. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg hat am 24.02. stattgefunden – also vor Antragsfrist -, und ich glaube, deswegen liegt hier keinerlei Dringlichkeit vor und das Ding kann so nicht verhandelt werden, weil ein entsprechender Antrag vorliegt. Die Antragsteller hätten - wie der Kollege Busch schon ausgeführt hat - durchaus einen Änderungsantrag schreiben können. Deswegen sind wir der Meinung, dass das hier nicht verhandelt werden kann.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Werte Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Was wir hätten sollen, interessiert uns hier nicht als Antragsteller.

(Beifall)

Wir haben das Recht, einen Dringlichkeitsantrag zu stellen. Wer die Bilder der letzten Tage sieht und wer sieht, welches Leid wir auch in Köln erleben müssen, was am Hauptbahnhof ankommt und was wir versuchen zu regeln, kann nicht in Abrede stellen - außer der AfD vielleicht -, dass der Antrag dringlich ist. Darum bitte ich hier den Rat, das als Dringlichkeit anzusehen. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt darüber abstimmen, meine Damen und Herren. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 3

Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, dass wir den Tagesordnungspunkt 1.1 - das ist die aktuelle Stunde - sowie die Anträge unter 3.1.2 und 3.1.9, der eben auf die Tagesordnung aufgenommen wurde, gemeinsam behandeln, und zwar direkt zu Beginn unter 1.1.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen. - Vielen Dank.

Bevor wir zu TOP 1.1 kommen und ein Thema besprechen, das alles überschattet, das uns alle bewegt und das enormes zivilgesellschaftliches Engagement hervorgebracht hat, für das ich überaus dankbar bin, müssen wir uns noch einmal vergegenwärtigen, meine Damen und Herren: Auch heute, an Tag 22 des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, sind wir alle mit den Gedanken bei den Menschen, die jetzt in diesen Minuten um ihr Leben fürchten, die für ihr Land kämpfen oder ihr Heimatland verlassen müssen.

Meine Damen und Herren! Es ist angesichts der aktuellen Lage keine Selbstverständlichkeit, dass heute Frau Generalkonsulin Iryna Shum an der Ratssitzung teilnimmt, und auch nicht, dass der Doyen des Konsularischen Korps NRW Herr Generalkonsul Jakub Wawrzyniak sie begleitet.

Mit Ihrem Einverständnis wird die Generalkonsulin jetzt einige Worte an uns richten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Iryna Shum (Generalkonsulin der Ukraine): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin! - Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte! Liebe Kölnerinnen und Kölner! Ich danke Ihnen für diese Mög-

lichkeit, hier bei Ihnen zu sein und diese Bekundung der Solidarität zusammen mit Ihnen zu erleben.

Ich danke der Stadt Köln, allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt für diese beeindruckende Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität mit meinen Mitmenschen. Meine Landsleute, die ihre Häuser wegen des Krieges Russlands gegen die Ukraine verlassen haben, fühlen sich hier nicht nur sicher, sondern auch willkommen. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Heute ist der 22. Tag des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Gestern erschossen russische Streitkräfte Menschen, die in einer Schlange nach Brot in Tschernihiw anstanden. 13 Menschen wurden getötet.

Russland warf eine riesige Bombe auf das Gebäude des Schauspielhauses in Mariupol. Auf den Asphalt neben dem Theater schrieb man mit Kreide das Wort „Kinder“, weil das Gebäude als Schutzraum für Kinder diente. Mehr als tausend Menschen hatten dort Schutz gesucht. Laut den neuesten Meldungen hielt der Luftschutzkeller unter den Trümmern aus. Die Evakuierung der Menschen fing an.

Heute in der Früh sprach der Präsident der Ukraine Wolodymyr Selenskyj vor dem Deutschen Bundestag:

In Europa wird ein Volk vernichtet.

So der Präsident der Ukraine. Er sprach über Mariupol, wo 100 000 Menschen 24 Stunden unter Beschuss ohne Essen, ohne Trinkwasser, ohne Strom, ohne Internetverbindung seien. Die russischen Truppen unterscheiden nicht zwischen militärischen und zivilen Objekten.

Es ist jetzt offensichtlich, dass die Welt vor acht Jahren nicht angemessen reagiert hat, als Russland die Krim annektierte und den Krieg im Donbas entfesselte. Es ist offensichtlich, dass eine andere Strategie verfolgt werden muss, um diesen Krieg zu stoppen.

Wir, die Ukrainer, werden nicht aufgeben. Die Menschen kämpfen um jedes Stück Land. Wir rufen unsere Partner auf, nicht aufzugeben, die Menschen in der Ukraine mit Taten zu unterstützen, mit harten und schmerzhaften Sanktionen volle Isolierung Russlands, mit schnellem Beitritt

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 4

in die Europäische Union, mit Waffen, Flugabwehrsystemen, Raketenabwehr.

Bei einer Demo in Düsseldorf hat mich eine junge Frau angesprochen. Sie sah nicht älter als 20 Jahre aus. Studentin. Sie sagte: „Ich möchte mich bei Ihnen entschuldigen, dass die Welt die Ukraine heute nicht ausreichend unterstützt.“ Das musste sie nicht, aber wichtig ist, was sie weiter sagte. Sie sagte: „Vor einigen Wochen war ich eine überzeugte Pazifistin, heute nicht mehr. Russland muss gestoppt werden!“

Mit diesen Worten möchte ich auch meine Ansprache beenden. Russland muss gestoppt werden!

(Beifall)

Und es gibt keine einfache Entscheidung dafür. Eines ist klar: Es ist jetzt höchste Zeit, die schwierigen Entscheidungen auf allen Ebenen zu treffen - für die Unternehmen, für die Menschen -, um Russland zu stoppen, damit die Nachkommen auf diese Entscheidung stolz sein können. - Danke schön.

(Anhaltender lebhafter Beifall - Die Anwesenden erheben sich)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, sehr geehrte Frau Generalkonsulin, für Ihre bewegenden Worte. In den vergangenen Wochen hat sich gezeigt, dass die Stadtgesellschaft hier in Köln bereit ist, einen großen Beitrag zur Humanität in Europa zu leisten. Ich möchte mich auch noch einmal bei allen bedanken, die mit viel Herzblut, den ungewöhnlichsten Ideen, Improvisationen und zum Teil an der Grenze der Belastbarkeit wirklich alles geben, um den Menschen, die zu uns kommen, zu helfen. Und deswegen möchte ich auch heute hier noch einmal betonen, Frau Generalkonsulin: Sie können sich der Solidarität Kölns sicher sein. Wir helfen, wo wir nur können.

(Beifall)

Frau Martin hat sich jetzt zu Wort gemeldet.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. - Sehr geehrte Frau Generalkonsulin, liebe Frau Shum! Stellvertretend für alle Ratsmitglieder möchte ich mich bedanken, dass Sie hier sind. Es ist uns eine große

Ehre. Ich möchte vonseiten des Rates auch noch einmal versichern: Unsere Gedanken, aber vor allem unser Herz ist bei den Menschen in der Ukraine, bei Ihrem mutigen Präsidenten, bei allen, die kämpfen, und bei den Zivilistinnen und Zivilisten, die dem Kriegsgräuelfeld ausgesetzt sind, und bei den Menschen, die in den Nachbarländern - deshalb auch einen Gruß an den polnischen Generalkonsul - Zuflucht gefunden haben, und bei den Menschen, die hier in Köln ankommen. Die Oberbürgermeisterin hat es gesagt - und wir teilen das -: Wir werden alles, wirklich alles, tun, um die Menschen mit dem zu versorgen, was sie brauchen.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Martin.

Ich rufe auf:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt, Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Krieg und Flucht in Europa: Unterbringung und Versorgung der Kriegsflüchtlinge in Köln“ AN/0629/2022

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Willkommenskultur für ukrainische Frauen und Kinder in Köln" AN/0552/2022

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt, Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Aufnahme und Versorgung geflüchteter Menschen aus der Ukraine" AN/0632/2022

Ich gebe zunächst Frau Yazicioglu das Wort.

Dilan Yazicioglu (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 5

Kolleginnen und Kollegen! Seit ungefähr einem Jahr bin ich Mitglied dieses Rates und spreche nun zum dritten Mal zur Aufnahme von Schutzsuchenden. Das 21. Jahrhundert ist für meine Generation von Gewalt, Terror und Flucht geprägt.

Noch vor wenigen Monaten versammelten wir uns im Rat angesichts der ausweglosen Situation in Afghanistan. Heute stehen wir erneut hier und blicken mit Entsetzen auf den Krieg in der Ukraine. Uns erreichen Bilder von zerbombten Wohn- und Krankenhäusern. Bilder von Menschen, die tagelang in U-Bahn-Stationen ohne Medikamente, ohne Strom und immer knapper werdender Versorgung um das Nötigste ausharren. Bilder von Frauen und Kindern, die sich zu Fuß durch Eiseskälte auf den Weg machen, um das Einzige zu retten, was ihnen geblieben: ihr Leben!

Unsere Gedanken sind in diesen schweren Zeiten bei den Menschen in der Ukraine. Ihnen gelten unsere volle Solidarität, unser Beistand und unsere Unterstützung.

(Lebhafter Beifall)

Es ist ein Angriffskrieg, ausgelöst von einem Kriegstreiber, der bereits in der Vergangenheit bewiesen hat, dass er jede Gräueltat an der Zivilbevölkerung in Kauf nimmt.

Gleichzeitig müssen wir Vorsicht wahren: Vorsicht vor neuen Feindbildern und Verurteilungen. Auch in unserer Mitte leben Menschen mit russischen Wurzeln. Menschen, die Teil unserer Gesellschaft, Teil unserer bunten und kulturellen Stadt sind.

Der Krieg Putins darf uns nicht dazu verleiten, unschuldige Menschen zu verurteilen oder auszugrenzen. Dieser Krieg ist der Krieg eines Diktators, nicht der Krieg des russischen Volkes und schon gar nicht der Krieg unserer russischen Bürger, die aus guten Gründen ausgewandert sind und hier in Köln eine neue Heimat gefunden haben.

(Beifall)

Es ist Zeit zusammenzustehen und Solidarität zu zeigen - in der Welt, in unserem Europa und hier in Köln.

An dieser Stelle möchte ich einen großen Dank aussprechen: an Sie, Frau Oberbürgermeisterin, an Herrn Dr. Rau, an Stadtdirektorin Frau Blome, an Frau Prof. Dr. Diemert, an Herrn Dr. Miller und

an alle Mitarbeiter*innen für ihren tatkräftigen Einsatz während der vergangenen Wochen.

(Beifall)

Ein ganz besonderer Dank gilt auch der Zivilgesellschaft und allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die schon unmittelbar nach der Ankunft der ersten Schutzsuchenden aus der Ukraine vor Ort angepackt haben und einen wirklich beispiellosen Beitrag geleistet haben und dies weiterhin tun.

(Beifall)

Trotz dieses großartigen Engagements, das mich heute mit Stolz und Freude erfüllt, gibt es noch einige Herausforderungen, denen wir uns dringend stellen müssen: Es gibt noch immer keine geordneten Strukturen für die Verteilung der Menschen. Die Bundesregierung und das Land NRW müssen schnell und zielgerichtet handeln, um die Kommunen bei der Aufnahme der Schutzsuchenden endlich zu unterstützen. Nur durch die Zusammenarbeit von Politik und Zivilgesellschaft auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ist die Bewältigung dieser großen Aufgabe möglich.

Das Auszugsmanagement muss mit der Koordination der privaten Wohnraumvermittlung beauftragt und personell aufgestockt werden. So können wir vulnerable Gruppen - Menschen mit Behinderung, Ältere, Frauen mit Kindern - einen geschützten Wohnraum bieten. Dazu gehört auch die personelle Aufstockung der Träger in der Flüchtlingsberatung.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen für einen humanitären Flüchtlingsschutz für alle Menschen, deren Leben und Sicherheit durch Krieg, Terror oder Vertreibung bedroht sind - ganz egal, ob sie vor russischen Bomben oder Terrorismus fliehen, ganz egal, ob sie durch die Eiseskälte des nordeuropäischen Winters oder durch die stürmischen Wellen des Mittelmeers zu uns kommen. Die Aufnahme von Schutzsuchenden darf sich nicht an unseren Klassifizierungen, Statistiken und Obergrenzen orientieren, sondern an deren Bedürftigkeit und an unserer Menschlichkeit. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall)

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 6

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Frau Generalkonsulin! Sehr geehrter Herr Generalkonsul! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Gürzenich und im Netz! Als wir vor gar nicht langer Zeit hier zusammenkamen, hätte wohl niemand von uns erwartet, dass die Welt sich so schnell verändern kann, wie dies geschehen ist.

Der völkerrechtswidrige und unmenschliche Krieg in der Ukraine führt auch dazu, dass viele Kriegsflüchtlinge hier in Köln ankommen. Die Kölnerinnen und Kölner haben von Anfang an ein vielfältiges Engagement für die Menschen in der Ukraine auf der Flucht und der Ukraine selbst gezeigt, nicht nur durch eindrucksvolle Solidaritätserklärungen und -kundgebungen, sondern durch umfangreiche tätige Hilfe bei der Unterbringung und Versorgung und nicht zuletzt auch bei der psychischen Unterstützung der Geflüchteten. Allen ehrenamtlich und beruflich Tätigen gebührt unser herzlichster Dank und Wertschätzung für ihr großes Engagement.

(Beifall)

Das zentrale Thema in unserer gemeinsamen aktuellen Stunde ist die Unterbringung und Versorgung der Kriegsflüchtlinge in Köln. Das ist unsere humanitäre Pflicht in dieser furchtbaren Situation, in der sich die Menschen nun befinden. Zahlreiche Geflüchtete, vor allem Frauen und Kinder, sind inzwischen in unserer Stadt angekommen. Wie viele es noch sein werden, wissen wir nicht. Köln ist eine attraktive und international bekannte Stadt. Dieser Umstand alleine sorgt schon für Zustrom. Wenn Geflüchtete hier Verwandte und Bekannte haben, ist der Wunsch, hierherzukommen, umso nachvollziehbarer. Sie alle sind uns herzlich willkommen.

(Beifall)

Die EU hat zwar mit ihrer Regelung zum Aufenthaltstitel den Zugang zu Wohnraum, medizinischer Versorgung, Bildung und Arbeit geschaffen, die Stadt kann aber diese gewaltige Aufgabe nicht alleine stemmen. Wir brauchen dringend ein System zur Verteilung der Flüchtlinge aus der Ukraine. Hier sind Bund und Land gefordert. Dies be-

trifft auch die finanzielle Seite, was auch der Städtetag fordert. Diese Kosten dürfen nicht dauerhaft bei den Kommunen verbleiben und auch nicht bei den hilfsbereiten Menschen, die Flüchtlinge privat aufgenommen haben. Und natürlich ist hier auch Europa gefordert. Jedenfalls brauchen wir eine zentrale und mehrere regionale Drehscheiben für eine geordnete Verteilung der Geflüchteten, und zwar möglichst schnell.

Wir haben inzwischen unsere Unterkunftsreserve - gut, dass wir sie vorgehalten hatten - voll reaktiviert, und dankenswerterweise hat die Oberbürgermeisterin schnell dafür gesorgt, dass wir weitere 1 100 Plätze in der Messe geschaffen haben.

Weitere Anstrengungen und Überlegungen, wie weitere Aufnahmeplätze geschaffen werden können, sind nötig. Es wäre wohl auch sinnvoll, bei der Stadt eine zentrale Anlaufstelle einzurichten, bei der sich die Bürger*innen melden können, die Unterkunftsmöglichkeiten anbieten wollen.

Wir sollten es dieses Mal vermeiden, Turnhallen zu belegen, und zwar sowohl im Interesse der Geflüchteten als auch im Interesse unserer Kinder, Jugendlichen und Sportvereine, die in den letzten Jahren wirklich genug unter den Coronafolgen gelitten haben.

Bei der Unterbringung ist zu beachten, dass anders als bei den bisherigen Flüchtlingsströmen hauptsächlich Frauen und Kinder zu uns kommen, die eines besonderen Schutzes bedürfen. Wir müssen ein wachsames Auge darauf richten, dass vor allem allein reisende Frauen vor kriminellen Machenschaften geschützt werden.

Für alle aber gilt: Ein Dach über dem Kopf, Essen, Trinken und Bekleidung sowie Körperpflegeprodukte sind nicht alles, was benötigt wird. Nicht weniger wichtig sind die medizinische Versorgung und eine psychosoziale Betreuung. Für Kinder und Jugendliche sind eine Kitabetreuung, Schulbesuch und Sportangebote unerlässlich.

Darüber hinaus müssen wir den Bedarf an Beratungsangeboten feststellen und bestehende Angebote bedarfsgerecht aufstocken. Dies gilt auch für das Auszugsmanagement. Das sagte auch schon meine Vorrednerin.

Da die Geflüchteten freien Zugang zum Arbeitsmarkt haben, müssen wir denen, die eine Arbeitsstelle finden, eine kurzfristige Registrierung ermöglichen und den Frauen im Bedarf auch eine Kinderbetreuung zur Verfügung stellen.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 7

Vieles können wir in Köln leisten, aber es werden auch Grenzen erreicht. Da müssen wir nicht nur mit den Akteuren in Bund und Land, sondern auch mit den Kommunen im Kölner Umland Kontakt aufnehmen.

Abschließend möchte ich den Blick über unsere Stadt hinaus richten: Unsere Partnerstädte in Polen und Rumänien nehmen wegen ihrer räumlichen Nähe zur Ukraine besonders viele Flüchtlinge auf. Daher sollte die Stadt Köln in Abstimmung mit den beiden Städten und den Partnerschaftsvereinen auch diese unterstützen. Zudem sollte Köln eine Projektpartnerschaft mit einer ukrainischen Stadt anstreben und überlegen, wie man möglichst bald humanitäre Hilfe und später auch Hilfe beim Wiederaufbau leisten kann.

(Beifall)

Frau Oberbürgermeisterin, ich bin in einer Minute fertig. Die Redezeit ist gerade erst abgelaufen.

(Oberbürgermeisterin Henriette Reker nickt)

Wir stehen also vor einem Bündel von riesigen Herausforderungen, denen sich Politik, Verwaltung und auch die Bürgerinnen und Bürger stellen müssen und auch wollen.

Wir müssen gemeinsam alles tun, um dieser Herausforderung gerecht zu werden. Das sind wir diesen Menschen in dieser fürchterlichen Situation schuldig. Ich denke, daran werden wir alle arbeiten, und ich finde es gut, dass wir alle gemeinsam auch diese Anträge gestellt haben, um zu dokumentieren, dass uns das ein wichtiges Anliegen ist. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Homann das Wort.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Frau Generalkonsulin Shum! Sehr geehrter Herr Generalkonsul Wawrzyniak! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer*innen! Liebe Kolleg*innen! Der brutale Angriffskrieg des Despoten Vladimir Putin hat unsere europäische Friedensordnung der letzten Jahrzehnte zerstört. Unser Bundeskanzler Olaf Scholz hat in seiner schon jetzt

historischen Regierungserklärung klargestellt, dass der Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents markiert.

Putin hat einen völkerrechtswidrigen und menschenverachtenden Angriffskrieg vom Zaun gebrochen. Das ist durch nichts und niemanden zu rechtfertigen. Er und sein Regime müssen mit aller Härte dafür sanktioniert und bestraft werden.

(Beifall)

Gleichzeitig hat der Bundeskanzler unumstößlich zugesichert, dass Deutschland an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer steht, und auch wir in Köln gedenken der Opfer des russischen Angriffskriegs und sichern den Flüchtlingen Schutz in der Stadt Köln zu. Ich schließe mich der gerade eben gemachten Erklärung der Oberbürgermeisterin sehr, sehr gerne an: Frau Generalkonsulin, wir stehen in Köln an Ihrer Seite. Wir stehen an der Seite des ukrainischen Volkes.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir verstehen alle, dass es ein Kraftakt ist, so vielen Kriegsflüchtlingen in kurzer Zeit einen ersten Schutz zu bieten. Ich möchte daher allen Ehrenamtler*innen, allen Mitarbeitenden der Verwaltung und den vielen unterschiedlichen Hilfsorganisationen in unser aller Namen ausdrücklich für ihr großartiges Engagement für die Geflüchteten danken.

(Beifall)

Die Ehrenamtler*innen und die Hilfsorganisationen sind diejenigen, die nahe bei den Menschen sind und genau wissen, welche Hilfen wann und wo fehlen. Wir haben uns am Dienstag mit einigen von ihnen getroffen, und uns wurden viele Hinweise gegeben - viele Dinge, die bei uns in dieser Stadt schon toll laufen, die in der Verwaltung großartig laufen, aber auch viele kleine Punkte, die wir noch verbessern können. Und ich denke, wir werden das natürlich gerne mit der Verwaltung, mit Ihnen allen teilen, damit wir an dieser Stelle noch besser werden, als wir es heute schon sind.

Meine Damen und Herren! Wir freuen uns, dass wir heute alle gemeinsam unsere Initiative für eine neue städtesolidarische Partnerschaft mit einer ukrainischen Stadt ins Leben rufen. Mit dem nun

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 8

gemeinsamen Antrag sorgen wir dafür, dass Hilfen in der humanitären Notlage während des Krieges bereitgestellt und angeboten werden.

Die Partnerschaft soll den Menschen der ukrainischen Stadt aber auch Hoffnung geben - Hoffnung auf eine bessere Zeit nach dem Ende dieses verbrecherischen Krieges, Hoffnung auf einen Wiederaufbau der zerstörten Heimat, Hoffnung auf ein friedliches Leben als Teil von Europa. Hier können wir als Stadt Köln mittelfristig beim Wiederaufbau helfen und die ukrainische Stadt zu einem festen Bestandteil der internationalen Beziehung der Stadt Köln machen.

Wir vergessen aber auch nicht das überragende Engagement unserer beiden Partnerstädte Kattowitz in Polen und Cluj in Rumänien. Viele Kriegsflüchtlinge werden zurzeit von unseren Partnerstädten aufgenommen und versorgt. Wir begrüßen es daher sehr, dass der Dachverband unserer Städtepartnerschaftsvereine, der Cologne Alliance e.V., diese beiden Partnerstädte besonders unterstützt, und ich bitte Sie: Machen Sie Werbung für das eingerichtete Spendenkonto.

Meine Damen und Herren! Etwa 3 Millionen Menschen sind innerhalb von knapp 20 Tagen aus der Ukraine geflüchtet. Unter ihnen sind viele Frauen und Kinder. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Familien gut und vor allen Dingen sicher untergebracht werden. Wir sind dankbar für die vielen Menschen in Köln, die Kriegsflüchtlinge nun bei sich zu Hause aufnehmen. Meine Damen und Herren, das ist wirklich bewegend.

Wir machen uns aber natürlich auch Sorgen darüber, dass diese Menschen mit ihrer herausragenden Hilfsbereitschaft auch Unterstützung brauchen und dass wir denen auch eine Anlaufstelle der Stadt schaffen, wo sie mit Problemen oder diversen Dingen zu uns kommen können.

Meine Damen und Herren! Ich bin mir sicher, dass wir diese gewaltige Aufgabe gemeinsam bewältigen können, und ich schicke unsere Solidarität und unseren Gruß in Richtung Ukraine.

Lassen Sie mich aber auch ein paar Worte zum Abschluss meiner Rede für alle Fraktionen sagen, und zwar zu diesem unsäglichen AfD-Antrag.

Meine Damen und Herren! Der ukrainische Präsident Selenskyj hat im Bundestag von einer Mauer gesprochen, die zwischen Freiheit und Unfreiheit in Europa bestehe. Diese Mauer wollen wir gemeinsam wieder einreißen. Das schulden wir den

Menschen in der Ukraine. Wir appellieren auch an alle Kölnerinnen und Kölner, keine Mauern der Verachtung und des Hasses in dieser Stadt zu errichten. Wir stehen alle gemeinsam für Frieden und Völkerverständigung gegen Krieg und Tyrannei ein - egal, wo wir herkommen.

(Beifall)

Und ich sage Ihnen, Ihr Antrag ist durchtränkt von jenem rassistischen Gedankengut, welches diesen Kontinent in den Zweiten Weltkrieg geführt hat. Sie versuchen, Mauern in den Köpfen der Menschen zu errichten. Jene Mauern, welche zwischen wir und denen, zwischen guten und weniger guten Flüchtlingen, zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Religionen trennen. Ich sage Ihnen im Namen der demokratischen Fraktionen dieses Rates, dass wir uns gemeinsam mit aller Macht gegen dieses Gedankengut stellen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck hat jetzt das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am Rosenmontag haben 250 000 Menschen in Köln gegen den Überfall Russlands auf die Ukraine demonstriert und Frieden eingefordert - eine sehr große Demonstration, wie sie in dieser Zeit auch in anderen Städten stattfanden.

Demonstrationen finden immer noch statt, aber der Angriffskrieg des Autokraten Putin gegen die Ukraine geht weiter. Menschen sterben, Frauen und Kinder fliehen aus ihrem Heimatland. Sie müssen fliehen. Täglich demonstrieren weiterhin Menschen in der ganzen Welt.

Sehr geehrte Frau Generalkonsulin der Ukraine, sehr geehrte Frau Shum! Die Kölnerinnen und Kölner, die Menschen Europas sind solidarisch mit der angegriffenen Ukraine.

(Beifall)

In Köln sind viele Menschen, wie bereits 2015 und in den Jahren danach, aktiv solidarisch, indem sie helfen, Geflüchtete - diesmal aus der Ukraine - willkommen zu heißen und mit Notwendigem zu

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 9

versorgen. Und natürlich sind - im Moment schon und werden es in den nächsten Monaten noch sein - zahlreiche Dienststellen der Kölner Verwaltung hoch beschäftigt, die Dienste für Geflüchtete rund um die Uhr sicherzustellen. Allen, die in der Not helfen, danken wir auch in unserer aktuellen Stunde als Kölner Rat.

Was diese momentane Bewegung von Geflüchteten von anderen, vorangegangenen unterscheidet, ist die große Zahl der Kinder und Jugendlichen, die gezwungen sind, ihr Heimatland zu verlassen. Damit diese Kinder und Jugendlichen nicht zu einer verlorenen Generation werden, muss ihnen große Aufmerksamkeit gewidmet werden. Sie müssen nicht nur Unterkunft, medizinische Versorgung und Nahrung erhalten - das natürlich auch -, sondern sie brauchen Menschen, die sich um ihre Seele kümmern. Sie brauchen geschützte Räume, Bildung und Freizeitangebote.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Dabei zählt die Stadt Köln natürlich neben den Kitas und Schulen auch auf die Sportvereine der Stadt und die vielfältigen Träger der Jugendhilfe mit ihren bewährten Diensten.

Die beste Unterbringung für Geflüchtete sind eigene Wohnungen. Das ist aber ein Punkt, der angesichts der Wohnungspolitik der Stadt Köln leider ein wunder Punkt ist. Der Markt wird es eben nicht richten. Das haben wir in den vergangenen Jahren gesehen. Wir müssen aus dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Köln das Beste machen.

Dennoch haben die Geflüchteten natürlich vorzugsweise eine Unterbringung in Wohnungen zu erwarten. Alles andere ist für uns eine Notunterbringung. Es ist aber gut, dass wir das gemeinsam anstreben.

Das Auszugsmanagement sucht Wohnungen auf dem freien Markt und vermittelt diese an Geflüchtete. Das müssen wir stärken. Deshalb ist es gut, dass im heutigen Antrag das Auszugsmanagement und die Wohnraumvermittlung erwähnt werden und dass sie ausgebaut werden sollen.

Frau Oberbürgermeisterin! Frau Diemert! Wir bitten Sie, die entsprechenden finanziellen Mittel umgehend dafür bereitzustellen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ebenso müssen wir die Ombudsstelle für Geflüchtete stärken. Sie hat ihren Wert längst in den vergangenen Jahren bewiesen. Je mehr Geflüchtete, desto mehr Fällen muss sie nachgehen. Deshalb dürfen wir uns nicht darauf verlassen, dass die Mitarbeiter aus persönlichem Engagement zukünftig mehr tun, sondern wir müssen jetzt den Bedarf dieser Ombudsstellen abschätzen und ihre Ressourcen erhöhen.

Kölnerninnen und Kölner unterstützen den Ruf nach Frieden, Demokratie, Wohlstand in Russland und in den osteuropäischen Ländern. Wir wissen auch, welches Leid Deutschland im Zweiten Weltkrieg den Menschen in der Ukraine, in Polen, in Russland und anderen Staaten zugefügt hat.

Wir haben vor Jahren Städtepartnerschaften geschlossen, die heute noch sehr aktiv sind. Über die Städtepartnerschaft mit der Stadt Wolgograd haben wir ein Programm für die Unterstützung ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auf den Weg gebracht. Mit diesem Projekt werden 100 ehemalige Zwangsarbeiter*innen in Wolgograd gepflegt und betreut.

Zu dieser zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit - das, glaube ich, sehen alle hier so - stehen wir weiterhin, und wir stehen gerade in diesem Krieg zu unserer historischen Verantwortung. Gerade deshalb wenden wir uns gegen den Angriffskrieg von Putins Regime gegen die Ukraine und setzen uns aktuell für Waffenstillstand und Frieden ein. Eine Waffenruhe, eine Aufarbeitung der Schäden und später hoffentlich ein dauerhafter Frieden wird sich in diesem Konflikt nur von unten aus der Bevölkerung entwickeln. Dafür stehen alle Städtepartnerschaften der Stadt Köln.

Um das Leid der Menschen in der Ukraine zu beenden, sind Waffenstillstand und ernsthafte Friedensverhandlungen das Gebot der Stunde, aber dafür braucht es ganz offensichtlich Druck. Die bisherigen Wirtschaftssanktionen gegen Russland müssen nach Ansicht meiner Fraktion verstärkt werden. Eine neue Runde des Wettrüstens und der Aufrüstung sind dagegen kein Beitrag für den Frieden. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN, dem Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 10

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Frau Generalkonsulin Shum! Sehr geehrter Herr Generalkonsul Wawrzyniak! Es kommt wohl eher selten vor, dass ich eine Grünen-Politikerin zitiere, aber mit ihrer Aussage -

Am 24. Februar sind wir in einer anderen Welt aufgewacht.

- hat es Annalena Baerbock auf den Punkt gebracht.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wer von uns hätte es sich vor einem Monat träumen lassen, dass mitten in Europa ein fürchterlicher Krieg tobt? Noch vor einem Monat lebten die Menschen in Kiew, Mariupol und Charkiw ihren ganz normalen Alltag. Nun bangen sie um eben dieses Alltagsleben, campieren in Bunkern und U-Bahn-Schächten oder packen ihr bisheriges Leben in einen kleinen Rucksack, einen Rollkoffer und fliehen aus ihrer Heimat.

Was mögen diese Menschen empfinden, die nach ihrer Flucht in Köln ankommen? Wir können es wohl nur erahnen, und wir können sie nur so gut wie eben möglich unterstützen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Was Hilfsbereitschaft und Solidarität betrifft, ist auf Kölnerinnen und Kölner Verlass. Schnell wurde nach Kriegsausbruch zu Solidaritätskundgebungen aufgerufen, Hilfspakete gepackt, Geld gesammelt, Wohnraum zur Verfügung gestellt und vieles mehr.

Vor allem das private und individuelle Engagement hat mich tief beeindruckt. Ich habe junge Menschen getroffen, die spontan zum Hauptbahnhof gegangen sind, um Geflüchtete in Empfang zu nehmen. Junge Menschen, die inzwischen aber auch am Ende ihrer Kräfte sind. Und dann das tolle Engagement der vielen Ehren- und Hauptamtler! Auch von meiner Fraktion an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Wir brauchen ihr Engagement, und wir werden es lange brauchen; denn machen wir uns nichts vor: Vor uns liegt kein Sprint, vor uns liegt ein Marathon. Diese Krise wird uns lange beschäftigen, und sie wird uns auch vor ganz andere Herausforderungen stellen als die Situation 2015/2016. So

werden sehr viel mehr Geflüchtete in sehr viel kürzerer Zeit zu uns kommen. Unterkünfte, wie zum Beispiel in der Messe, laufen in kürzester Zeit zu, und ich befürchte, die Frage der Unterbringung wird uns allen viel Energie, Fantasie und auch unangenehme Entscheidungen abverlangen.

Natürlich ist Köln ähnlich wie andere Großstädte ein besonderer Anziehungspunkt. Deshalb ist es richtig, dass wir in unserem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag die Unterstützung von Bund und Ländern einfordern. Allerdings wird uns die angekündigte Verteilung nach dem Königssteiner Schlüssel nur teilweise helfen, da sie nur für Personen gilt, die angemeldet nach Köln kommen. Die Realität sieht anders aus. Die meisten Geflüchteten kommen eben ohne Anmeldung nach Köln.

Ein weiterer Punkt im Unterschied zu 2015: Heute kommen hauptsächlich Frauen und Kinder zu uns. Deshalb ist es wichtig, dass wir, wie im Antrag gefordert, Angebote speziell für diese Gruppen entwickeln, wie zum Beispiel Sport- und Bewegungsmöglichkeiten für Kinder in den Unterkünften.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Trotz der überwältigenden Hilfsbereitschaft finden sich leider auch hier schwarze Schafe. So häufen sich Berichte von unseriösen Wohnungsangeboten. Das muss auf jeden Fall verhindert werden, und deshalb fordern wir entsprechende Schutzmaßnahmen, vor allem im Sinne der Geflüchteten, aber auch im Sinne der vielen engagierten Kölnerinnen und Kölner, die mit guten Absichten Frauen und Kinder aus der Ukraine bei sich aufnehmen.

Meine Damen und Herren! Mir bereiten vor allem die vielen traumatisierten Menschen große Sorge. Der Blick in das Gesicht einer alten Frau, gestützt auf ihren Stock und auf den Arm ihrer Angehörigen am Kölner Bahnhof, zeigt das deutlich: Am Ende ihres Lebens muss sie alles zurücklassen, in ein fremdes Land fliehen, dessen Sprache sie nicht spricht, sowie immer mit der ständigen Sorge um ihre Liebsten in der Ukraine. Das ist einfach furchtbar. Und die Traumata werden zunehmen, mit jedem Tag, der dieser Krieg dauert und die Gräueltaten zunehmen.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Das sind enorme Herausforderungen, die vor uns liegen, aber nichts im Vergleich zu dem, was die Menschen in der Ukraine erleben. Bei allem Elend bin

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 11

ich froh, dass wir hier und heute über Parteigrenzen hinweg einen Dringlichkeitsantrag erarbeitet haben und damit den Willen zur Unterstützung und Solidarität mit der Ukraine zeigen, aber auch mit den anliegenden Staaten.

Sehr geehrter Herr Generalkonsul! Eine persönliche Bemerkung: Das, was Ihre polnischen Mitbürgerinnen und Mitbürger leisten, verlangt den allerhöchsten Respekt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich habe mit dem Zitat einer Grünen-Außenministerin begonnen. Als Freie Demokratin möchte ich mit einem Zitat des liberalen Außenministers Hans-Dietrich Genscher enden:

Keine Macht der Welt kann Menschenwürde und Freiheit auf Dauer stoppen.

Sehr geehrte Frau Generalkonsulin, die mutigen Menschen in der Ukraine beweisen das Tag für Tag! - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und im Stream! Ich würde gerne meine Redezeit darauf verwenden, die Nachricht eines ukrainischen Kölners vorzulesen:

Die ukrainische Bevölkerung leidet aktuell schreckliche Qualen, die wir uns nicht einmal im Ansatz vorstellen können. Männer werden von ihren Frauen und Kindern getrennt. Menschen verlieren ihr Zuhause und es herrscht Tod - mitten in Europa. Leid und Angst sind die primären Gefühlszustände unter der gesamten Bevölkerung. Mir ist allerdings auch wichtig zu sagen, dass das russische Volk nicht Putin ist. Wir dürfen der russischen Bevölkerung auch nicht latent die Schuld geben, sondern müssen auch sie moralisch unterstützen; denn sie leiden ebenfalls unter dieser schweren Situation. Sollten wir das russische Volk verachten und ihm die Mitschuld geben, wird es noch tiefer in Putins Treibsand gezogen. Wir müs-

sen dem sich verbreitenden Hass mit Liebe begegnen; denn nur dann werden wir gewinnen. Lasst uns gemeinsam als Europäer der ukrainischen Bevölkerung helfen und der russischen Bevölkerung die Hand reichen und ihr damit helfen, sich dem Tyrannen entgegenzusetzen.

Das ist das Ende der Nachricht.

Jetzt möchte ich noch ein paar eigene Worte verlieren: Es ist wichtig, dass wir diese Anträge heute stellen und dass wir diese aktuelle Stunde heute einberufen haben. Ja, es ist auch wichtig, dass internationaler Druck auf Putin lastet. Wir sind nicht die Bundesregierung, wir sind nicht die NATO, und wir sind auch nicht das Europäische Parlament. Wir können leider nicht Putins Krieg aus dem Kölner Rat beenden.

An der Stelle möchte ich noch einmal sehr betonen, wie es auch in der Nachricht stand, die ich vorgelesen habe: Das russische Volk ist nicht Vladimir Putin.

Wie wir im Antrag auch gemeinsam aufgezeigt haben, gibt es Möglichkeiten, wie wir hier aus dem Kölner Gürzenich heraus den Ukrainerinnen und Ukrainern unsere Unterstützung signalisieren können. Es darf nur nicht bei diesem symbolischen Akt bleiben. Es darf nicht bei Worthülsen bleiben. Wir müssen unsere verbale Solidarität durch Taten mit Leben füllen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb möchte ich hier die Einladung an die Fraktionsvorsitzenden aller demokratischen Parteien aussprechen, ein Treffen mit der Cologne Alliance und den Vorsitzenden der Partnerschaftsvereine unserer Partnerstädte Cluj und Kattowitz zu organisieren, um auch die Städtepartnerschaften der Nachbarländer der Ukraine mit Leben zu füllen, die aktuell die höchste Zahl flüchtender Menschen bei sich aufnehmen.

Und das bringt mich zu dem Thema, das angesichts des Angriffskriegs auf die Ukraine für die Kölner Politik die höchste Priorität haben sollte, nämlich die Unterstützung der Verwaltung bei der Aufnahme geflohener Menschen aus der Ukraine. Dabei muss unser besonderer Fokus auf den Kindern und Jugendlichen liegen. Trotz Krieg, Flucht und der damit verbundenen psychischen Belastung müssen wir den Kindern aus der Ukraine mit aller Kraft eine erfüllte Kindheit ermöglichen.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 12

Ich möchte der Verwaltung über die Dezernate hinweg sehr für die enormen Bemühungen, die sie dahin gehend schon anstrengen, danken. Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass wir es als Stadt alleine nicht schaffen. Wir sind auf die vielen, vielen ehrenamtlichen Helfer*innen angewiesen. Viele meiner Vorredner*innen haben es schon gesagt: Alle Kölner*innen, die ihre Lebens- und Freizeit opfern, Tag und Nacht Überwältigendes leisten, um den Menschen, die vor Krieg flüchten, ein menschenwürdiges Ankommen zu ermöglichen, gilt mein größter Dank. Ich danke euch da draußen!

Aus diesen Akten purer Menschlichkeit können wir alle trotz der Krise, all dem Leid, all der Verzweiflung Hoffnung schöpfen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

(Etliche Ratsmitglieder verlassen den Saal)

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Frau Generalkonsulin! Herr Generalkonsul! Meine Damen und Herren! Der Krieg ist zurück in Europa! Und liebe Grün*innen, jetzt erklären Sie doch mal, wie das konkret geht: Frieden schaffen ohne Waffen! Erklären Sie das der Generalkonsulin! Erklären Sie uns das! Das ist doch eine dieser grünen Lebenslügen.

Frau Generalkonsulin! Sicher ein Drittel, wenn nicht die Hälfte der Ratsmitglieder hier, sind genau so sozialisiert: Frieden schaffen ohne Waffen, aber jetzt sind sie hart in der Realität gelandet. Das gehört auch zur Wahrheit dazu. Hier platzt gerade eine dieser grünen, linken Lebenslügen, und die Menschen hier im Rat, aber auch in der Bundesregierung kommen sehr, sehr hart in der Realität an. Was dabei herauskommt, wenn man sich auf eine solche bundesdeutsche Regierung verlässt, Frau Generalkonsulin, das haben Sie ja erlebt: 5 000 Helme kommen dabei heraus. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der AfD)

So, und nun soll es Menschen und insbesondere Politiker geben, die diese Situation mit dem Jahre 2015 vergleichen. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Nichts ist falscher als das!

(Beifall bei der AfD - Weitere Ratsmitglieder verlassen den Saal)

Erstens. 2015 kamen überwiegend junge Männer im wehrfähigen Alter. Jetzt, 2022, kommen Frauen und Kinder. Die ukrainischen Männer verteidigen nämlich ihr Land.

Zweitens. 2015 hatten über 70 Prozent keinen Pass dabei, ein Smartphone hatten sie gleichwohl alle in der Tasche. Jetzt, 2022, haben nahezu alle ihre Pässe dabei.

Drittens. 2015 kamen Menschen aus 4 000 Kilometer Entfernung und über zahlreiche sichere Drittstaaten. 2022 kommen Menschen - führen Sie sich das bitte vor Augen - aus einer Entfernung, die der Entfernung Flensburg-Mannheim entspricht. So dicht ist die Ukraine am deutschen Staatsgebiet.

Die unbequeme Wahrheit ist, meine Damen und Herren: 2015 kamen Armutsmigranten auf der Suche nach einem besseren Leben. Wer 2015 kam, kam, um zu bleiben. Jetzt, 2022, kommen Frauen und Kinder, die vorübergehend hier Zuflucht suchen und sobald wie möglich in ihre Heimat zurückwollen.

(Zuruf)

Und jetzt, meine Damen und Herren, rächt es sich, dass in Köln die Notunterkünfte mit Wirtschaftsmigranten aus allen möglichen Ländern blockiert sind,

(Zurufe: Pfui!)

von denen über 6 000 Personen sofort vollziehbar ausreisepflichtig sind. 6 000 Personen! Das sind alles Plätze, die wir sonst hier zur Verfügung hätten.

(Weitere Ratsmitglieder verlassen den Saal)

Und jetzt rächt es sich, dass wir in unserem Haushalt für alles und jedes Wirkungsziele vereinbart haben, nur nicht für das Rückkehrmanagement. Dort, wo sich unsere Gutmensch*innen in Politik und Verwaltung gerne austoben, haben wir Wirkungsziele. Zitat:

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 13

Die Integration aller ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner ist unterstützt.

Aber da, meine Damen und Herren, wo es unangenehm wird - beim Rückkehrmanagement nämlich -, ducken Politik und Verwaltung in Köln sich feige weg. Zitat aus unserem Haushaltsplan:

Da für den Erlass ... und die Durchführung der Abschiebung grundsätzlich die Ausländerbehörden der Bundesländer zuständig sind ..., wird auf die Darstellung von Produktzielen ... verzichtet.

Mit anderen Worten: Die Stadt Köln ist für die Wohltaten und für praktiziertes Gutmenschentum zuständig, das Land NRW soll sich mit den unappetitlichen Dingen herumschlagen und sich die Finger schmutzig machen. Aber das könnte Ihnen so passen, meine Damen und Herren! Genau deshalb fordern wir als AfD den sofortigen Vorrang für Frauen und Kinder bei der Belegung von abgeschlossenen Unterkünften.

(Beifall bei der AfD)

Dass dies dringend notwendig ist, hat sich nicht zuletzt in Düsseldorf gezeigt. Dort wurde eine 18-jährige Ukrainerin - erst wenige Stunden war sie in Deutschland - von einem Tunesier und einem Mann aus Nigeria vergewaltigt und missbraucht. Sie dürfen davon ausgehen, meine Damen und Herren, die beiden Vergewaltiger werden auch noch in zwei Jahren hier im Rheinland dem Sozialsystem zur Last fallen; denn - so steht es ja in unserem Haushalt - für die Abschiebung sind die Bundesländer zuständig, da wird auf Produktziele verzichtet.

Die junge Frau ist übrigens wieder zurück nach Polen gekehrt. Sie fühlte sich dort sicherer als in dem - Zitat „Merkelsprech“ -

Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.

Meine Damen und Herren! Wir fordern die konsequente Verlegung von alleinstehenden Männern zurück in Sammelunterkünfte und vor allem: Tun Sie endlich das in Ihrer Macht Stehende - und damit meine ich Sie als Verwaltung -, um die über 6 000 sofort vollziehbar ausreisepflichtigen Menschen endlich dazu zu bewegen, die Stadt zu verlassen und den Platz für die Menschen frei zu machen, die wirklich unsere Solidarität und Hilfe benötigen!

Meine Damen und Herren, stimmen Sie für unseren Antrag! - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.

(Die Ratsmitglieder kehren an ihre Plätze zurück)

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es hat etwas länger gedauert, bis ich ans Pult kommen konnte, da ich mir das nicht anhören konnte, was hier gesagt wurde, und ich draußen warten musste. Allen Kolleginnen und Kollegen, die mit rausgegangen sind, danke ich herzlich.

(Beifall)

Meine Güte! Ich habe es die ganze Zeit von links auf dem Ohr, was an Kommentaren kommt, und wenn man sich vorstellt, was hier an Anträgen gestellt wird und was jedes Mal gesagt wird: „Wir sind nicht rechts!“ - man muss sich nur einmal daneben setzen und sich die Kommentare, die wirklich unsäglich sind, die ganze Ratssitzung durchweg anhören. Es ist ekelhaft!

(Beifall)

Jetzt habe ich mich genug aufgeregt. Wir kommen wieder zu dem, worum es geht.

Ich möchte meinen größten Dank aussprechen: an die Verwaltung und all die Menschen, die gerade helfen, die Geflüchteten aufzunehmen, die sich engagieren, die am Breslauer Platz stehen, die ihren Wohnraum zur Verfügung stellen.

Ich möchte, dass auch Lehrerinnen, die gerade aus der Ukraine flüchten, schnellstmöglich die Möglichkeit gegeben wird, hier an den Schulen zu unterrichten und die Kinder und Jugendlichen, die hier an die Schulen kommen, zu unterstützen und durch die sprachliche und soziale Barriere, die eventuell entsteht, zu führen.

Not bildet jedoch immer auch einen Nährboden für Missbrauch, und wenn ich irgendwo lese, dass Übernachtungsmöglichkeiten an junge Ukrainerinnen ausgeschrieben werden - gerne zwischen 18 und 22 - und denen eine Unterkunft geboten

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 14

wird, dann kriege ich das kalte Kotzen. Ich kann es nicht anders sagen. Wir müssen hier wirklich alles dafür tun, damit wir diesen Missbrauch und diese Möglichkeiten verhindern.

(Beifall)

Eigentlich würde ich gerne mit dem Brief abschließen, den die Saporoger Kosaken damals schrieben, und diesen aktuell an Putin richten. Das kann ich allerdings nicht tun; denn wir haben nicht nach 22 Uhr und dieser Brief ist mit Beschimpfungen nur so gespickt. Sie können ihn aber gerne nachlesen. Er ist historisch umstritten, jedoch sehr, sehr lesenswert.

Ich hoffe weiterhin, dass alle Kölner und Kölnerinnen solidarisch zusammenstehen und Unterstützung leisten, wie sie es bisher getan haben. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabrysch das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen, ich schließe mich der Kollegin Karina Syndicus voll an. Ich bin auch einmal mehr entsetzt darüber, was wir hier eben zu hören bekamen, und reihe mich kotzend gerne ein.

Ich werde jetzt davon absehen, hier noch einmal das bereits mehrfach Gesagte zu wiederholen. Im Namen der KLIMA FREUNDE: Auch wir wertschätzen das natürlich über alle Maßen und haben größten Respekt und größte Solidarität mit allen Menschen, die betroffen sind, mit allen Menschen, die jetzt gerade mit anpacken und ihren Beitrag leisten.

Ohne jetzt weiter in Details gehen zu wollen, möchte ich gerne noch eines hinzufügen: Wie ja alle wissen, komme ich aus der Klimagerechtigkeitsbewegung, und dort, wie vielleicht auch schon alle gehört haben, gibt es diese sehr wichtige und richtige Aussage, dass Klimapolitik Friedenspolitik ist. An dieser Stelle möchte ich also einmal mehr appellieren, dass wir uns auf Klimapolitik fokussieren und dass wir in dem Sinne auch unseren Beitrag zum Frieden leisten.

Entschuldigung, es fällt mir gerade ein bisschen schwer, das zu sagen. Ich bin noch so echauffiert über das, was ich eben hören musste.

Lasst uns auch aus Köln heraus - das ist natürlich etwas, das wir weltweit machen müssen, etwas, das wir hier nicht alleine schaffen - ein klares Zeichen setzen, und lasst uns jetzt auch versuchen, die Auswirkungen zu lindern und aufzufangen, aber lasst uns vor allem auch auf die Ursachen schauen.

Warum gibt es in der Welt immer noch Kriege, immer noch Waffengewalt?

(Zuruf von der AfD)

Es liegt, ganz ehrlich gesagt, an unseren immer noch patriarchalen Denkmustern. Es liegt am Neokolonialismus, am Imperialismus und daran, dass wir immer noch nicht als Menschheit gelernt haben, solidarisch und gemeinwohlorientiert miteinander auf diesem einen Planeten zu leben.

(Beifall bei der LINKEN)

Solange der Kapitalismus herrscht, solange jeder an sich selbst und an seine Profitmaximierung denkt,

(Zuruf von der AfD: Thema!)

solange wir von Wachstumszwang - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch hat das Wort und sonst niemand bitte!

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Danke. - Solange wir von Wachstumszwang angetrieben werden, wird es auch weiterhin dazu kommen, dass toxische Männer in den Entscheidungspositionen dieser Welt dafür sorgen werden, dass mit Waffengewalt Kriege geführt werden.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Und ja, das ist ein ganz klarer Aufruf zu mehr Feminismus, zu einem Wertewandel und zu einem Umdenken in den Köpfen von uns allen und dazu, dass wir endlich dafür sorgen, dass wir als Weltgemeinschaft solidarisch miteinander leben; denn nur so können wir hier auf diesem Planeten überleben. - Danke.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 15

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, wird von Ihnen das Wort gewünscht? - Bitte sehr.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch von mir recht herzlichen Dank vor allem an die ganzen zivilgesellschaftlichen Kräfte überall auf der Welt, die helfen, in diesem Konflikt - ja, wie soll man sagen? - die allergrößte Not zu lindern - ob in Köln, ob in unseren Partnerstädten oder überall anders auf der Welt. Herzlichen Dank dafür!

Herzlichen Dank auch an die Verwaltung für die Bemühungen, schnellstmöglich Hilfe zu organisieren, Unterkunft zu organisieren. Das nur als kurzes Statement von mir dazu. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt würde der polnische Generalkonsul gerne noch einige Worte an uns richten. - Herr Wawrzyniak, bitte.

(Beifall)

Jakub Wawrzyniak (Generalkonsul der Republik Polen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Iryna! Liebe Freunde! Ich wollte einerseits Ihnen allen für die Möglichkeit danken, dass wir heute hier bei Ihnen sein dürfen und dass Sie das wichtige Thema Ukraine hier so intensiv besprechen. Es ist uns klar, dass wir hier vor Ort den Krieg nicht stoppen werden, die russische Aggression nicht stoppen können, und dennoch ist es sehr wichtig für meine Kollegin Iryna und für die Landsleute aus der Ukraine, dass Sie sich mit dem Thema so eindrucksvoll auseinandersetzen.

Ein Beispiel, wie nah es uns geht, kann ich Ihnen geben: Der Vorgänger von Iryna, mein lieber Kollege Vlad - Vlad Yehorov -, der bis Ende Juni 2021 der Generalkonsul der Ukraine in Düsseldorf war, ist momentan mit seinen beiden Brüdern Mitglied der Territorialen Verteidigung und kämpft dort und steht dort, um seine Heimat und seine Werte zu

verteidigen. So nah geht es uns, und deswegen ist es wichtig, dass diese Themen, diese Bühne auch für die Ukraine da ist. Dafür noch einmal vielen, vielen Dank.

Ich habe bereits seit Jahren gesagt - und das zeigt sich jetzt mehr denn je -, dass die Polinnen und Polen mit den Kölnerinnen und Kölner vieles verbindet, nämlich dass wir hier in Köln und wir in Polen sozusagen Solidarität in der DNA haben, dass wir große Herzen haben. Das hat man dieser Tage auch erlebt. Deswegen danke ich Ihnen für die Dankesworte an meine Landsleute, die gebe ich gerne weiter, aber der Dank richtet sich auch an diese unsere Stadt und die Menschen dieser Stadt, die es geschafft haben, so viele Menschen bereits aufzunehmen, die nicht lange gewartet haben, sondern mit Herz gehandelt haben und so diese Solidarität sichtbar wurde. Dafür noch einmal Ihnen allen und auch allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern dieser Stadt herzlichen Dank von uns.

Wenn ich mir zum Schluss eine weitere Bemerkung erlauben darf: Die Lage ist sehr dynamisch. Die Herausforderungen sind enorm. Es sind heute bereits fast 2 Millionen Menschen in Polen aus der Ukraine angekommen, und es werden sicher mehr. Es sind unterschiedliche Wellen, die kommen. Es werden mehr und mehr Menschen, die traumatisiert ankommen, und all diesen Menschen müssen wir gemeinsam helfen.

Auch da müssen wir wieder an die polnischen Herzen, an die kölschen Herzen, aber auch an die kölschen Lösungen appellieren: Suchen wir die schnellen, suchen wir die einfachen Wege! Verlieren wir die Zeit nicht für die Diskussion, ob der Antrag 1, 2, 3 oder 5 so oder anders hätte gestellt werden können und müssen! Das Wichtige ist das Handeln, und dafür danke ich Ihnen ganz herzlich.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren! Ich lasse jetzt zunächst über TOP 1.1, anschließend über Tagesordnungspunkt 3.1.2 und dann über Tagesordnungspunkt 3.1.9 abstimmen.

Bei dem Tagesordnungspunkt 1.1 schlage ich vor, die Sache - - Mir fällt es schwer, das als „Sache“ zu bezeichnen. Ich weiß auch nicht, wie ich es klug ausdrücken kann. Es ist auch für mich alles etwas emotional.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 16

Ich schlage vor, die Angelegenheit zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Dann stimmen wir über TOP 3.1.2 ab. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse dann über den Tagesordnungspunkt 3.1.9 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt, Die FRAKTION sowie Frau Gabrysch und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Das ist die AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

(Beifall)

Ich rufe auf:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „24-h Abholterminal KUZ“ AN/0544/2022

Wer wünscht zu sprechen? - Herr Dr. Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es fällt natürlich etwas schwer, nach solchen bewegenden Worten - zum Teil zumindest - und einem Thema, was unsere Zeit so prägt, jetzt sozusagen in die Niederungen der Kölner Kommunalpolitik zurückzukommen, aber ich denke, dieses Land lebt ja auch von der Demokratie und von dem demokratischen Engagement. Wie viel das wert ist, sehen wir gerade in Europa. Insofern wollen wir nicht geringschätzen, womit wir uns hier beschäftigen. Letztlich ist das auch der Humus, auf dem die Demokratie wächst. In diesem Sinne versuche ich jetzt die Kurve zu kriegen und zum Thema „Ausweisautomaten“ zu sprechen.

Meine Damen und Herren! Es ist in den letzten Monaten - das muss man sagen - so gewesen,

dass die Erreichbarkeit der Bürgerämter und die Möglichkeit, dort Termine zu kriegen, beschränkt waren. Das hat gar nichts damit zu tun, dass sich die Mitarbeitenden in den Bürgerämtern keine Mühe geben. Ganz im Gegenteil: Wir schätzen die Kolleginnen und Kollegen dort sehr. Das hat vielleicht etwas mit einer personellen Unterdeckung zu tun, aber das ist ein anderes Thema.

Um dauerhaft aber zumindest ein bisschen Linderung zu verschaffen und vielleicht auch den geänderten Lebensgewohnheiten, die die Menschen haben, entgegenzukommen, ist es aus unserer Sicht ein kluger Ansatz - natürlich mit entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen -, Abholautomaten zu schaffen, wo die Bürgerinnen und Bürger sich ihre Ausweisdokumente - mit Fingerabdruck wohl gemerkt, also wirklich sicher - abholen können.

Das ist jetzt auch keine verrückte Kölner Idee, sondern tatsächlich etwas, was in der Republik mittlerweile Land auf, Land ab praktiziert wird. Ich habe einmal nachgeschaut: Die erste Stadt war offensichtlich Ludwigsburg in Baden-Württemberg 2019, aber schon 2020 gab es Städte in Niedersachsen, die diese Automaten angeboten haben. Seit 2021 sind es auch Nürnberg und Husum und seit 2022 - quasi in direkter Nachbarschaft - die Stadt Grevenbroich.

Was die können, sollten wir auch können. Deswegen haben wir Ihnen heute einen Antrag vorgelegt, der vorsieht, ein solches Modell einmal auszuprobieren und zunächst zwei Automaten in diesem Sinne zu schaffen. Wir haben Chorweiler und Porz vorgeschlagen, also einen linksrheinisch und einen rechtsrheinisch. Wir glauben - sind uns sogar relativ sicher -, dass sich das erfolgreich bewähren wird.

Wenn das so ist, kann das System später auf die ganze Stadt ausgerollt werden. Wir glauben, das ist für die Bürgerinnen und Bürger ein Serviceangebot, das ihnen den Zugang zur Stadtverwaltung an der einen Stelle etwas erleichtert, was den geänderten Lebensgewohnheiten entgegenkommt und was letztlich ein ganz kleines Stück weit für die Bürgerinnen und Bürger den Service der Stadtverwaltung noch angenehmer macht. In diesem Sinne bitten wir Sie heute um die Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 17

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Herr Spehl.

Felix Spehl (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen! Liebe Zuschauer im Livestream! Herr Dr. Krupp, Ihre Überleitung war wirklich sehr gut. Der Rest war dann leider danach eher gegenstandslos. Deswegen müssen wir wohl doch über das Thema anders sprechen, als Sie es jetzt hier gerade so sonnenschön vorgestellt haben. Man kann, glaube ich, konstituieren, dass die SPD jetzt vollkommen im Wahlkampfmodus angekommen ist. Nichtsdestotrotz müssen wir über Themen, die bereits laufen, nicht noch einmal sprechen und Anträge stellen.

Mich verwundert dieser Antrag; denn wenn man mit der Verwaltung sprechen würde - oder man hat es getan und man ignoriert es jetzt mit diesem Antrag -, würde man feststellen, dass genau zu diesem Thema und genau zu dieser Pilotierung bereits ein Vergabeverfahren läuft. Das ist im Rahmen des Entwicklungsprogramms „Kundenzentren der Zukunft“. Es läuft also alles, es findet statt. Sie stellen hier einen Antrag, der genau das Thema aufgreift. Dementsprechend kann man sich durchaus wundern.

Wir müssen das Rad nicht neu erfinden; denn es ist schon da. Und wir müssen erst recht nicht, wenn keine Not am Mann ist, in ein bestehendes Verfahren eingreifen. Deswegen will ich uns hier allen die Zeit ersparen, vor allem nach so einem ersten Thema. Wir als Ratsbündnis werden diesen Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir finden, hier hat die SPD eine richtig gute Idee gehabt. Sie geht genau in die richtige Richtung, in die sich die Verwaltung notwendigerweise entwickeln wird und sich in Köln auch schon entwickelt, nämlich mehr Service und Bürgernähe.

Wir alle kennen den Stress, wenn wir im Alltag zwischen Job und Familienpflichten auch noch zu

Öffnungszeiten der Verwaltung Papiere besorgen müssen; denn die Öffnungszeiten der Verwaltung sind oft nicht arbeitnehmerfreundlich. Von diesem Stress bei der Abholung kann ein solches Terminal befreien.

Trotzdem wird es auch weiterhin die Möglichkeit geben müssen, seine Papiere bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abzuholen; denn man braucht ein gültiges Dokument - einen Ausweis oder Reisepass -, um das andere verlängern zu können. Hat man beides verloren, funktioniert die Abholung am Automaten nicht. Das wissen wir aus Grevenbroich, wo seit Februar dieses Jahres ein solcher Automat in Betrieb genommen ist: das sogenannte Smart Terminal.

Von dort wissen wir auch, dass ein solcher Automat mit Lizenzen circa 40 000 Euro kostet. Für 80 000 Euro könnten anderthalb Stellen für ein Jahr geschaffen werden. Das ist nicht wenig Geld, doch wir glauben, dass es sich rechnet.

Es gibt aus Grevenbroich, weil es erst ab Februar angelaufen ist, noch keine belastbaren Zahlen, aber der Leiter des Bürgerbüros, Herr Claußen, teilte mit, dass sie bisher sehr zufrieden mit dem Ablauf und mit diesem Terminal sind und dass es von den Bürgerinnen und Bürgern gut angenommen wird.

Letztlich wird den überlasteten Mitarbeiter*innen in den Meldestellen etwas mehr Zeit bleiben, um sich um die wirklich wichtigen Dinge zu kümmern: Beratung und Hilfestellung bei den Schritten vor Ausstellung des Ausweisdokuments. Hier möchten und müssen einige Menschen stärker unterstützt werden. Dafür würden dann mehr Kapazitäten frei. Das würde gerade bei Situationen wie im vergangenen Sommer, als viele Menschen ihren Reisepass verlängern wollten und Angst haben mussten, nicht mehr rechtzeitig an einen Termin zu kommen, für Entlastung sorgen. Hier hat aber die Verwaltung schnell reagiert und entsprechend noch einmal zusätzliche Kapazitäten geschaffen. Das hat auch wirklich sehr gut geklappt.

Es geht in diesem Antrag um eine Erprobung links- und rechtsrheinisch. Ich denke, es ist eine gute Sache, die man beschließen könnte.

Jetzt hat Herr Spehl gesagt, dass das in der Verwaltung schon angedacht ist und dass die Vergabe läuft. Da würde ich gerne von Verwaltung wissen, ob tatsächlich ein Terminal geplant ist und wo dieses Terminal geplant ist.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 18

Andererseits haben wir natürlich in diesem Rat des Öfteren schon Mehrfachbeschlüsse gefasst, obwohl es schon im laufenden Verfahren war. Erst einmal würde ich gerne von der Verwaltung wissen, wie weit das Vergabeverfahren ist und wann man damit rechnen muss. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Wenn Sie erlauben, kann ich dieser Frage vorgeifen und sie beantworten. Der Kollege Spehl hat schon darauf hingewiesen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Am Platz bitte mit Maske, Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Oh, Entschuldigung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Oder ohne Maske hier. Kommen Sie doch schnell zu uns.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, ich wollte mit meiner Rede von hier auch den Kontrast zu dem Thema, das wir eben hatten, deutlich machen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay, das ist Ihnen unbenommen.

Ralph Sterck (FDP): Das vielleicht auch als Appell an alle, dass wir uns heute vielleicht auf Sachen konzentrieren, die uns wirklich weiterbringen. Dieser Antrag bringt uns leider nicht weiter.

Herr Spehl hat gesagt, man hätte die Verwaltung fragen können. Man hätte auch einfach die Unterlagen lesen können; denn es gibt eine entsprechende Beschlusslage aus der Bezirksvertretung Nippes vom 16.03. und dazu eine Mitteilung der Verwaltung.

Liebe Frau Stadtdirektorin, wenn Sie erlauben, kann ich daraus zitieren - das beantwortet nämlich auch die Frage der Kollegin Tokyürek -:

Die Stadt Köln befindet sich derzeit bereits in einer ausführlichen Marktsichtung zum Thema „Ausweisausgabeterminal“. Dabei werden insbesondere die technischen Anbindungen an die städtische Infrastruktur sowie die vorhandenen Sicherheitsstandards berücksichtigt. Das Ziel ist, zunächst ein Terminal in einem der Kölner Bezirke zu pilotieren. Die Entscheidung bezüglich des Ortes wird derzeit noch erörtert und hängt von verschiedenen Faktoren wie den örtlichen Gegebenheiten, den verkehrstechnischen Anbindungen des Kundenzentrums und weiteren Komponenten ab. Das Vorhaben wird aktuell konkretisiert und mit den verschiedenen Beteiligten innerhalb der Kölner Stadtverwaltung und anderen Mitwirkenden besprochen. Ob und inwieweit eine stadtweite Ausweitung des Ausweisausgabeterminals in Betracht kommt, hängt von der Evaluation des Pilotbetriebes ab.

Ich glaube, damit ist der Antrag erledigt und wir können uns hier mit wichtigeren Dingen beschäftigen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: War das ein Antrag zur Geschäftsordnung? - Nein. Okay. - Herr Jeschka.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Danke für die Glückwünsche erst einmal. Es ist natürlich kein schöner Tag, um Geburtstag zu haben, aber trotzdem danke schön.

Ich mache es auch kurz vom Platz aus. Das Meiste wurde gesagt. Deswegen richte ich eher einen Appell an die SPD: Wir machen das alle ehrenamtlich. Wir verbringen sehr, sehr viele Stunden hier, und es ist wirklich anstrengend, sich mit Anträgen zu beschäftigen, die seit mindestens einem Jahr schon Beschlusslage sind. Rufen Sie bei der Verwaltung an. Fragen Sie einfach kurz nach. Der Drops ist längst gelutscht. Deswegen

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 19

werden auch wir diesen Antrag ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der AfD-Fraktion das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wird von der FRAKTION das Wort gewünscht? - Auch nicht. Gegebenenfalls Frau Gabrysch?

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Nur ganz kurz: Eine Sache, die jetzt gerade nicht genannt wurde, entnehme ich diesem Antrag. Ohne, dass ich jetzt hier groß weiß, wo was schon in welchem Gange ist, aber in dem Antrag von der SPD wird vorgeschlagen, dass sowohl linksrheinisch als auch rechtsrheinisch jeweils ein Pilotautomat aufgestellt wird, und das wäre vielleicht noch einmal zu bedenken. - Danke.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann? - Nein, auch nicht. Dann gehe ich davon aus, dass Ihre Nachfrage, Frau Tokyürek, erledigt ist.

(Güldane Tokyürek [DIE LINKE] nickt)

Ich lasse abstimmen. Wer dem, was die SPD beantragt, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen SPD, DIE LINKE, Die FRAKTION und Frau Gabrysch. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD-Fraktion. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

TOP 3.1.3 wurde zurückgestellt.

Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Sozial- und Erziehungsdienste leisten unverzichtbare Arbeit – Dank und Wertschätzung sind das Gebot der Stunde“ AN/0557/2022

Ich gebe Herrn Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Die

Coronapandemie dauert nun ziemlich genau zwei Jahre an, und von Beginn an - also, von März 2020 an - befinden sich die Mitarbeiter*innen in den Sozial- und Erziehungsdiensten, aber auch in der Pflege, im Gesundheits-, Rettungs- oder Ordnungsdienst in beinahe permanentem Ausnahmezustand. Die pandemiebedingten Belastungen waren für sie alle immens und haben so manche Mitarbeiter*in an den Rand der Belastbarkeit gebracht und nicht selten auch darüber hinaus.

Schon in ganz normalen Zeiten leisten die Mitarbeiter*innen in den Sozial- und Erziehungsdiensten, über die wir jetzt hier im Speziellen reden, einen ganz unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. In diesen Zeiten der Pandemie haben die Mitarbeiter*innen in diesen Berufen aber buchstäblich den Kollaps unserer Gesellschaft verhindert. Wir schlagen deshalb mit unserem Antrag vor, dass der Rat der Stadt Köln all diesen unermüdlichen Menschen ganz ausdrücklich seinen großen Dank und seinen hohen Respekt ausspricht.

Dank und Respekt tun sicher gut, aber dafür kann sich niemand etwas kaufen. Und die Arbeitsbedingungen, die auch schon vor Corona häufig schwierig waren, werden natürlich auch dadurch nicht besser. Deshalb ist es für meine Fraktion wirklich völlig unverständlich, dass die Arbeitgeber der öffentlichen Hand sich in den Tarifverhandlungen so sperrig gegen die aus unserer Sicht sehr nachvollziehbaren Forderungen der Beschäftigten zeigen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es kann doch nicht sein, dass schöne Sonntagsreden gehalten werden, dass aber dann, wenn es um das Geld geht, den schönen Worten keine Taten folgen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Positionen scheinen mittlerweile so weit auseinanderzuliegen, dass sich die Gewerkschaft ver.di schon zu einem ersten Streik am 8. März genötigt sah, und zwar in den Kitas. Weitere Streiks müssen unbedingt vermieden werden, weil die Leittragenden solcher Streiks, zum Beispiel in den Kitas, eben nicht die Arbeitgeber, sondern die Eltern sind, die durch die coronabedingten Schließungen in den letzten Monaten ebenfalls an die Grenzen ihrer Belastbarkeit und auch ihrer Möglichkeiten gekommen sind.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 20

Wir schlagen deshalb vor, dass der Rat der Stadt Köln alle Verhandlungspartner dazu aufruft, möglichst schnell zu einer Einigung zu kommen, möglichst schon bei der Verhandlung am 21./22. März 2022 in Potsdam.

Gleichzeitig schlagen wir vor, dass dieser Rat erklärt, dass er die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen und fairer Bezahlung auch in den kommunalen Sozial- und Erziehungsdiensten ausdrücklich unterstützt.

Das wird - und das ist uns klar - sicher Geld kosten, und ich sehe schon die Sorgenfalten auf der Stirn unserer Kämmerin. Deshalb beinhaltet unser Antrag auch die Bitte an unsere Oberbürgermeisterin, sich gegenüber Land und Bund für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen einzusetzen, damit Kitas und andere Einrichtungen im Sozial- und Erziehungsdienst vernünftig und auskömmlich betrieben werden können.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die unter Ihnen, die mich oder meine Fraktion für Sozialromantiker halten, habe ich auch ein Argument jenseits von Dank und fairen Arbeitsbedingungen parat: Schon jetzt erleben wir einen ungeheuren Fachkräftemangel in den Sozial- und Erziehungsdiensten und in der Kranken- und Altenpflege. Wenn wir nicht schleunigst für eine angemessene Bezahlung und für ebenso angemessene und verlässliche Arbeitsbedingungen sorgen, dann werden uns weiterhin Mitarbeiter*innen in Scharen aus den sozialen Berufen weglaufen und erst recht wird es uns dann kaum noch gelingen, junge Menschen für dieses eigentlich so schöne und interessante Berufsfeld zu begeistern.

Das wird uns böse auf die Füße fallen. Deshalb, liebe Kolleg*innen: Geben Sie sich einen Ruck, und stimmen Sie unserem Antrag zu, auch wenn er von der SPD kommt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen! Lieber Michael Paetzold! Ihr habt ein wichtiges Thema hier auf

die Agenda gesetzt. Es hat eher Resolutionscharakter, sodass die Antragspunkte etwas unerschwinglich durchschimmern, wobei du einen ganz wichtigen Punkt gesagt hast: Wir haben seit zwei Jahren Pandemie, und deine beschriebenen Beschäftigtengruppen leisten eine immense, hervorragende Arbeit, für die man nicht oft genug danken kann. Und da noch einmal vielen Dank für deine Worte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum gesamten Bild gehört aber auch, dass heute und auch morgen der Bundestag in diversen Lesungen das Infektionsschutzgesetz diskutiert und in anderer Form fortführt, und leider - ich sage leider - scheint die Ampelregierung viele Maßnahmen nicht fortzuführen, wo auch unsere beiden Parteien nicht gerade eine bombenstarke Figur machen. Das gehört auch zum gesamten Bild. Man kann hier auch einmal sagen, dass vielleicht manche Maßnahmen fortgeführt werden sollten.

Deswegen werden wir die beiden ersten Punkte eures Antrags gerne unterstützen.

Zu dem dritten Punkt ist generell zu sagen, dass wir die gute Systematik - dass sich Parlamente und Räte nicht in Tarifverhandlungen einmischen, dass das gut getrennt ist, weil die Sozialpartner*innen da gute Ergebnisse bringen - beibehalten und Botschaften irgendwelcher Art, ob so oder so, gut getrennt halten sollten.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Deswegen werden wir den dritten Punkt nicht mitbeschließen.

Zum vierten Punkt - das ist so ein Klassiker -: Wenn ihr selbst merkt, dass ihr eher eine Resolution habt, dann müsst ihr irgendeinen Köln-Bezug herstellen, weil eure Botschaft nach Potsdam auf die Bundesebene geht, dort, wo verhandelt wird, und dann macht man immer noch eine Forderung an die Oberbürgermeisterin, die sich für irgendetwas einsetzen soll, um dem hier im Kölner Rat dann noch Hand und Fuß zu geben. Diesen werden wir auch nicht mitbeschließen.

Das heißt, die große Wertschätzung, den großen Dank an die vielen Beschäftigungsgruppen werden wir natürlich mitbeschließen, die Punkte 3 und 4 nicht. - Vielen Dank.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 21

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Schlieben.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Liebe Antragsteller und auch meine beiden Vorredner! Sie machen es mir jetzt relativ leicht.

Zunächst: Dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sozial- und Erziehungsdiensten schließe ich mich persönlich und auch für meine Fraktion ganz ausdrücklich an. Das ist ein guter Punkt. Er ist hier ausreichend ausgeschmückt worden. Den Punkt 1 werden wir aus ganzem Herzen mit unterstützen.

Wir unterstützen selbstverständlich auch die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen. Der Kollege Richter hat es anklingen lassen. Ich sage es noch etwas deutlicher: Es reicht nicht aus, nur auf dem Balkon zu klatschen

(Vereinzelt Beifall)

oder hübsche Bildchen in das Poesiealbum der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu kleben. Dann muss man auch sagen, dann wollen wir deren Beschäftigungsverhältnisse verbessern. Ein Aspekt kann sein, den finanziellen Verdienst zu verbessern. Auch das unterstützen wir ausdrücklich.

Ich möchte aber auch sagen, dass der finanzielle Aspekt nur ein Aspekt ist. Wir wissen genauso, dass die Belastung des Personals durch fehlende Fachkräfte auch ein zentraler Punkt ist. Ich gucke in unsere Sozialpartie, von der ich das sehr oft höre. Ich könnte auch hier in die Sozialpartie gucken, und die wird es bestätigen. Auch das wollen wir hier erwähnen.

Dass wir das nicht vergessen, steht auch in der Begründung, auch wenn die nicht beschlossen wird. Es ist also klar: Auch Punkt 2 tragen wir gerne mit.

Kollege Richter sprach es schon an: In unserem Land gibt es eine Tarifautonomie. Es gibt Tarifparteien, und ich kann mir jetzt vieles wünschen, was herauskommt, aber da halten wir uns zurück. Das ist nicht unser Job. Es ist vielleicht gut gemeint, lieber Herr Homann, aber ich finde Punkt 3 nicht gut gemacht. Den würden wir ablehnen.

Zu Punkt 4: Ich würde die Frau Oberbürgermeisterin nicht auffordern, etwas zu tun, sondern - das ist eben so meine natürliche Art - ich würde sie freundlich darum bitten, vielleicht in der Erwartung, dass sie das umsetzen könnte. Aber auch da hat der Kollege Richter gesagt: Na ja, die Punkte 3 und 4 halten eigentlich bei den Punkten 1 und 2 nicht mit. Auch den vierten Punkt würden wir nicht mittragen wollen.

Deshalb: Die Punkte 1 und 2 finden wir gut. Die Summe des Antrags finden wir gut. Deshalb bitte ich natürlich - Herr Richter hat es nicht ausdrücklich gesagt - um punktweise Abstimmung. Die wichtigsten Dinge können wir hier vermutlich gemeinsam machen - ich weiß ja nicht, wie sich jetzt noch meine Nachredner anschließen -, und das ist, glaube ich, ein gutes Zeichen. Daher ist die Grundtendenz des Antrags in den ersten beiden Punkten lobenswert, und wir unterstützen ihn. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Klatschen reicht nicht, das ist richtig, aber dazu dieser Spruch, der da heißt, dass man vor seiner eigenen Haustür kehren soll.

Es ist völlig richtig - und das sagen wir gemeinsam in den Fachausschüssen -: Bund und Land müssen mehr für den sozialen und erzieherischen als auch für den Bildungsbereich bezahlen. Diese Bereiche sind unterausgestattet. Allerdings geht es auch um die Frage, ob man zuerst dort, wo man sich befindet, etwas tun kann, ob man zuerst vor der eigenen Haustüre kehrt. Und darum geht es in den Punkten 3 und 4 dieses Antrages. Diese Punkte 3 und 4 gehören untrennbar zu Punkt 1 und 2; denn die Beschäftigten rufen es seit Langem auf ihren Kundgebungen. Das spiegelt eine sehr weit verbreitete Stimmung wider: Klatschen alleine reicht nicht!

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Es geht um bessere Arbeitsbedingungen. Es geht um eine bessere finanzielle Anerkennung für die Arbeit in den sozialen Dienstleistungsberufen,

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 22

und das hängt mit dem dritten Punkt, der von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Tarifverhandlungen seit 25.02. vorgebracht wird, eng zusammen, nämlich der Bekämpfung des Personalmangels. Es hilft nichts, von Hochschätzung und von Bekämpfung des Personalmangels zu sprechen. Die enorme Personalfuktuation in diesen Bereichen, der vielfältig vorzeitige Abbruch der eigenen Berufslaufbahn, das Wechseln in einen anderen Bereich hängen eng mit Bezahlung und Arbeitsbedingungen zusammen. Und deshalb ist es gerade wichtig, hier anzusetzen.

Die Eltern, die Familien dieser Stadt wissen ganz genau, wie wichtig für sie die Kinderbetreuung ist. Die Familien dieser Stadt wissen, was die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in bestimmten Bereichen leisten, und sie haben zugleich einen hohen Anspruch an diese sozialen und erzieherischen Dienste.

Das heißt also, Menschen, die hart arbeiten müssen, die eine Familie gründen, werden genau hinschauen, wie sich die Dinge in diesen Bereichen entwickeln, und es wird für sie sozusagen auch ein Standortfaktor bei der Wahl ihres Wohnorts sein.

Das heißt also, es ist für die Stadt Köln enorm wichtig, dass sie sich in diesen Bereichen für Verbesserungen einsetzt. Und wo sollte sie damit anfangen, wenn nicht in dem Bereich, wo sie etwas in Gang setzen kann, nämlich bei den kommunalen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bleibe mal hier stehen. Das ist mein Beitrag zu diesem Antrag; denn auf den ersten Blick ehrt es Sie, dass Sie die vielen Menschen nicht vergessen, die in der Pandemie diese Gesellschaft getragen haben und es immer noch tun. Die Pandemie ist nämlich noch nicht vorbei.

Leider ehrt es Sie nur auf den ersten Blick; denn ganz ehrlich: Müssen wir hier einen Dank beschließen? Das können wir auch so. Und danken wir dann beim nächsten Mal den Pflegekräften?

Ich finde das ganz merkwürdig. Ich finde es merkwürdig, dass wir einen Antrag beschließen sollen, der im Grunde genommen in Köln gar nicht umgesetzt werden soll.

Wir haben so viel anderes zu tun, so viel Wichtiges zu tun, dass wir doch lieber, lieber Koalitionspartner auf Bundesebene, direkt an unsere Parteien auf Bundes- und Landesebene herantreten sollten, damit sie aktiv darauf hinarbeiten, dass hier ein sozialer Ausgleich stattfindet. Aber heute hier im Rat vorzubringen, man soll Einfluss nehmen, man ruft auf, man soll sich einsetzen - das halte ich tatsächlich ein Stück weit auch wieder für einen Wahlkampfantrag ohne wirkliche Substanz.

Wir können uns aber gut vorstellen - ähnlich wie das Ratsbündnis -, die ersten zwei Spiegelstriche mitabzustimmen. Es spricht nichts dagegen, aber eigentlich hätten wir es hier auch nicht machen müssen. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Liebe Zuschauer*innen im Saal und im Stream! Zunächst möchte ich nicht nur als Fraktionsvorsitzende von Volt, sondern auch als Angehörige dieses Arbeitssektors der SPD für diesen Antrag danken.

Wir alle haben in den vergangenen 24 Monaten die Arbeit von Beschäftigten in Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsbereichen besonders zu schätzen gelernt. Während wir vor zwei Jahren, wie hier eben schon mehrfach betont, klatschend auf dem Balkon standen, ist die finanzielle Kompensation trotz vieler Versprechen dürrtig geblieben.

Inzwischen ist die besondere Leistung dieser Menschen zunehmend in den Hintergrund geraten, während sie weiterhin die Last der Gesamtbevölkerung auf ihren Schultern trugen und immer noch tragen.

Gleichzeitig weiß ich aus eigener Erfahrung, wie hart die Arbeitsbedingungen in diesen Berufen sein können. Pflegedienstleistende, Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen dürfen nicht nur verbal

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 23

wertgeschätzt werden. Daher stimmen wir der SPD in den ersten beiden Punkten dieses Antrags vollkommen zu.

Die letzten beiden Punkte haben wir jedoch für nicht notwendig erachtet, vor allem da sie die Verhandlungsposition der Arbeitgeber vorwegnimmt.

Ich bin mir auch sicher, dass sich unsere Oberbürgermeisterin für die Menschen aus den Sozial- und Erziehungsdiensten einsetzt. Ich habe sie eben deutlich nicken sehen.

Ich möchte den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Kollege Helge Schlieben zur punktweisen Abstimmung unterstützen.

Ich werde aufgrund meiner Abhängigkeit zu diesen Verhandlungen nicht an der Abstimmung teilnehmen. - Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Es mag sein, dass das hier ein Wahlkampf Antrag ist. Auf der anderen Seite muss ich ganz ehrlich aus meiner Perspektive sagen: Solange es an Wertschätzung sowohl monetär als auch nicht-monetär für genau diese Menschen mangelt - und das tut es nach wie vor -, diese Menschen, die nämlich genau die systemrelevanten Jobs hier für uns erledigen, solange kann es nicht oft genug gesagt, gefordert und von mir aus auch beantragt werden. Deswegen ist es mir eigentlich, mit Verlaub gesagt, relativ egal, wer hier denkt, dass es ein Wahlkampf Antrag ist, und wer meint, dass es kein Wahlkampf Antrag ist. Es ist in der Sache einfach richtig und wichtig.

Und gerade im Moment, wo wieder viele Menschen auf die Straßen gehen - ich weiß nicht, manche von euch habe ich zum Beispiel letzte Woche vor der Uniklinik gesehen; leider bei Weitem nicht alle -, das zeigt auch schon wieder, wie

viel Wertschätzung oder eben auch nicht diesen Menschen seitens der Kölner Politik zuteilwird.

(Zurufe)

Auf jeden Fall - hier wird schon abgewinkt und geschimpft - stimmen die KLIMA FREUNDE für diesen Antrag, und ich würde mich wirklich freuen, wenn auch das Bündnis und die FDP eben nicht nur wieder Worte hier walten lassen, sondern auch Taten, und eben nicht nur den ersten beiden Punkten zustimmen. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt, wie gewünscht, punktweise abstimmen.

Zunächst zu Ziffer 1 des Antrags: Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 2 des Antrags: Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine¹. Dann ist es so beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 3 des Antrags: Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und die Fraktion Die FRAKTION. Enthaltungen? - Keine². Dann ist der Antrag abgelehnt.

(Zuruf: Der Punkt! Nicht der Antrag!)

- Ja, Punkt 3.

Jetzt komme ich zu Ziffer 4, da machen wir das Gleiche: Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und die Fraktion Die FRAKTION. Enthaltungen? - Keine³. Dann ist auch dieser Punkt abgelehnt.

Dann habe ich jetzt über die Punkte 1 und 2 als Gesamtantrag abzustimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, Frau Gabrysch und Herr Zimmermann,

¹ Anmerkung: Enthaltung von Frau Oberbürgermeisterin Reker

² Anmerkung: Enthaltung von Frau Oberbürgermeisterin Reker

³ Anmerkung: Enthaltung von Frau Oberbürgermeisterin Reker

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 24

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die Fraktion Die FRAKTION, die AfD-Fraktion und Volt⁴. Dann sind Ziffer 1 und 2 des Antrags beschlossen.

(Beifall bei der SPD)

Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Coronamaßnahmen für Kinder beenden“ AN/0559/2022

Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Geschätzte Zuschauer des Livestreams! Die wenigen Minuten, die ich heute zur Begründung habe, möchte ich nicht dafür nutzen, Ihnen zu erzählen, was wir in ganz vielen verschiedenen Ratssitzungen schon gefordert haben, nämlich die Aufhebung aller unverhältnismäßigen Coronamaßnahmen.

Wichtiger ist heute für uns jetzt erst einmal, dass unsere Kinder etwas freier sein können. Die Anfänge sind schon gemacht. NRW verzichtet auf Coronatests in Kitas, und auch an Schulen werden Kinder nicht mehr getestet. Es wird unter anderem über - Zitat - „anlasslose Tests“ gesprochen. Was, bitte, haben wir unseren Kindern bisher zugemutet?

Ab dem 3. April 2022 werden wir also nur noch Kinder testen, die Coronasymptome haben. Ich sage Ihnen ehrlich, dass erstens diese Maßnahme längst überfällig ist und zweitens man aber meinen könnte, dass der Wahlkampf zur Landtagswahl angefangen hat.

Meine Damen und Herren, bevor Sie nun unterstellen wollen, dass ich Corona verharmlose, möchte ich Ihnen erläutern, aus welcher Motivation dieser Antrag erwachsen ist.

Stellen Sie sich folgendes Szenario vor: Ihr Kind ist erst Kontaktperson, muss also schon einmal zehn Tage in Quarantäne, da Sie oder Ihr Partner/Ihre Partnerin sich mit Corona infizierten. Sie haben es beinahe jeden Tag testen lassen, sogar mit einem PCR-Test, also dem angepriesenen

Goldstandard der Tests - negativ. Trotzdem darf Ihr Kind nicht raus. Es steht am Fenster und schaut anderen Kindern beim Spielen zu. Zur Erinnerung: Die Viruslast war so gering, dass ein PCR-Test diese nicht anzeigen konnte.

Nach zehn Tagen wollen Sie Ihr Kind dann wieder zur Kita schicken. Es hat dann aber, um auch als Kontaktperson freigesetzt zu werden, einen positiven Schnelltest. Zwei Tage vorher hatte es zwar leichte Symptome, jedoch so leicht, dass Sie da niemals an Corona dachten, sondern an eine der zahllosen Kinderkrankheiten. Der PCR-Test schlägt nun auch aus und zeigt einen CT-Wert, der ziemlich nah an der 30 liegt.

Jetzt wollen Sie genau wissen: Was muss ich unternehmen? Was ist Phase?

Sie werden sich überall informieren wollen - beim Testzentrum, beim Coronatelefon der Stadt Köln, beim Jugendamt, beim Kinderarzt - und bekommen überall unterschiedliche Antworten, bis Sie schließlich Kontakt zum Leiter des Gesundheitsamtes aufnehmen und sein Büro Ihnen dann mitteilt, wie es wirklich aussieht.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Im Jahr 2 der Pandemie mit so vielen unterschiedlichen Meinungen ganz besonders zu Kindern und dem Umgang mit Kindern ist das nicht nur für mich, sondern für sehr viele Eltern unverständlich. Fakt ist doch: Kinder haben in der überwiegenden Mehrzahl keine - ich wiederhole: keine - Symptome oder einen sehr milden Krankheitsverlust. - Das schreibt das Robert-Koch-Institut.

Ich denke, wir sind uns alle einig, dass Kinder die großen Verlierer der Coronapandemie sind.

Schenken Sie also unseren Kindern, besonders aber den gesunden Kindern, die Freiheit, die Kinderseelen gerade jetzt brauchen.

Und damit es keine Missverständnisse gibt: Natürlich sollen kranke Kinder zu Hause bleiben und dort genesen.

Ich bitte Sie: Stimmen Sie diesem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

⁴ Anmerkung: Zustimmung von Frau Oberbürgermeisterin Reker

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 25

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich zu meinem Stimmverhalten bei den Tagesordnungspunkten 3.1.6 und 3.1.8 sowie dem Änderungsantrag der FRAKTION zu TOP 10.9 Stellung beziehen. Mit den Themen, die die Fraktion Die FRAKTION hier satirisch aufgreift, setze ich mich und setzen sich die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung sehr ernsthaft auseinander. Es sind oft herausfordernde Themen, denen wir uns da widmen. Eine Beschäftigung mit satirischen Beiträgen halte ich ganz persönlich bei Sitzungen des Rates der Stadt Köln für nicht angemessen. Ich werde mich daher an der Beratung und Beschlussfassung zu diesen Anträgen nicht beteiligen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Tagesordnungspunkt

3.1.6 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „E-Sport fördern - Anschlusszug nicht verpassen!“ AN/0558/2022

Ich gebe Herrn Hock das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Frau Reker, vielen Dank für die herzliche Anmoderation. Ehrlich gesagt, fällt es mir auch manchmal schwer, die Grenze zwischen Satire und ernst gemeinten Anträgen zu ziehen. Selbstverständlich meinen wir unsere Anträge so, wie sie gestellt worden sind. Vielleicht wäre es sogar sehr erfrischend, mal dem einen oder anderen Antrag zuzustimmen. Bisher haben wir - ich meine, dass führende PARTEI-Forscher das herausgefunden haben - so etwas wie 100 Prozent Ablehnungsquote. Das ist unverständlich und ein Skandal. - Nun gut; jetzt erst einmal zu diesem Antrag:

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht die Aufgabe der Opposition, die Arbeit der Regierung oder hier

des Mehrheitsverwaltungsbündnisses zu machen. Wir wollen aber nicht tatenlos zusehen, wie Köln Chance um Chance verspielt.

„E-Sport statt Schulsport“ heißt die Devise. Wir sehen Köln nicht als E-Sport-Hauptstadt, sondern als E-Sport-Superwelthauptstadtmetropole.

Wir hören die ewig miesepetrigen Kritiker irgendwas von Altersempfehlung und Beschaffbarkeit und überhaupt murmeln. Aber, meine lieben Damen und Herren, Bedenken second!

Liebe Kollegen und Kolleginnen, wir laufen Gefahr, den Anschlusszug zu verpassen, abgehängt zu werden und nicht mithalten zu können. Aufwachen, Köln! Es droht, dass wir ins Hintertreffen geraten, auf der Strecke bleiben und nicht mehr Schritt halten können. Wollen wir das? Nein! Aber das will offenkundig das Mehrheitsbündnis.

Daher ist unser Antrag nur ein erster Schritt zu einer breiten Förderung dieses schönen Sports. Bald wird E-Sport olympisch und paralympisch werden. Wollen wir dann etwa als unsportliche Versager*innen dastehen? Wohl kaum!

In dieser Stadt kann der E-Sport gedeihen, wenn Sie jetzt die richtigen Impulse setzen, auch für die Spieleentwickler. Inspiration gibt es hier zuhauf. Vielleicht sind die nächsten Top Releases „Oper 2000“, „Dezernentenwahl III“ oder das Add-on zum Feuerwehr-Simulator mit dem Titel „Jetzt wird's politisch - Wo landet das Löschfahrzeug?“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, daher bitten wir Sie um Unterstützung für unseren Antrag. Machen Sie Kindern eine Freude, und machen Sie Eltern eine Freude. Fördern Sie den Sport nicht nur durch langweilige und anstrengende Bewegungsparcours, sondern durch moderne Technik. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Philippi das Wort.

(Franz Philippi [SPD]: Nein!)

Herr Kockerbeck.

(Heiner Kockerbeck [DIE LINKE]: Nein!)

Herr Breite.

(Ulrich Breite [FDP]: Nein!)

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 26

Wünscht sonst noch jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Wieder Ärger um Kölner Spitzenamt - reloaded“ AN/0563/2022

Herr Hock hat das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hallo an den Bildschirmen da draußen! Liebe Frau Martin! Auch dieser Antrag von uns ist ein Beispiel, dass wir uns durchaus ernsthaft mit der Materie beschäftigen, die Antragsgegenstand ist.

Vor ziemlich genau einem Jahr, am 23. März 2021, hatten wir nämlich in der 5. Sitzung der Ratsperiode einen Antrag - und zwar, wie Sie sich selbst im Nachgang überzeugen konnten, einen sehr vorausschauenden Antrag - zur Besetzung wichtiger Posten in der Stadtverwaltung gestellt. Darin forderten wir anno dazumal, die Findungsverfahren zur Besetzung der Dezernate I, III, VIII und IX neu aufzusetzen. Unser Chefjurist hatte herausgefunden, dass die vorgeschlagenen Verfahren nicht rechtssicher waren.

Sie, liebe Frau Martin, Vorsitzende der Grünenfraktion, ergriffen jedoch damals die Initiative, unseren sehr guten Antrag von der Tagesordnung zu nehmen. Sie begründeten die Absetzung unter anderem damit, dass Ihr Antrag ein geordnetes Verfahren zur Dezernatsbesetzung beinhaltet und dass damit alle unsere Forderungen erfüllt seien.

Leider steht es nicht so in den Geschichtsbüchern, und leider haben wir Herrn Kienitz und Herrn Haack, die es bitter zu spüren bekommen.

Dass sich die Ratsgruppe GUT, Herr Wortmann, die SPD, DIE LINKE und sogar die FDP damals vor einem Jahr für den Verbleib unseres Antrages auf der Tagesordnung aussprachen, hätte Ihnen zu denken geben müssen.

Nun haben wir den Salat. Das Dezernat für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und irgendwas ist seit zwölf Monaten vakant. Wir haben zwei nicht schlechte Kandidaten verbrannt und stehen wieder am Anfang. Dabei sind wir nicht einmal über Los gegangen.

Damals - vielleicht erinnern Sie sich - schloss ich meine Rede mit den Worten:

Die PARTEI ist wachsam, wir halten die Augen auf. Schauen wir einmal. Wir stellen den Antrag einfach noch einmal nächstes Mal.

There we are again. Dank der Tatsache, dass zwischenzeitlich einige Posten mit fest zugeprägten Augen durchgewinkt wurden, konnten wir unseren aktuellen Antrag entsprechend kürzen. Wir fokussieren uns heute auf das Wesentliche: auf die Verhinderung eines kommunalen Kollapses, meine Damen und Herren, der unsere Verwaltung führungs- und kopflos dastehen lassen würde.

„Wie soll das gehen?“, fragen Sie nun. Unser Antrag liefert Ihnen die passende und leicht verständliche Bastelanleitung.

Erstens. Das vakante Dezernat IX wird umfunktioniert zu Dezernat XI, dem Dezernat zur Errichtung und Besetzung von Dezernaten. Es wird sich prioritär mit dem Zuschnitt von Dezernaten beschäftigen und dafür Sorge tragen, dass zukünftige Findungsverfahren zur Besetzung ebenjener Stellen rechtssicher durchgeführt werden.

Zweitens. Dem Dezernat XI werden die Unterabteilungen Fastelovend, Klüngel und Brauchtumpflege zugeordnet. Hier sehen wir insbesondere den Wirkungskreis unserer Stadtdirektorin Frau Andrea Zone, äh, Blome; aber auch alle anderen bisherigen Dezernate sind hier gut aufgehoben. Ganz im Sinne der von Frau Reker angestoßenen Verwaltungsreform wollen auch wir Prozesse verschlanken und die Verwaltung effizienter gestalten. Hier nutzen wir Synergieeffekte. Man muss das Rad nicht neu erfinden. Alle Bauteile sind schon da. Wir müssen lediglich alle Kräfte und Ressourcen in einem einzigen Dezernat bündeln.

Abschließend, verehrte Kolleginnen und Kollegen, möchte ich Ihnen mitgeben, dass es nicht sein kann, dass wir von GUT Köln und der PARTEI unter der Dachmarke Die FRAKTION beim attraktiven Postengeschacher noch nicht berücksichtigt wurden.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 27

Deshalb: Stimmen Sie für unseren Antrag, für eine gesunde Verwaltung und für eine blühende Zukunft für Köln. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.8 abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Rodenkirchen zur nachhaltigen Verbesserung des Services in den städtischen Kundenzentren
4277/2021**

Das ist eine unmittelbare Ratsvorlage.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

**4.1 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „THC-Modellstadt Köln“
AN/0276/2022**

**Antwort der Verwaltung vom 15.03.2022
0805/2022**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

**4.2 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., Volt, Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend „Menschen auf der Flucht aufgrund der jüngsten Ereignisse in der Ukraine“
AN/0540/2022**

**Antwort der Verwaltung vom 17.03.2022
0842/2022**

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

**4.3 Anfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Städtepartnerschaft mit Wolgograd, auf Eis“?
AN/0543/2022**

**Antwort der Verwaltung vom 17.03.2022
0842/2022**

Die Antwort liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank für die Beantwortung der Anfrage, bei der es um die Städtepartnerschaft mit Wolgograd geht.

Nach meiner Anfrage haben Sie sich erfreulicherweise auch an den Bürgermeister der Stadt Wolgograd gewandt. Laut Pressemitteilung haben Sie ihn in einem Brief aufgefordert, sich doch auch zum Krieg gegen die Ukraine zu positionieren. Ich wollte nur fragen, ob es darauf schon eine Reaktion des Bürgermeisters von Wolgograd gab. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Mir ist noch keine Reaktion bekannt.

Tagesordnungspunkt

**4.4 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Cradle to Cradle“
AN/0590/2022**

Diese Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Tagesordnungspunkt

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 28

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Vorbereitungen der Stadt Köln für Katastrophenfälle, aber auch den Verteidigungsfall“ AN/0600/2022

**Antwort der Verwaltung vom 17.03.2022
0913/2022**

Die Antwort liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Bitte sehr.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die zügige Beantwortung der Anfrage. - Ich habe ein paar Nachfragen.

In der Antwort zu Frage 1 haben Sie mehrere Fachbegrifflichkeiten aufgeführt. Da wüsste ich gerne, was das genau heißt. Ich muss jetzt hoffentlich nicht alles vorlesen. Was heißt „Patiententransportzug 10“, „Konzept Behandlungsplatz 50“ usw.? Vielleicht kann die Verwaltung dazu eine kurze Erklärung nachreichen, damit man genau weiß, was das ist und wo das angesiedelt ist.

In Frage 5 geht es um Schutzräume in Köln. Ich lese die Antwort so, dass keine Schutzräume existieren. Gibt es da irgendwelche Pläne? Es ist ja eigentlich traurig, dass wir in einer Zeit leben, in der man darüber nachdenken muss, wieder Schutzräume einzurichten bzw. die Schutzräume, die es mal in irgendeiner Form gab, wieder in Betrieb zu nehmen. Entwickelt man jetzt irgendwelche Pläne zum Beispiel für die Nutzung von U-Bahn-Stationen oder Ähnlichem? Wie gesagt, klingt es komisch, dass man das überhaupt fragen muss. Aber so sind nun einmal die Zeiten. Was für Pläne gibt es in der Verwaltung, dort entsprechend tätig zu werden? - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Nachfragen werden, wie vereinbart, schriftlich beantwortet.

Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ AN/0601/2022

Antwort der Verwaltung vom 17.03.2022

0904/2022

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es hier Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 Verlängerung des Durchführungszeitraumes für Sanierungsmaßnahmen im Geltungsbereich der Sanierungssatzung „Umfeld Archäologische Zone am Rathaus“ 0099/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.2 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln Hier: Umsetzung der Änderungen des Korruptionsbekämpfungsgesetzes zur Auskunftspflicht der Gremienmitglieder 0387/2022

Meine Damen und Herren, auch hier frage ich nach Wortmeldungen. - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.3 Stellplatzsatzung für Köln 3388/2021

**Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION
AN/0144/2022**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0265/2022**

Ich gebe als Erstes Herrn Wahlen das Wort.

Lars Wahlen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Was lange währt, wird endlich gut.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 29

Und die Erstellung der Stellplatzsatzung hat sehr lange gewährt. Vor fast zwei Jahren wurde der Entwurf in die Gremien eingebracht. Letztes Jahr haben wir dann Änderungen beschlossen. Nun können wir endlich entscheiden.

Wir entscheiden uns damit für eine moderne Stellplatzsatzung für Köln - eine Satzung, die auf der einen Seite anerkennt, dass viele Leute immer noch auf das Auto angewiesen sind, und auf der anderen Seite aber auch nicht mehr wertvolle und endliche Flächen als unbedingt nötig für parkende Autos reserviert, damit mehr Platz für Sachen ist, die wir in Köln wirklich dringend brauchen, wie Wohnraum, Spielplätze oder Grünflächen.

Zwar ist der heutige Beschluss das Ende der Satzungsaufstellung. Aber wir wissen alle, dass jedem Ende auch ein Anfang innewohnt. In diesem Fall ist es der Anfang der Evaluationsphase. Denn es ist das erste Mal, dass wir eine Stellplatzsatzung auf kommunaler Ebene beschließen, und mit dieser erstmaligen Gelegenheit kommen auch viele Erwartungen, was diese Satzung alles können sollte.

Man könnte sicherlich noch weiter diskutieren, welche Reduktionswerte wo sinnvoll sind oder welche Berechnungsgrundlage man nehmen soll.

Fakt ist aber: Wir brauchen diese Satzung jetzt, damit die Bauverwaltung klare Regeln für ihre Entscheidungen hat und die Bauherr*innen Planungssicherheit für ihre Projekte haben.

Deshalb ist es richtig, heute zu beschließen, verbunden mit einer späteren Evaluation. Denn erst in der Anwendung wird sich zeigen: Was funktioniert gut und was nicht, und wo muss man nachsteuern?

Trotz der vielen eindeutigen und allgemeingültigen Regeln bietet die Satzung auch die nötige Flexibilität für die Bauverwaltung, damit die vielen verschiedenen Bauvorhaben in Köln immer auch auf den Einzelfall angepasste Stellplatzschlüssel erhalten können.

Nun könnte man sagen, dass mit den Ausnahmemöglichkeiten im Satzungsentwurf bereits die Anliegen in den Änderungsanträgen der SPD und der FRAKTION erfüllt sind. Aber wenn es darum geht, kulturelle oder gemeinwohlorientierte Nutzungen in Köln zu unterstützen und zu ermöglichen: Wer sind wir, das Nein sagen zu können?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Außerdem ist die feste Überzeugung „Doppelt beschlossen hält besser“ immer noch ein Grundpfeiler der Kölner Kommunalpolitik.

Daher werden wir natürlich auch den Änderungsantrag der SPD unterstützen. Der Änderungsantrag der FRAKTION hätte sich damit auch erledigt. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau De Bellis-Olinger das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich außerordentlich, dass wir heute endlich die Stellplatzsatzung verabschieden - gefühlt nach vier oder fünf Jahren; ich kann gar nicht beziffern, wie lange wir schon darüber sprechen. Aber heute ist es endlich so weit.

Man kann trefflich darüber diskutieren, ob man eine solche Stellplatzsatzung braucht oder nicht. Wir meinen, dass ein völliger Verzicht auf eine Stellplatzregelung wie in Berlin und Hamburg, die immer wieder als Beispiele angeführt werden, bei uns schlichtweg nicht sinnvoll ist, weil es in Berlin und Hamburg wesentlich mehr öffentlichen Raum für den ruhenden Verkehr gibt.

Ich möchte auch aus unserer Sicht auf einige wichtige Neuerungen eingehen.

Dazu gehört - das ist auch der Wunsch der Wohnungswirtschaft -, dass die Zahl der notwendigen Stellplätze bei Bedarf leichter erhöht werden kann, da keine aufwendigen Gutachten erforderlich sind.

Der Blick auf die unterschiedlichen Ortsteile, insbesondere diejenigen, die nicht schienenangebunden sind und somit andere Mobilitätsvoraussetzungen mit sich bringen, ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt, der sich in dieser Satzung wiederfindet. Wir sind der Ansicht, dass hier keine Reduzierung erforderlich ist. Das spiegelt sich auch in dieser Beschlussvorlage wider.

Das Punktesystem - dazu gab es ja auch einen Änderungsantrag von uns - ist ebenfalls in der Vorlage vorgesehen. Da muss man einfach auch nach der Evaluierung schauen, wie wir als Stadt Köln damit zurechtkommen.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 30

Diese Satzung legt außerdem ein besonderes Augenmerk auf die Nutzungsänderung von denkmalgeschützten und historisch bedeutsamen Gebäuden. Dort kann die Verwaltung auch bei unterschiedlichen kulturellen Folgenutzungen auf die Schaffung von Stellplätzen verzichten.

Eine weitere wichtige Änderung betrifft neben dem ÖPNV natürlich auch das Fahrrad, das in unserer Stadt immer mehr an Gewichtung und Bedeutung gewinnt. Insofern ist es konsequent - ich danke der Verwaltung dafür, dass dieser Punkt gut aufgearbeitet wurde -, dass in der neuen Stellplatzsatzung auch dafür Sorge getragen wird, dass die Räder, die immer größer und teurer werden, ebenfalls gut abgestellt werden können.

In Bezug auf die autofreien Quartiere sind wir nach wie vor der Auffassung, dass sie zwar möglich sein müssen, dass aber der ruhende Verkehr von dort auch nicht zulasten der anderen Wohnquartiere verdrängt werden darf.

Last, but not least ist der soziale Wohnungsbau ebenfalls ein wichtiger Aspekt. Auch hier bringt die Satzung wichtige Erleichterungen mit sich. Das betrifft insbesondere die Bauherren. Für sie wird es einfach attraktiver, Wohnraum zu schaffen, weil nicht eine große Anzahl an Stellflächen vorgesehen ist.

Ich möchte es aber kurz machen. Wir schaffen heute mit der neuen Stellplatzsatzung, die dann in Kraft treten kann, mehr Flexibilität und bauen vor allem auch kostentreibende Investitionshemmnisse für den Wohnungsbau ab. Insofern können wir wirklich sagen, dass es ein guter Tag ist.

Es hat zwar alles sehr, sehr lange gedauert. Wir können aber heute hier einen guten Beschluss auf den Weg bringen. Sicherlich wird es das nächste Mal schneller gehen. Wir arbeiten fleißig daran.

Noch ganz kurz zu den Änderungsanträgen: Den Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION lehnen wir ab. Aber dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion stimmen wir zu. Somit können wir dann heute die Satzung verabschieden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Jäger das Wort.

Christiane Jäger (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! „Ein guter Tag“ ist gerade schon gesagt worden. Es ist nämlich gut, dass wir endlich die Stellplatzsatzung beschließen können. „Stellplatzsatzung“ hört sich ein bisschen trocken an. Eine Stellplatzsatzung ist aber ein ziemlich wichtiges Element auf dem Weg zur Verkehrswende in dieser Stadt. Das will ich jetzt nicht erörtern, weil es ein Thema für den Verkehrsausschuss ist. Hier im Rat der Stadt Köln geht es um die großen Linien.

Als SPD erwarten wir uns von dieser Stellplatzsatzung, der wir auch gerne gleich zustimmen werden, dass wir hier eine zukunftsfähige Satzung haben, die Stadtentwicklung möglich machen wird und nicht hemmt, eine Satzung, die geförderten Wohnungsbau ermöglicht und nicht verhindert, eine Satzung, die anregen wird, Mobilstationen zu bauen und Konzepte dafür zu entwickeln, und eine Satzung, die dazu führen könnte, dass endlich Quartiersgaragen entstehen - ein Wunsch, den auch viele in diesem Rat gemeinsam haben.

Bei unserem Ergänzungsantrag zur vorliegenden Satzung geht es um Folgendes - das ist ja gerade schon vielleicht etwas polemisch, aber doch in der Sache zutreffend von Herrn Wahlen beschrieben worden -: Diese Satzung, die die Dinge, die für diese Stadt wichtig sind, möglich macht, muss es auch möglich machen, dass kulturelle, soziale und gemeinwohlorientierte Nutzungen in Gebäuden dieser Stadt als Dauernutzung oder auch als Zwischennutzung möglich sind und nicht verhindert werden.

Deswegen haben wir unseren Änderungsantrag gestellt. Wir freuen wir uns natürlich darüber, dass, wie wir gerade schon gehört haben, zumindest das Bündnis - vielleicht ja auch noch andere im Rat - hier gleich zustimmen wird. Denn zu unserer lebendigen und lebenswerten Stadt gehört auch, dass diese Nutzungen ermöglicht werden. - Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der LINKEN das Wort gewünscht? - Frau Tokyürek, bitte.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Ich mache es vom Platz aus, Frau Reker. - Sehr geehrte Frau

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 31

Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit ich hier verkehrspolitische Sprecherin bin, verfolgt uns die Stellplatzsatzung, muss ich sagen. Deswegen bin ich sehr froh, dass wir das heute endlich zum Abschluss bringen und hier beschließen.

Seit dem 6. Mai 2021 wurde die Stellplatzsatzung mit Änderungen beschlossen. Unter anderem waren auch wir Antragsteller. Wir fanden das, was wir an Änderungen vorgeschlagen haben, schon damals gut.

Zur Wahrheit gehört dazu, dass die Verwaltung natürlich auch in Gesprächen versucht hat, dann Modifikationen hineinzubringen. Deswegen liegt jetzt diese modifizierte Satzung hier vor.

Das ist ein großer Schritt nach vorne. Man kann natürlich immer mehr fordern. Andere wollen etwas anderes. Ich glaube aber, dass diese Stellplatzsatzung wirklich in die richtige Richtung geht.

Gestatten Sie mir noch eine Ergänzung. Wichtig war uns als LINKE immer, dass im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf die Zahlung eines Ablösebetrages verzichtet wird. Da gibt es eine Modifikation, mit der wir auch leben können.

Insofern: Halleluja! Heute wird die Stellplatzsatzung beschlossen. Das ist sehr schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Aus Sicht der FDP-Fraktion ist heute kein guter Tag für alle diejenigen, die auf ihr Auto angewiesen sind.

Der Kollege Wahlen hat in seiner Rede mehrmals das Wort „Evaluation“ verwandt. Und das finde ich eigentlich das Ärgerliche: Das ist ein sehr mathematisches Modell, mit dem die entsprechenden Faktoren heruntergerechnet werden. Wir haben uns aber nicht angeguckt, was in den Veedeln bei uns passiert, gerade auch in den neuesten Veedeln, die wir gebaut haben, wie dem Waldbadviertel in Ostheim oder dem Clouth-Quartier in Nippes. Dort kann man doch sehen, wie das Leben heute stattfindet und welcher Bedarf für Mobilität,

auch für motorisierte individuelle Mobilität, existiert.

Dort gibt es überall Tiefgaragen und jeweils eine tolle ÖPNV-Anbindung. Trotzdem geht nachts das Ordnungsamt durch die Straßen und verteilt Knöllchen. Da stimmt doch irgendetwas nicht. Und das ist das Neueste, was wir gemacht haben und wo die Kölnerinnen und Kölner gerne hinziehen und wohnen. Da ist doch irgendetwas falsch gelaufen. Das ist der Stand der vergangenen Jahre.

Jetzt wird die Daumenschraube noch weiter angezogen. Es ist leider so, dass hier verkehrspolitisch der dritte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wird. Unser ÖPNV-Ausbau ist mindestens 20 Jahre zurück. Die entsprechende Infrastruktur wächst nicht so schnell, wie wir uns das wünschen und wie es eigentlich Voraussetzung für die Maßnahmen, die Sie hier beschließen, wäre.

Wir haben ja Ihren Antrag zu dem Parkraumkonzept, mit dem ein Drittel der Parkplätze im öffentlichen Straßenland entfallen soll, gehabt. Jetzt, nachdem Sie die Autos aus dem öffentlichen Straßenland vertreiben wollen, schaffen Sie noch nicht einmal die Möglichkeit, sie in privaten Tiefgaragen abzustellen.

Das sind die vollkommen falschen Signale, die Sie hier senden. Deswegen lehnt die FDP-Fraktion diese Vorlage ab.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Venturini hat jetzt das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder und hoffentlich noch ein paar Zuschauer*innen am Stream! Ich muss hier der FDP vehement widersprechen. Es ist ein guter Tag. Das sieht die Voltfraktion auch so.

(Beifall bei Volt)

Wir haben uns wirklich sehr lange mit diesem komplexen Thema auseinandergesetzt. Und glauben Sie mir, lieber Ralph Sterck: Wir haben uns mit den Bedürfnissen auseinandergesetzt,

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 32

und wir setzen uns hier weiterhin für die Bedürfnisse in den einzelnen Quartieren und Veedeln in Köln ein.

Somit kann ich mich den Vorredner*innen nur anschließen. Es ist wichtig, dass wir heute beschließen. Es ist kein Geheimnis, dass die Voltfraktion sich hier eventuell auch mehr gewünscht hätte. Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass ein Stellplatzschlüssel bis zu 70 Prozent in der Innenstadt möglich gewesen wäre. Aber das lassen wir jetzt erst einmal beiseite. Wichtig ist es, erst einmal diesen Stellplatzschlüssel für Köln auf den Weg zu bringen, für eine gute und nachhaltige Stadtentwicklung.

Wir freuen uns auf die Evaluation, sind gespannt, welche Ergebnisse sie hervorbringt, und freuen uns, dass wir das heute hier mitentscheiden können. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der AfD das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann Frau Syndikus, bitte.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauernde! Ja, hurra, sie ist da, die Stellplatzsatzung. Aber natürlich haben wir uns auch noch Verbesserungen gewünscht und einen entsprechenden Änderungsantrag gestellt. Denn wir sind davon überzeugt, dass eine dynamische Stadt auch von Zwischennutzungen lebt und dass wir diese möglichst einfach ermöglichen sollten.

Herr Wahlen hat gesagt, dass unser Antrag mit dem Änderungsantrag der SPD eigentlich hinfällig sei.

Ich bedanke mich in einem Punkt sehr bei der SPD. Denn das Hereinnehmen von Bestandsgebäuden hat es sehr vereinfacht. Da gebe ich Ihnen total Recht. Dem können wir zustimmen.

Allerdings sind wir ein bisschen darüber gestolpert, dass es darin heißt, bei nicht gewinnorientierter, beispielsweise kultureller, Nutzung oder Zwischennutzung könne auf Stellplätze verzichtet werden, solange das Wohnumfeld nicht gestört wird. Es ist natürlich immer Auslegungssache, was stört.

Deswegen werden wir uns bei dem Änderungsantrag der SPD enthalten, auch wenn wir dem in Teilen natürlich zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird jetzt noch das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION, danach über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und dann über die Vorlage, eventuell in einer geänderten Fassung, abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der FRAKTION zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Die FRAKTION und DIE LINKE. Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung auf. Gibt es Gegenstimmen? - Der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Der Fraktion Die FRAKTION und der Oberbürgermeisterin. Dann ist diesem Antrag zugestimmt.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich lasse jetzt über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Der FRAKTION. Damit ist der Beschluss über die Stellplatzsatzung heute getroffen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zu:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Neubau von vier Mehrfamilienhäusern im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf den städtischen Grundstücken Pater-Prinz-Weg 13-16, 50997 Köln-Rondorf 0044/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 33

Damit ist die Kenntnisnahme erfolgt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Bedarfsanerkennung zur Ausstattung von Kölner Schulen mit Endgeräten nach dem „REACT-EU Förderprogramm“ und dem „Förderprogramm Digitale Ausstattungsoffensive für Schulen in NRW“ 0066/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.2 Vergabe der institutionellen Förderung von Interessenvertretungen der freien Szene 0354/2022

Hier liegt Ihnen in Anlage 2 ein aktualisierter Beschlussvorschlag vor, der die Diskussion aus dem Ausschuss für Kunst und Kultur aufnimmt.

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse natürlich über den aktualisierten Beschlussvorschlag in Anlage 2 abstimmen. Ich hatte eben darauf hingewiesen, dass sie jetzt vorliegt.

Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.3 Dritter Programmaufruf zum „Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren in Nordrhein-Westfalen des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes NRW“ hier: Bewilligung der eingereichten Folgeanträge „Anstoß eines Zentrenmanagements und Innenstadt-Verfügungsfonds“ für die Bezirkszentren Porz Mitte, Kalker Hauptstraße und Ehrenfeld, Venloer Straße 0498/2022

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.4 Vorrangige Nutzung des Erbbaurechtes bei der Veräußerung städtischer Grundstücke Baustein 1: Grundstücke für den Geschosswohnungsbau 1304/2020

Ich gebe Frau Pakulat das Wort.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nach der Verabschiedung der Stellplatzsatzung haben wir heute noch eine zweite wichtige Vorlage. Bereits 2016 hat der Rat die Vergabe städtischer Grundstücke nach der Qualität des Konzepts zur Maxime gemacht. Heute komplettieren wir unser Instrumentarium, indem wir beschließen, das Erbbaurecht bei der Vergabe für den Geschosswohnungsbau, also Mietwohnungsbau, vorrangig zu nutzen. Wir beschließen auch die dazugehörigen Konditionen.

Das Wichtigste zuerst: Wir unterscheiden zukünftig zwischen zwei Erwerbertypen. Der erste ist der Erwerber eines Erbbaurechts, für den besonders günstige Bedingungen gelten, weil er eben auch für die Mieter besonders günstige Mieten anbieten wird. Der zweite ist der Bewerber im Rahmen der sonstigen Wohnungsbauvorhaben, für den halt teurere Bedingungen gelten.

Ich möchte Sie jetzt nicht mit den Zahlen und Parametern zu Vergabezeiten, Zinssätzen und Beleihungszeiten traktieren; diese finden Sie in der schriftlichen Vorlage. Nur so viel: Man kann über diese Parameter und Rahmenbedingungen natürlich trefflich streiten. Das haben wir in den letzten zwei Jahren auch getan, vor allem auch im Wohnungsbauforum der Oberbürgermeisterin, in dem ja alle Interessengruppen vertreten sind.

Aber so, wie die Rahmenbedingungen jetzt entworfen sind, bieten sie einen guten Kompromiss für die zum Teil eben grundverschiedenen Interessen der verschiedenen Interessenvertreter. Das ist das Dreiecksverhältnis Stadt–Investoren–Mieter.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 34

Dass es diese unterschiedlichen Interessen gibt, müssen wir einfach akzeptieren. Unsere Aufgabe als Politik ist es, dazu einen Ausgleich zu finden.

Dafür auch vielen Dank an die Verwaltung, die jetzt diese Vorlage eingebracht hat - nach einem sehr, sehr langen Prozess.

Dass wir jetzt dem Erbbaurecht gegenüber dem Verkauf von Flächen den Vorrang geben, ist ein Paradigmenwechsel in dieser Stadt.

Für uns Grüne waren vor allem die Flächenknappheit und die gestiegene Nachfrage nach Flächen der Grund, warum wir diesen Paradigmenwechsel vorangetrieben haben. Städtischer Grund ist eben nicht vermehrbar. Aber wir dürfen ihn auch nicht einfach wie ein Produkt verbrauchen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Flächen gewinnen im Moment quasi stündlich an Wert. Diesen Mehrwert sollte die Stadt selber, also die Gemeinschaft, abschöpfen können. Nicht zuletzt sind wir es den kommenden Generationen schuldig, auch ihnen noch Gestaltungsspielraum für ihre Zukunft zu hinterlassen.

In diesem Sinn ist unser heutiger Beschluss ein großer Schritt zu einer nachhaltigen Bodenpolitik und zu mehr sozialer Gerechtigkeit im Wohnungsbau auf städtischen Flächen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu den Details hat Kollegin Pakulat gerade schon etwas gesagt. Die Details wollen wir uns ersparen. Sie sind im Wohnungsbauforum und in Unterarbeitskreisen eingehend erörtert worden. Alle Akteurinnen und Akteure der Wohnungswirtschaft, der Immobilienwirtschaft haben sich eingebracht und viele verschiedene Aspekte dort auch abgewogen. Zudem haben wir die Details in den zurückliegenden Wochen in den Fachausschüssen diskutiert.

Heute geht es aus unserer Sicht, aus meiner Sicht eher darum, noch einmal herauszuarbeiten, warum wir hier einen Paradigmenwechsel, wie die

Kollegin gesagt hat, oder einen Perspektivwechsel, wie ich es nennen würde, vornehmen wollen und warum wir das auch noch einmal hier im Rat diskutieren. Denn es ist ja zu befürchten, dass einige das jetzt zum Untergang des Abendlandes erklären werden und hier den Sozialismus um die Ecke biegen sehen.

(Heiterkeit und Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Dem ist ja nicht so.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- Michael, ganz ruhig. - Wir nehmen als Eigentümerin einen Perspektivwechsel vor, wie wir mit unserem Grund und Boden, mit unserem Vermögen, mit unserem Eigentum umgehen.

Es gibt im Übrigen auch viele prominente Beispiele. Halb England ist über Erbpacht vergeben. Fast die gesamte Londoner Innenstadt ist auf Erbpachtbasis gebaut und errichtet. In Amsterdam ist es ebenfalls so.

Auch - man höre und staune! - in Köln ist das so. Nach dem Krieg ist dies ein Modell gewesen, das die Kirche hier angewandt hat. In Köln sind auch Siedlungen auf Erbpachtbasis entstanden, die mittlerweile in zweiter Generation weitergegeben werden.

(Zuruf von der LINKEN)

- Ja, so ist das. - Es gibt aktuell auch ein neueres Bauvorhaben in Ostheim, die Waldbadsiedlung, die ebenfalls auf Erbpachtbasis entstanden ist. Hier ist ein sehr erfolgreiches Projekt der GAG und eines privaten Investors realisiert worden. Es ist sehr erfolgreich zu Ende gebaut und bezogen worden.

Das gibt es in Köln also schon. Es ist sozusagen die Wiederentdeckung dessen, was die Kollegin gerade beschrieben hat, wie wir mit unserem Eigentum umgehen.

Der andere Aspekt ist die Frage, wie lange wir Einfluss auf das, was uns gehört, nehmen wollen und wie lange wir auch gestaltend Einfluss nehmen können. Das ist in diesem Fall länger möglich als über den Direktverkauf von Realeigentum. Auch das ist ein Ansatz, den wir teilen. Das Kooperative Baulandmodell gibt es bereits. Aber hier

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 35

haben wir eben über die 20 oder 25 Jahre der Bindung im sozialen, im geförderten Wohnungsbau, die es gibt, die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen.

Nun der letzte Aspekt - ich kann mir ja schon denken, wie nachfolgende Reden aussehen werden - : Es ist auch weiterhin so etwas wie - ich sage es jetzt unjuristisch - Eigentumsbildung möglich. Denn wer ist denn Adressat der Vergabe in Erbpacht? Es werden auch Genossenschaften sein, und es werden auch Baugruppen sein. Dort spielt sich nichts anderes ab als Eigentumsbildung, und zwar auf Grundlage von Erbpacht bei Genossenschaften, die Wohnungen errichten, wenn ich dort Genosse bin und Anteile halte. Auch bei Baugruppen ist es ähnlich gelagert.

Zudem ist das hier der erste Baustein. Demnächst erwarten wir ja andere Bausteine der Erbpachtvergabe, dann bezogen auf Einfamilienhäuser.

Wie ich eben gesagt habe, sind auch Siedlungen am Stadtrand oder in Ossendorf auf Grund und Boden von Kirchen entstanden. Sie haben ebenfalls als Grundlage für die Eigentumsbildung gedient: für das Einfamilienhaus, für das Einfamilienreihenhaus oder für Geschosswohnen.

Es ist also alles nicht so schlimm, wie manche befürchten. Alles in Ordnung! Ich bin froh, dass diese lange Diskussion mit einer großen Akzeptanz auch der Immobilienwirtschaft heute zu einem Beschluss geführt werden kann. - Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Pütz das Wort.

Pascal Pütz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie wollen wir mit der begrenzten Fläche unserer Stadt umgehen? Wie wollen wir die Zukunft von Köln gestalten?

Würden wir die Menschen in unserer Stadt fragen, wäre wahrscheinlich den wenigsten Bürgerinnen und Bürgern bewusst, dass auch unsere Stadtfläche ein begrenztes Gut ist. Doch dies ist der entscheidende Punkt. Köln erstreckt sich nur auf 405 Quadratkilometer.

Wenn wir unsere Stadt zukunftsfähig entwickeln möchten, müssen wir nun endlich von dem Verkauf von städtischen Grundstücken und Flächen absehen.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Wie können wir eines der höchsten Güter unserer Stadt nicht rücksichtslos den nachfolgenden Generationen gegenüber veräußern und sämtliche Steuerungsmöglichkeiten für die Zukunft aus der Hand geben? Liegenschaftspolitik ist auch hier zugleich Stadtentwicklungspolitik.

Durch die Einführung des Erbbaurechts als vorrangige Regelvergabe im Geschosswohnungsbau können wir nun endlich den ersten Schritt in eine richtige Richtung gehen. Wir dämpfen Preisexplosion. Wir bremsen Grundstücksspekulation. Wir bleiben als Akteur auf dem Wohnungsmarkt langfristig handlungsfähig und fördern so mehr bezahlbaren Wohnraum in Köln.

Dies ist nur möglich, weil Grundstücke nicht mehr an Investoren verkauft werden. Als Stadt erhalten wir uns so nämlich den Zugriff und das Eigentum an den Grundstücken und haben die Möglichkeit, über die planungsrechtlichen Möglichkeiten hinaus zu bestimmen, wie sich unsere Stadt und insbesondere unsere Wohnbauflächen konkret entwickeln sollen. Das sichert späteren Generationen den erneuten Zugriff auf die Immobilien und die entsprechende Entscheidungsmöglichkeit.

Wir als SPD-Fraktion begrüßen diese Vorlage ausdrücklich und danken der Stadtverwaltung dafür, dass unsere langjährige Forderung nun endlich umgesetzt ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die von der SPD mehrfach vorangetriebene strategische und aktive Bodenvorratspolitik ist und bleibt ein wesentlicher Bestandteil von Daseinsvorsorge und aktiver Stadtentwicklung.

Wichtig für das Gelingen sind aber nun zwei Dinge: erstens, dass der städtische Grund und Boden nicht noch teurer wird, als er ohnehin schon ist, sodass das Instrument Erbbaurecht auch von der heute schon öfters erwähnten Wohnungswirtschaft angenommen und genutzt werden kann, und zweitens, dass die heute zu beschließende Grundsatzregelung nicht durch die Menge von Ausnahmen ausgehöhlt wird, also

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 36

doch weiterhin Grundstücke in großer Zahl verkauft werden.

Wir als SPD-Fraktion werden uns die Umsetzung sehr genau anschauen und darauf achten, dass Verkäufe wirklich absolute Ausnahmen und Einzelfälle bleiben.

Nach der heutigen Einführung des ersten von vier Bausteinen zum Erbbaurecht - heute haben wir, wie gesagt, den Baustein zum Geschosswohnungsbau vorliegen - freuen wir uns auf die zeitnahe Vorstellung der Bausteine zu soziokultureller Nutzung, für Gewerbeflächen und für Ein- und Zweifamilienhäuser. Wir werden diese gewohnt konstruktiv in den Ratsgremien begleiten, damit Leben und Wohnen in Köln endlich wieder bezahlbar werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich für diese Vorlage bedanken. Das ist eine Vorlage, die einen sehr langen Vorlauf hat. Viele Leute haben sich in die Diskussion eingebracht. Wir haben heute die Vorlage auf dem Tisch liegen. Vielen Dank an die Liegenschaftsverwaltung und all diejenigen, die daran mitgewirkt und mitgearbeitet haben.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und Volt)

Meine Damen und Herren, wir haben heute die Möglichkeit - wir werden es ja auch tun -, hier eine Wende in der Kölner Liegenschaftspolitik einzuläuten. Diese Wende ist bitter nötig. Sie ist sogar schon lange überfällig, muss man sagen, wenn man das im Vergleich zu anderen Kommunen betrachtet und sieht, wie lange sie das schon machen. Aber ich will jetzt gar keinen Pessimismus verbreiten, sondern meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass wir das heute mit großer Mehrheit verabschieden werden.

Die Erbbauregelung, meine Damen und Herren, kann in unserer Stadt dazu beitragen, dass es mit dem geförderten Wohnungsbau vorangeht und mit den preiswerten Wohnungen vorangeht. Das

ist nämlich das, was wir brauchen. Wir brauchen nicht Bauen um jeden Preis, sondern preiswerte Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung. Das können wir hiermit ein Stück weit erreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist, dass durch den Erbbau die Spekulation um den Boden, die ja ein großes Übel unserer heutigen Zeit ist, zumindest eingedämmt werden kann.

Meine Damen und Herren, nichts ist so gut, dass man es nicht noch verbessern könnte. Auch diese Vorlage hat natürlich Spielraum nach oben. Leider ist es uns im Liegenschaftsausschuss nicht gelungen, die politischen Mitstreiter von diesen Verbesserungen zu überzeugen.

Nichtsdestotrotz sind wir der Auffassung, dass die Quote der geförderten und preiswerten Wohnungen bei Erbpachtvergabe nicht bei 50 Prozent aufhören muss, sondern durchaus zwischen 75 und 100 Prozent liegen kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sprechen bei dieser Vorlage ja ausschließlich über Geschosswohnungsbau.

Was uns ebenfalls nicht überzeugt, ist die Laufzeit. Gott und die Welt, die Kirche und jeder sonst machen es mit 99 Jahren, und wir machen es hier mit 88 Jahren. Das kann nur ein Zugeständnis an die Bauwirtschaft sein. Hätten wir 99 Jahre, könnten wir auch 81 Jahre preisgebunden vermieten. So müssen wir das schon nach 61 Jahren beenden.

Meine Damen und Herren, ein weiterer wesentlicher Punkt ist, wie ich finde, unausweichlich: Wir müssen bei der Erbbauvergabe darauf achten, dass ausschließlich unsere eigenen Unternehmen und Bestandhalter davon profitieren können. Es wird auf unserem Grund passieren. Da müssen wir zu 100 Prozent der Herr im Haus sein und sagen, was da passiert und was da nicht passiert.

Leider gibt es jetzt eine kleine Änderung vom Bündnis in der Vorlage. Ich vermute, dass die CDU es vorangetrieben hat.

(Niklas Kienitz [CDU]: Klar!)

- Entschuldigung. Okay; ich nehme das zurück. Dann hat es nicht die CDU vorangetrieben. Dann

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 37

hat es das Bündnis gemeinsam gemacht. Das macht es nicht besser.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber ihr wollt zumindest mal nach außen hin dokumentieren, dass eine Eigentumsbildung auf einem Pachtgelände möglich ist.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Ja, genau. - Es ist ja schön, dass ihr das für eure Leute macht. Aber ihr wisst wahrscheinlich selbst, dass es nicht funktionieren wird. Jeder Experte sagt das.

Das ist sozusagen ein kleiner Papiertiger, der da ein bisschen stört - das gebe ich zu -, aber uns nicht davon abhält, dieser Vorlage zuzustimmen.

Jetzt möchte ich noch zwei Dinge ansprechen.

Frau Pakulat, Sie haben vorhin gesagt, was da passiert ist, sei ein Ausgleich zwischen der Wohnungswirtschaft, der Politik usw. Das ist nicht ganz falsch. Aber wenn Sie in diesem Zusammenhang von Ausgleich reden, gehört es meines Erachtens zur Fairness dazu, zu erwähnen, dass wir bei dem, was an städtischem Grund insgesamt für Wohnbauflächen zur Verfügung steht, von 7 bis 8 Prozent der Flächen reden und nicht von einem höheren Ansatz. Das heißt, dass der Ausgleich noch lange nicht da ist. Private können sich auf dem großen Teil der Flächen nach wie vor ausleben, austoben, wie auch immer. Wenn man von Ausgleich spricht, muss man also auch davon sprechen, dass wir hier eigentlich schon sehr lange in der Defensive sind. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der LINKEN)

Lieber Niklas Kienitz, ja, das ist ein kleiner Schritt in Richtung Sozialismus. Das stimmt. Darüber sind wir auch sehr froh.

(Beifall bei Teilen der LINKEN - Zurufe von Niklas Kienitz [CDU] und Ulrich Breite [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Nichtverkauf von Grund ist natürlich eine ganz, ganz wesentliche Frage des Sozialismus. Und das hier ist ein ganz, ganz kleiner Schritt dahin. Das ist doch so. Und das Schöne daran ist: Das ist sogar in der sozialen Marktwirtschaft vorgesehen.

(Ulrich Breite [FDP]: Nein!)

Insofern braucht ihr euch doch nicht so darüber zu ärgern. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Lieber Michael Weisenstein, ich bin sehr dankbar für diese Rede,

(Beifall bei der FDP)

weil sie natürlich schon deutlich macht, was hier heute passiert.

Bei dem Kollegen Kienitz merkte man in seiner Rede doch schon das schlechte Gewissen, das daraus sprach. Er hat ja schon vor Reden, die danach kommen könnten, gewarnt. Dieses schlechte Gewissen muss die CDU eigentlich auch haben, wenn sie solche Reden hört und Vorlagen in der Form, wie sie hier beschrieben werden, zustimmt.

Lieber Niklas Kienitz, was zum Beispiel der Haus- und Grundbesitzerverein zu unserer heutigen Beschlusslage schriftlich äußert, ist doch eine Ohrfeige sowohl für das Verfahren als auch für den Inhalt. Da kann man nicht sagen, die Wohnungswirtschaft habe sich ja einbringen können. Das ist doch sehr gutsherrenmäßig. Denn die Wohnungswirtschaft - und der Haus- und Grundbesitzerverein ist dort ja nun ein wichtiger Akteur - sieht das anders. Der Haus- und Grundbesitzerverein schreibt hier:

Der Haus- und Grundbesitzerverein sieht ein weiteres Mal die Teilnehmer des Wohnungsbauforums hintergangen. Es ist ein schlechter Stil, wenn man Vorlagen berät, die man nach der Beratung umgehend ändert.

Darüber hinaus ist es für eine Stadt generell schädlich, den Eigentumserwerb derart zu beschränken. Dabei geht es nicht allein um die zahlungskräftige Klientel, sondern vor allem um die Mittelschicht. Diese wird sich in Zukunft auch

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 38

verstärkt in den Umlandgemeinden nach Wohneigentum umsehen.

Das ist die Meinung der Wohnungswirtschaft. Und mit ihr wird in dieser Form umgegangen. In diese Richtung brauche ich keine Reden zu halten. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sie fühlen sich von euch im Stich gelassen - mit der Politik, die ihr hier in Köln betreibt,

(Beifall von Katja Hoyer [FDP])

und mit dem, dem ihr hier Vorschub leistet.

Wenn das in Köln mit der Wohnungswirtschaft alles wunderbar klappen würde und wir die notwendigen 6 000 Wohnungen jedes Jahr neu schaffen würden, würde ich sagen: Lasst uns mal alles ausprobieren, von dem das Herz von Michael Weisenstein voll ist; lasst es uns mal versuchen; wir können uns das am Kölner Wohnungsmarkt leisten. - Aber das ist ganz und gar nicht der Fall. Wir kratzen hier gerade mal an der Zahl von 2 000 Wohnungen und schaffen unsere Ziele nicht.

Damit werden wir das Wohnen in Köln insbesondere für junge Familien immer schwieriger machen. Diese Probleme, die wir hier haben, sind hausgemacht. Da ist leider die CDU Steigbügelhalter. Das ist enttäuschend. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratsmitglieder! Liebe Zuschauer*innen hier und am Stream! Wir von der Voltfraktion möchten hier nicht in irgendwelche ideologischen Grundsatzdiskussionen einsteigen. Denn was wir heute entscheiden, ist eine wirkliche Grundsatzentscheidung für eine aktive Bodenpolitik in Köln und einer von vielen Meilensteinen für die Anwendung von Erbbaurecht.

Damit erfolgt, wie hier bereits häufiger gesagt wurde, ein Paradigmenwechsel, den wir schon davor in Einzelfällen gelebt haben.

In Köln wie auch fast in jeder anderen Kommune gibt es Grundstücke, denen in ferner Zukunft noch eine größere Schlüsselfunktion zukommen wird

als heute. Das sind zum Beispiel von der Stadtentwicklung eingeholte landwirtschaftliche Flächen, Industriebrachen oder andere Konversionsflächen.

Viele Kommunen wählen heute die Lösung, die Grundstücke zu verkaufen und damit für immer aus der Hand zu geben. Die Projektentwicklung der Käufer wird dann zwar durch städtebauliche Verträge strukturiert. Aber das Grundstück bleibt dem gestalterischen Zugriff der Kommune für alle Zeit entzogen.

Aber jetzt gibt es klare Rahmenbedingungen. Wir bedanken uns herzlich bei der Stadtverwaltung für ihre Arbeit und Mühe.

Besonders hervorzuheben ist, dass mit dieser Vorlage Fokus und Anreize für preisgedämpften und geförderten Wohnbau geschaffen werden, und zwar durch einen vergünstigten Zinssatz von 1,5 Prozent im Vergleich zu 4 Prozent, wenn weniger als 50 Prozent gefördert und preisgedämpft gebaut werden. Daher ist diese Vorlage ein wichtiger Schritt für mehr bezahlbaren Wohnraum in Köln.

Die Vergabe von Grundstücken in Erbpacht erhält, wie gesagt, langfristig den Handlungsspielraum für unsere Stadt. Das bringt zwar nicht schlagartig große Finanzzuwendungen wie durch Grundstücksverkäufe, schafft jedoch Wohnraum für die junge Generation, sichert stetige Einnahmen durch Erbbauzinseinnahmen und eröffnet durch etwaige Umnutzungen der Flächen im nächsten Jahrhundert neue Optionen für die künftige Generation. Und das sollte im Interesse von uns allen sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der AfD das Wort gewünscht? - Bitte. Herr Cremer hat das Wort.

Christer Cremer (AfD): Danke. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer am Livestream! Eine Sache vorweg: Herr Weisenstein, der Sozialismus tötet. Der Sozialismus hat noch keinen Tisch gedeckt, und der Sozialismus hat auch noch kaum irgendwo auf der Welt vernünftigen Wohnraum geschaffen.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 39

(Beifall bei der AfD)

Sie sollten sich vielleicht mal mit dem Teil Deutschlands auseinandersetzen, den Sie 40 Jahre lang regiert haben. In der DDR waren Sie, glaube ich, nicht so erfolgreich. Die Innenstädte mussten alle für teuer Geld nach der Wiedervereinigung saniert werden.

Man sollte sich also nicht hier hinstellen und den Sozialismus als etwas Tolles preisen, gerade auch vor dem Hintergrund - je nachdem, wie man das definiert: Sozialismus, Kommunismus - der Verbrechen, die in dessen Namen begangen worden sind.

Kurz zu dem Antrag: In unserer Fraktion wurde das Thema Erbbaurecht auch ziemlich intensiv diskutiert. Da gibt es also unterschiedliche Ansichten. Das ist auch etwas, was man nicht per se ausschließen sollte.

Wir halten nur die Vorlage für handwerklich schlecht gemacht. Es läuft ja schon etwas länger. Das hätte man dann auch noch ruhig ein paar Monate länger diskutieren können. Wir haben uns an der einen oder anderen Stelle auch nicht unbedingt ideal informiert gesehen.

Deswegen werden wir diese Vorlage ablehnen - nicht, weil wir per se etwas gegen Erbbaurecht hätten. Wir glauben aber nicht, dass die Konditionen ausreichend Anreiz bieten, diese Wohnungen zu schaffen.

Es ist ja auch sehr interessant, zu sehen, wer heute von der CDU da ist und wer hier nicht da ist und wie da geklatscht wird. Wenn beim CDU-Fraktionsgeschäftsführer in erster Linie die Grünen klatschen, die eigene Fraktion aber nicht, spricht das auch Bände.

Wir werden hier also nicht zustimmen können, weil wir nicht glauben, dass mit diesem Konzept so, wie das vorgesehen ist, Wohnraum geschaffen wird. Deshalb können wir hier nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass wir so keine Wohnungen schaffen. Und das ist es, was Köln braucht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht, meine Damen und Herren? - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich möchte nur kurz sagen, dass wir hier mit unseren Vorhaben ja zum Glück nicht vom Glauben der AfD abhängen.

Für mich ist das eine Vorlage, die in die Richtung „People, Not Profits“ geht. Das begrüße ich sehr und bedanke mich dafür.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich abstimmen, und zwar wie Liegenschaftsausschuss, Anlage 5. Gibt es Gegenstimmen? - Der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt noch eine Kenntnisnahme einzufädeln:

Tagesordnungspunkt

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -Auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022 0734/2022

Die Vorlage liegt Ihnen vor. Es mag dem einen oder der anderen aufgefallen sein, dass ich darüber eben nicht habe abstimmen lassen. Ich lasse auch jetzt nicht darüber abstimmen; denn es ist eine Kenntnisnahme.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Dann ist das jetzt zur Kenntnis genommen, und wir haben es in den Akten. - Vielen Dank.

Eigentlich sind wir aber bei den Allgemeinen Vorlagen, meine Damen und Herren. Deswegen kommen wir jetzt zu:

Tagesordnungspunkt

10.5 Planung und Kostenermittlung für das Gesamtkonzept der Bezirkssportanlage Bocklemünd 2652/2021

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 40

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage, also wie Sportausschuss und Finanzausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.6 Bedarfsfeststellungsbeschluss: Durchführung der 42. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 2023 0574/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.7 Bezirkssportanlage Bocklemünd, Heinrich-Rohmann-Str., Köln-Ossendorf Neubau der Sporthalle auf der Sportanlage - Planungsbeschluss - 2938/2021

Meine Damen und Herren, wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse abstimmen wie Sportausschuss, Anlage 3.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.8 Weiterentwicklung der niedrigschwelligen, ambulanten und offenen Kontakt- und Beratungsangebote in den Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) 3681/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.9 Gründung einer Schulbaugesellschaft 4065/2021

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0553/2022**

**Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION
AN/0560/2022**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0594/2022**

Ich gebe als Erstes Frau Hölzing das Wort.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und an den Bildschirmen! Im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft haben wir am 7. März 2022 die aktuelle Prioritätenliste der Schulbauten vorgelegt bekommen. 2021 sind gerade mal vier Maßnahmen fertiggestellt worden. 184 Maßnahmen schiebt die Gebäudewirtschaft vor sich her. Davon sind nur 75 personalisiert. Das heißt: Ab Ziffer 76 liegen die Maßnahmen im Dornröschenschlaf, und es ist kein Prinz in Sicht, der sie wachküsst.

Herr Greitemann will sich jetzt allerdings mit dem Vorschlag der Gründung einer Schulbau-GmbH als solcher versuchen. Wir begrüßen das.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben schon mit verschiedenen Maßnahmen auf den Sanierungs- und Neubaustau reagiert und ein erstes und ein zweites GU/TU-Paket aufgelegt, um schneller zu werden. Aber es reicht nicht. Wir haben die Fehler aus der Vergangenheit noch nicht kompensiert.

Und wir sollten sie nicht fortsetzen, indem wir immer wieder Wohnungsbau forcieren, ohne schulische Infrastruktur mitzuplanen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Teilen der SPD)

Jetzt steht die Entwicklung weiterer größerer Wohngebiete an. Genau an dieser Stelle soll die Schulbau-GmbH ansetzen und Schulbau parallel mitwachsen lassen.

Wir haben im Vorfeld zur Schulbau-GmbH im Schulausschuss schon viele Fragen - wie andere auch - gestellt und auch umfassende Antworten erhalten. Diese waren manchmal noch nicht sehr konkret. Vielleicht können sie aber zum aktuellen Zeitpunkt auch nicht konkreter sein.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 41

Vergessen wir aber nicht, dass wir hier und heute nicht den Beschluss über die Schulbau-GmbH fassen, sondern der Verwaltung den Auftrag erteilen wollen, die Gründung einer solchen zu planen und vorzubereiten.

Wir wollen dieser Schulbau-GmbH eine Chance geben, weil wir Ideen, um aus dem Schulbaudilemma herauszukommen, noch eine Chance geben wollen. Es dürfen auch einmal neue Wege ausprobiert werden, auch gegen alle Skeptiker. Denn wenn man immer dasselbe tut, kommt auch immer dasselbe dabei heraus.

Wir hoffen, dass die Zuversicht, erfahrenes, qualifiziertes Personal zu finden und beschäftigen zu können, sich erfüllt. Das scheint uns ein Knackpunkt bei der Gründung der Schulbau-GmbH zu sein. Dennoch haben wir große Hoffnung, dass dies gelingt und dieses weitere Element der Beschleunigung des Schulbaus die erhoffte Wirkung zeigt. Die dafür genannten Gründe überzeugen uns: erfahrenes Personal, flacherere Hierarchien, schlankere Verwaltungswege, höhere Verantwortung, aber auch mehr Handlungsfreiheit.

Zum Ende zum Änderungsantrag der FDP: Die Komplettauslagerung der Gebäudewirtschaft in eine AöR oder GmbH geht uns zu weit. Die Gebäudewirtschaft hat sich gerade erst neu strukturiert. Und es ist etwas grundlegend anderes, der Gebäudewirtschaft eine kleine Schulbau-GmbH zur Seite zu stellen, als jetzt in einem Rundumschlag die ganze Gebäudewirtschaft in eine GmbH umzuwandeln.

Auch der Antrag der FRAKTION überzeugt uns nicht. Dieser geht ja noch viel weiter als der FDP-Änderungsantrag und beinhaltet einen kompletten Umbau der gesamten Stadtverwaltung. Das schießt für uns an dieser Stelle weit über das hier intendierte Ziel hinaus.

Zum Antrag der LINKEN: Wir glauben nicht, dass eine Stabsstelle bei der Gebäudewirtschaft die gleiche Flexibilität hat, die wir mit einer ausgegliederten GmbH erreichen können.

Aus all diesen Gründen stimmen wir nur der Verwaltungsvorlage zu. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Henk-Hollstein das Wort.

Anna-Maria Henk-Hollstein (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Schulbau ist seit Jahrzehnten ein aktuelles Thema in dieser Stadt. Bislang sind zahlreiche Initiativen und Handlungsansätze erfolgt, die allerdings leider nur zum Teil erfolgreich waren. Entsinnen wir uns zurück - beginnend mit der Gründung der Gebäudewirtschaft in einem eigenen Bereich. Auch die organisatorische Umstellung in der Kooperation von Schulverwaltung und Gebäudewirtschaft war ein Thema, das ziemlich gehakelt hat. Gleiches gilt für die Privatisierungsprojekte, das Public-Private-Partnership-Projekt usw. usf.

Dieses Thema hat also seit Jahren allerhöchste Priorität, und zwar nicht nur, wie aktuell, im Frühjahr - um nicht zu sagen: gerade in diesen Tagen -, wenn die Vergabe der Plätze an den weiterführenden Schulen regelmäßig zu großer öffentlicher Debatte und in der Regel Unzufriedenheit bis hin zu Demonstrationen führt.

Auf der aktuellen Liste der Maßnahmen stehen knapp 200 Einzelprojekte - nicht immer ein vollständiger Neubau, sondern auch Sanierungen und Erweiterungsbauten. Es hat sich gezeigt, dass die aktuelle Organisationsstruktur dies alles nicht alleine bewältigen kann.

Besondere Herausforderungen machen eben neue Lösungswege erforderlich - eine Schulbaugesellschaft, die die Gebäudewirtschaft unterstützen soll. Wir erhoffen uns davon flexiblere und schnellere Reaktionen auf die Herausforderungen, noch zügigere Planungen und Umsetzungen von Maßnahmen und eine schnellere Verbesserung unserer Schul- und Bildungslandschaft, die sich letztlich in den Gebäuden darstellt.

Die Kritiker unter uns könnten jetzt sagen - und ich höre sie auch schon -, dass dies schon viel früher hätte angegangen werden müssen. Aber das ist ein Pseudo-Argument, das immer und jederzeit gern genommen wird. Wichtig ist, dass wir jetzt starten. Die Herausforderungen bleiben groß.

Die neue Gesellschaft kann sicherlich einige Vorteile ausspielen. Wie wir gerade schon von meiner Vorrednerin gehört haben, sieht sie sich ausdrücklich nicht als Verwaltung, sondern als agile Unternehmensgründung mit flacher Hierarchie und überschaubarer Organisationsstruktur. Privatrechtlich aufgestellt, ist sie möglicherweise

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 42

auch in der Lage, beim Gehaltsgefüge flexibler zu reagieren.

Aber bei allem Optimismus: Auch die neue Gesellschaft ist nicht automatisch ein Erfolgsmodell. Sie muss sich am Markt beweisen und etablieren. Sie steht vor denselben Schwierigkeiten, geeignetes Fachpersonal zu finden, wie alle anderen auf dem Markt. Sie muss die eigenen Schnittstellen zur Gebäudewirtschaft und zur Schulverwaltung klug gestalten. Und es darf nicht zu einem Braindrain kommen, also einer sogenannten Talentabwanderung aus den bestehenden Strukturen.

(Beifall bei der CDU)

Die Erfahrungen, die die Gebäudewirtschaft gerade in den letzten Jahren mit den Schulbaupaketen 1 und 2 gemacht hat, werden uns jedoch über diese Dinge hinwegbringen.

Der Ansatz, den wir heute auf den Weg bringen, ist also gut, richtig und vor allen Dingen sehr wichtig. Die Vorberatungen haben intensiv stattgefunden. Die Aufgaben sind klar und müssen jetzt zügig umgesetzt werden. Unser großer Tanker Gebäudewirtschaft soll ein agiles Schnellboot neben, vor und um sich herum erhalten. Hoffen wir, dass wir bald den Stapellauf erleben können!

Gestatten Sie auch mir zu den drei Anträgen noch kurze Bemerkungen.

In die Richtung der FDP-Kollegen: Bitte überfrachten Sie doch diesen Beschlussentwurf und diesen Weg der neuen Gesellschaft jetzt nicht noch mit weiteren Themen und Umstrukturierungen.

An die Kollegen der LINKEN gewandt: Legen Sie uns doch nicht schon zu diesem Zeitpunkt ein Korsett an. Lassen Sie die Verwaltung jetzt diese Gesellschaft auf den Weg bringen. Sie wird uns dann schon sagen, wie die Struktur aussehen soll, die wir dann natürlich auch hier zur Beschlussfassung vorgelegt bekommen.

Noch eine Anmerkung an die Kollegen der FRAKTION: Ein Blick in die Kommunalverfassung erleichtert das Leben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Seeck das Wort.

Oliver Seeck (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Vor wenigen Wochen haben 1 000 Kinder in dieser Stadt eine Absage an der gewünschten Gesamtschule erhalten. In dieser Woche hat es nun circa 450 Kinder für die Gymnasien getroffen. Das ist traurig und beschämend.

Seit Wochen treibt es Tausende Familien in dieser Stadt um, und der Gang zum Briefkasten ist mit Angst verbunden. Hinter jeder Zahl steht nämlich ein Kind, das die Absage als persönliche Zurückweisung erlebt - mit der ganzen Familie, die mitleidet und stark betroffen ist.

Übrigens war die Schulbaugesellschaft bereits im letzten OB-Wahlkampf 2015, also vor sieben Jahren, Thema. Ich zitiere aus dem *Kölner-Stadt-Anzeiger* vom 24. Juni 2015:

Schulneubau und Sanierung sollen durch neue Organisationsformen innerhalb der Stadtverwaltung effektiver und schneller werden. Das haben die Oberbürgermeister-Kandidaten Henriette Reker und Jochen Ott bei einer Veranstaltung der Stadtschulpflegschaft versprochen.

Ich muss zugestehen, dass Sie, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sich zumindest der Debatte stellen und hier wenig beschönigen.

Aber wie zynisch muss es für die Betroffenen klingen, wenn sich Grüne, CDU und Volt, während die Ablehnungsbriefe eingetütet werden, für ihre Schulpolitik feiern lassen wollen?

(Beifall bei der SPD)

Liebe CDU, Ihrem Credo „Wir #verantworten Köln“ ist wirklich nichts hinzuzufügen.

Die Stadt kommt also seit Jahren nachweislich beim Schulbau nicht hinterher. Die Situation wird seit Jahren schlimmer und nicht besser.

Daher wird jeder Versuch, dass sich der Bau von Schulplätzen beschleunigt, von uns unterstützt. Dazu zählt auch die Option, dass man mit einer Schulbaugesellschaft schneller und effektiver Schulen bauen kann. Vorweg: Wir sind daher für den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Im Vorfeld haben wir im Schulausschuss unsere Fragen an die Verwaltung gerichtet. Wir können

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 43

aber nicht vollständig davon überzeugt sein, wie ernst die Angelegenheit genommen wird.

Wenn die Schulbaugesellschaft, wie der Baudezernent es nannte, ein schnelles Beiboot werden soll, dann müssen Personal und Befugnisse stimmen. Wir glauben aber zum Beispiel nicht, dass fünf Mitarbeiter*innen zu Beginn in einer Millionenstadt mit den vorliegenden Aufgaben ausreichen.

(Dr. Helge Schlieben [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Andere Städte und Kommunen agieren hier mit deutlich höheren Mitarbeiter*innenzahlen.

Die Gesellschaft muss zudem mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet werden. Das bedeutet bei der Flächenkonkurrenz in unserer Stadt direkten Zugriff auf Flächen für den Schulbau.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Seeck, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Oliver Seeck (SPD): Ich würde ganz gerne zu Ende reden, wenn es erlaubt ist.

Ein gutes und aktuelles Beispiel ist die sogenannte Neue Weststadt. Östlich und westlich von ihr liegen die beiden erfolgreichen Gesamtschulen Wasseramselweg und Heliosschule, die beide gerade erst Hunderte von Kindern abweisen mussten. Dazwischen soll ein Wohngebiet mit Tausenden von Wohnungen entstehen.

Erst durch unseren Antrag in der vorletzten Schulausschusssitzung, dem alle Fraktionen zugestimmt haben, wurde die Forderung nach einer neuen Gesamtschule formuliert. Bisher war das gar nicht vorgesehen.

Die fehlenden Plätze an Kitas, Grundschulen und weiterführenden Schulen bauen sich nämlich überall an unserer Stadt auf. Die Betroffenen treffen sich dort leider als Schicksalsgemeinschaft immer wieder.

Die Schulbaugesellschaft muss also ein fester Bestandteil von Stadtentwicklung werden, damit man einmal vor diese Welle gerät.

Die Antwort der Verwaltung auf unsere Frage nach der möglichen stärkeren Durchschlagskraft bzw. Kompetenz lautet aber bisher wie folgt - ich zitiere von Seite 5 der Anlage 1 -:

Die Schulbaugesellschaft hat keine besonderen Befugnisse. Sie ... erhält auch kein besonderes Zugriffsrecht auf städtische Immobilien.

So jedenfalls wird es aus unserer Sicht nicht funktionieren.

Dies alles deutet leider nicht auf den großen Wurf hin. Wir werden uns aber mit dem endgültigen Konzept, das hoffentlich bald kommt, dann gerne konkreter befassen.

Seien Sie also mutiger, damit das schnelle Beiboot, von dem immer die Rede ist, überhaupt vom Stapel gelassen werden kann und nicht als schlappes Schlauchboot endet. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Könnte jetzt die Zwischenfrage gestellt werden, Herr Seeck?

Oliver Seeck (SPD): Bitte.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Lieber Oliver Seeck, wenn man dir zuhört, ist man ganz verwundert und fragt sich, ob wir überhaupt schon mal zusammen im Schulausschuss gesessen haben. Das wäre auch die erste Frage: Sitzen wir - oder auch die Vertreter von CDU, Grünen, Volt und auch FDP - zusammen im Schulausschuss?

Falls ja: Meine Erinnerung ist, dass sich die schulpolitischen Sprecher der besagten Fraktionen nicht für ihre erfolgreiche Schulpolitik gefeiert haben, sondern zusammen mit unserem Dezernenten und an der Stelle auch mit dem Vorsitzenden des Schulausschusses in praktisch jeder Sitzung darum gerungen haben - und das komischerweise an vielen Punkten in großer Einigkeit -

(Oliver Seeck [SPD]: Kommt die Frage noch?)

zusätzliche Schulplätze insbesondere an Gesamtschulen und Gymnasien zu schaffen. Da

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 44

wollte ich nur fragen: Ist meine Realität und Erinnerung die falsche oder deine? Meine Frage an dich wäre also, ob das alles nicht zutrifft.

Die letzte Frage wäre: Stimmt es, Oliver Seeck, dass 2015 der Sanierungsstau an Kölner Schulen 3 Milliarden Euro betragen hat und dass wir gemeinsam versuchen, auch mit dem Dezernenten Voigtsberger, diesen Stau abzubauen? - Das wären meine kurzen Fragen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Seeck.

Oliver Seeck (SPD): Ich antworte gerne und beantworte die erste Frage mit Ja. Ich bin Mitglied des Schulausschusses.

Ich beziehe mich natürlich auf die Bilanz - da warst du ja nicht anwesend - des Fraktionsvorstandes, in der ausdrücklich die Schulbaupolitik des Bündnisses sehr lobend erwähnt worden ist. Das kann man aufgrund dieser Zahlen, glaube ich, getrost ins Reich der Fantasie verweisen.

Die letzte Antwort ist: Es nützt eben nichts mehr, immer auf vergangene Jahrzehnte zurückzuschauen. Sie haben in der zweiten Wahlperiode die Verantwortung, und Sie kommen einfach nicht voran. Das ist so.

(Beifall bei der SPD)

Und das ist etwas, was Ihnen die Menschen nicht mehr abnehmen. Die Menschen nehmen es Ihnen nicht mehr ab, wenn Sie sagen, es gehe im Schulbau voran, und sie gleichzeitig die ablehnenden Briefe zu 1 000 Gesamtschulplätzen und 450 Gymnasialplätzen bekommen.

Das müssen Sie einfach zugestehen. Verweisen Sie nicht immer auf vorangegangene Jahrzehnte, obwohl Sie seitdem in der Verantwortung sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck hat das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Durch die Beiträge meiner Vorrednerinnen und meines Vorredners und auch durch die Diskussion wurde die Dramatik der Schulbaukrise in Köln schon deutlich, denke ich. Oliver hat noch einmal die Zahlen von diesem Jahr genannt. 980 abgelehnte Kinder an Gesamtschulen sind ein Rekord. So viele Ablehnungen gab es noch nie. An Gymnasien fehlen 450 Plätze.

Seit Jahren werden Gymnasien von der Schulverwaltung - und die Schulverwaltung muss das machen; ich will sie da nicht kritisieren - genötigt, mehr Klassen zu bilden. Das ist für diese Gymnasien nicht schön. Und an einer Reihe von Gesamtschulen wurde oder wird die Zügigkeit, also die Zahl der Klassen je Jahrgang, erhöht.

Allerdings erscheint doch das Modell einer Schulbaugesellschaft mit fünf bis zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern keinesfalls als die Lösung dieser heftigen Schulbaukrise.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Für einen Befreiungsschlag ist die Einstellung von maximal zehn Beschäftigten in einer Arbeitsgruppe zur Bearbeitung von Schulneubauten in Stadtentwicklungsgebieten und bei Investorenprojekten doch viel zu klein dimensioniert.

Überhaupt stellt sich mir die Frage, warum die Verwaltung, aber auch alle anderen Parteien sich bei dieser Form der Arbeitsgruppe so vorschnell auf die private Rechtsform einer GmbH festlegen.

Die Höhe der Gehälter, die in einer GmbH zahlbar sind, weil sie nicht dem TVöD unterliegt, soll nicht ausschlaggebend sein. Das Hauptargument ist - so hat sich das seit Ende Januar im Fachgespräch und in Ausschusssitzungen herausgestellt -: Es geht um das flexible Arbeiten in flachen Hierarchien, womit man qualifizierte jüngere Bauingenieurinnen und Bauingenieure sowie Architektinnen und Architekten für den städtischen Schulbau interessieren will.

Es ist aber überhaupt nicht ersichtlich, warum eine auf den Geschäftszweig Schulbau spezialisierte, agil arbeitende Gruppe von zehn Mitarbeitenden nicht auch innerhalb der Gebäudewirtschaft eingerichtet werden kann, etwa als bei der Betriebsleitung angesiedelte Stabsstelle.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 45

Es ist ein Armutszeugnis für das wichtige Projekt der Strukturreform der Stadtverwaltung, das bereits seit Längerem auf dem Weg ist, wenn nun mit so dünner Argumentation und ohne ernsthafte Prüfung von Alternativen der Rat sich heute hier auf die Gründung einer GmbH festlegen soll.

Meine Damen und Herren, deshalb geben wir dem Rat mit unserem Änderungsantrag heute die Möglichkeit, eben nicht, wie es gerade hieß, eine Einengung vorzunehmen. Das wollen wir nicht. Wir wollen eine Erweiterung. Parallel zur Prüfung einer GmbH-Gründung - denn das beinhaltet die heutige Vorlage ja im Kern - soll als mögliche Alternative auch die Gründung einer Gruppe in der öffentlichen Verwaltung, zum Beispiel einer Stabsstelle bei der Gebäudewirtschaft, sorgfältig geprüft werden.

Denn es leuchtet nicht ein, dass motivierendes Arbeiten in flachen Hierarchien nur in einer externen GmbH und nicht in der städtischen Verwaltung selbst organisiert werden kann.

(Beifall von Güldane Tokyürek [DIE LINKE])

Natürlich ist das möglich. Und es ist nicht nur möglich; es muss um der Zukunft der städtischen Verwaltung willen auch ermöglicht werden.

Ferner heißt es, dass eine Überleitung von städtischem Personal in die GmbH nicht beabsichtigt sei. Es kann den im Schulbau eingearbeiteten Mitarbeitenden der Gebäudewirtschaft aber auch gar nicht verwehrt werden, sich auf Stellen einer gegebenenfalls gegründeten externen Gesellschaft zu bewerben. Damit droht ein personeller Aderlass, der die Gebäudewirtschaft schwächt und auch für das Betriebsklima kontraproduktiv ist.

In sich widersprüchlich sind die Aussagen zur Höhe der Gehälter, die seit Ende Januar getätigt wurden. Einmal wird behauptet, eine privatrechtlich organisierte Gesellschaft habe - Zitat - „vergütungsbezogene Gestaltungsspielräume“. In den letzten Wochen ist das aber korrigiert worden. Im Rahmen der Beantwortung von Nachfragen wird in Bezug auf die städtische Gebäudewirtschaft festgestellt:

Vergleichbare Tätigkeiten sollen vergleichbar entlohnt werden.

Ja, was gilt denn nun? Die kleine GmbH soll also deutlich geringere Gehälter als die übrige private Bauwirtschaft zahlen und damit die Nachteile des

öffentlichen Dienstes teilen, aber gleichzeitig die Vorteile des öffentlichen Dienstes nicht besitzen. Das ist ein logischer Widerspruch in den Bemühungen um Mitarbeitergewinnung, der bisher nicht aufgelöst wurde.

Der Gebäudewirtschaft wurde in den letzten Wochen immer wieder attestiert, dass sie zahlreiche Maßnahmen eingeleitet habe, um den Schulbau insgesamt zu beschleunigen. Organisatorisch gibt es Verbesserungen, die gegriffen haben. Durch umfangreiche Personalakquise ist es zu einer erkennbaren Stärkung der Gebäudewirtschaft gekommen.

Wir möchten gerne prüfen, ob es nicht sich lohnt, diese Anstrengungen fortzusetzen und zu intensivieren.

Motivierendes Arbeiten in flachen Hierarchien und spezialisiert auf klar umrissene Arbeitsgebiete darf es nicht nur außerhalb der öffentlichen Verwaltung geben.

Deshalb bitte ich alle Fraktionen, sorgfältig zu erwägen, ob sie nicht der von uns beantragten Prüfung von zwei Beschlussalternativen - erstens der privaten Rechtsform einer GmbH und zweitens einer Schulbaugruppe in der Gebäudewirtschaft, zum Beispiel einer Stabsstelle - zustimmen können. Dann haben wir zwei Beschlussalternativen und können als Rat entscheiden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich bin immer etwas irritiert, wenn ich den Redebeiträgen der SPD und der LINKEN eher zustimmen kann als allen anderen. Wir waren ja auch die Ersten, die Bedenken geäußert haben - zur großen Irritation des Baudezernenten, der nicht damit gerechnet hätte, dass ausgerechnet von der FDP Gegenstimmen zu einer Schulbaugesellschaft kommen.

Aber wenn man genau hinschaut und auch unseren Änderungsantrag sehr genau gelesen hat - beim Ratsbündnis scheint das nicht der Fall gewesen zu sein -, versteht man vielleicht auch, was

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 46

wir meinen. Man nennt es nämlich eine Schulbaugesellschaft und will aber nur acht bis zehn Stellen - mal heißt es fünf, mal acht bis zehn; auch das ist zu schwammig - von Projektsteuerern für Schulneubauten einsetzen. Als Architektin kann ich Ihnen sagen: Ich kenne keinen einzigen Projektsteuerer, der bisher eine Schule geplant, geschweige denn gebaut hat.

Außerdem wird suggeriert, dass diese Gesellschaft unsere Probleme bei den Schulplätzen löst. Wir haben doch gerade wieder desaströse Anmeldeverfahren hinter uns. Sie wurden hier schon mehrfach erwähnt. Wir stehen alle mit dem Rücken an der Wand. Daher müssen wir sehr viel mehr Anstrengungen unternehmen, um Schulplätze zu schaffen. Und das wollen wir mit acht bis zehn Projektsteuerern machen?

Wir brauchen nicht nur neue Schulen. Denn wir haben gar nicht genug Platz in dieser Stadt. Wir haben uns eben beim Thema Erbbaurecht über die Flächen unterhalten, die in dieser Stadt rar sind. Um neue Plätze zu schaffen, müssen wir die Bestände erhalten. Das heißt: Wir müssen die Unterhaltungsmaßnahmen früh genug ergreifen, damit wir nicht Turnhallen schließen müssen und ganze Schulgebäude schließen müssen, weil sie so marode sind. Wir müssen sanieren und den Sanierungsstau abarbeiten. Wir müssen die Bestände auch optimieren und erweitern - vermutlich manchmal nur um Fachräume -, um mehr Klassen zu schaffen. Damit liegen wir dem Dezernat schon lange im Ohr.

Das alles ist eine viel größere und komplexere Aufgabe im baulichen Bereich. Es bleibt bei der Gründung einer Schulbaugesellschaft für ein paar Neubauten völlig unberücksichtigt. Da können wir nicht so weitermachen wie bisher.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

In diesem Zusammenhang würde ich gerne auch noch auf unsere Kulturbauten zu sprechen kommen. Denn sie laufen - wenn wir das kritisch betrachten - ja auch nicht richtig optimal. Sie werden auch nicht berücksichtigt. Das heißt: Der große Aufgabenberg wird überhaupt nicht berücksichtigt.

Wo stehen wir also? Wir stellen gemeinschaftlich fest, dass es nicht läuft.

(Mehrere Ratsmitglieder führen ein Gespräch)

- Wenn ich die Herren hier vorne störe, sagen Sie bitte Bescheid; dann bin ich mal eben leise.

(Beifall)

- Danke. - Wenn ich Sie mit meiner Rede bei Ihrer Unterhaltung störe, dann sagen Sie Bescheid. Denn mich stört das umgekehrt sehr.

(Beifall)

- Danke schön. - Wo stehen wir also? Wir stellen gemeinschaftlich fest, dass es nicht läuft. Es wird eine Lösung für einen kleinen Teil des Problems aufgezeigt, der aber die anderen Teile des Problems unter Umständen sogar vergrößert. Oder glaubt hier niemand, dass sich nicht auch aus der Gebäudewirtschaft heraus umworbene Ingenieurinnen und Ingenieure und andere Fachleute auf die viel interessanteren Stellen bei der Gesellschaft bewerben werden? Wie Herr Kockerbeck sagte, schwächen wir uns selbst und schaffen Konkurrenz im eigenen Haus.

Wir haben einen Ergänzungsantrag gestellt, der diese Schulbaugesellschaft nicht aufhält, sondern in dem es einfach darum geht, zu prüfen, ob wir auch mit dem Rest der Gebäudewirtschaft oder zumindest mit dem operativen Teil der Gebäudewirtschaft in diese Richtung verfahren können. Denn wir glauben, dass dieser Schritt, der jetzt gegangen wird, für diese große Stadt und diese großen Aufgaben ein viel zu kleiner Schritt ist. Wir möchten das als Idee geprüft haben. Wie gesagt, Frau Henk-Hollstein und Frau Hölzing: Die Schulbaugesellschaft wird damit nicht aufgehoben.

Es gibt in dieser Stadt so viele Eigenbetriebe, die erfolgreich arbeiten. Warum soll das im Baubereich nicht funktionieren? Natürlich wird es steuerlich schwer, die Immobilien der Gebäudewirtschaft herauszuziehen. Aber vielleicht müssen wir das gar nicht tun. Sie können auch bei der Stadt bleiben. Vielleicht gibt es sogar eine Zug-um-Zug-Lösung.

Wir wünschen uns wirklich, dass das zumindest mal auf Basis der jetzt geplanten Gesellschaft geprüft wird, und bitten Sie deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 47

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Falls der Stream wieder läuft: Herzlich willkommen zum späten Zeitpunkt am Stream! Auch die möglicherweise noch im Saal Zuschauenden seien noch einmal begrüßt! Wir wollen doch alle, dass die Schaffung der weiteren Schulplätze schnellstmöglich erfolgt, am besten schon gestern. Deshalb möchte ich euch ein bisschen etwas erzählen.

Als ich vor etwas mehr als zehn Jahren nach Nippes gezogen bin, war man in dieser Stadt noch der Auffassung, dass wir nicht mehr so viele Schulplätze und die dazugehörige Infrastruktur benötigen. Damit meine ich auch, dass nicht mehr saniert und renoviert wurde. Eher war das Gegenteil der Fall. Es wurden Gebäude abgerissen, auch in meiner direkten Nachbarschaft.

Das war zu diesem Zeitpunkt keine neue Herangehensweise an das Thema Schulinfrastruktur in dieser Stadt. Ich muss natürlich nicht betonen, welche Partei zu dieser Zeit die stärkste Fraktion hier im Rat war und den OB gestellt hat.

(Beifall bei Volt und der CDU)

Jetzt werden neue Schulen dringend benötigt. Das war selbstverständlich abzusehen. Denn Kinder kommen nicht auf die Welt und müssen sofort in die Schulen gehen. Ich war, wie ich mich erinnern kann, circa zehn Jahre alt, als ich auf die weiterführende Schule gekommen bin. Vielleicht ist es bei den Kolleg*innen der SPD anders gewesen; das kann ich nicht beurteilen.

Der Bau einer Schule, auch in der jetzigen Bauweise, benötigt einfach Zeit. Unter anderem wird auf dem gerade erwähnten Gelände, auf dem vor circa zehn Jahren ein Gebäude abgerissen worden ist, jetzt wieder etwas für die Schulinfrastruktur gebaut. Dort sehe ich ganz genau, dass es Zeit benötigt. Egal, wie viel man braucht: Es benötigt einfach Zeit, diese Gebäude herzustellen.

Jetzt haben wir auch noch eine neue, sich immer wieder verändernde Aktualität durch die demografische Zusammensetzung flüchtender Menschen aus der Ukraine. Es ist noch gar nicht abzusehen, welcher weitere Bedarf sich daraus noch ergeben wird. Man kann aber davon ausgehen, dass wir in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren noch mehr Schulplätze benötigen werden.

(Beifall bei Volt und der CDU)

Deswegen müssen wir schnell und dynamisch sein. Die Schulbaugesellschaft soll sich ausschließlich um Schulneubauten mit einer agilen Arbeitsweise kümmern. Wir unterstützen die Gründung, um alle Möglichkeiten auszunutzen, die den Schulneubau, der so notwendig ist, beschleunigt.

Noch kurz zu den Änderungsanträgen: Für uns ist keiner der Änderungsanträge unterstützenswert.

Mit dem Änderungsantrag der LINKEN würde aus unserer Sicht verhindert, dass Fachkräfte außerhalb der Gebäudewirtschaft angesprochen werden.

Der Änderungsantrag der FDP geht in unseren Augen viel zu weit. Das würde die agile Struktur eher einschränken als fördern.

Der Änderungsantrag der FRAKTION ist lustig zu lesen, aber entsprechend wenig zielführend.

Daher werden wir dem Beschlussvorschlag ungeändert zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der AfD das Wort gewünscht? - Nein. Dann Herr Wortmann, bitte.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nur kurz ein Wort zur Satire: Frau Oberbürgermeisterin, ich respektiere natürlich, dass Sie sich an der Abstimmung über unsere Anträge nicht mehr beteiligen wollen. Ich möchte aber auch einfach mal auf Folgendes hinweisen: Satire kann sowohl Ideen bringen als auch Absurdes leisten.

(Zuruf von der SPD: Sie sollte lustig sein!)

- Bitte? - Satire muss keine Kommunalverfassung kennen. Aber wenn sie ernst genommen wird, wird sie langsam glaubhaft.

Nun komme ich zu unserem Änderungsantrag: Schulbau-GmbH oder eine Organisation auf Zickzackkurs?

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 48

Wir entscheiden heute über die Ausgründung des Managements des Kölner Schulneubaus als Kapitalgesellschaft - quasi ein Regiebetrieb im Umfeld der Gebäudewirtschaft, aber gesellschaftsrechtlich selbstständig daher kommend. Dieses Unternehmen soll schneller laufen und die bestehende Infrastruktur entsprechend ersetzen. Das Ziel: Fünf bis zehn Topleute in einer GmbH sollen die Zukunft der Schulneubauten managen, die festgefahrenen Zahnräder in der überforderten Gebäudewirtschaft und einem etabliertem Amtsbetrieb schmieren helfen und letztendlich den Schulneubau dynamisieren.

Aber bitte: Sanierung, Reparaturen und Ähnliches bleiben wohl bei der bestehenden Verwaltung hängen.

Nein! Wenn ich Ihr grob gestricktes Papier hierzu lese, stelle ich fest, dass Sie uns die Katze im Sack verkaufen wollen. Warum denn so zurückhaltend? Machen wir doch gleich Nägel mit Köpfen und stülpen der gescholtenen Verwaltung vollends eine marktwirtschaftlich-dynamische Organisation über, wie wir sie in unserem Antrag grob vorgeschlagen haben! Gelesen haben werden Sie ihn ja.

Denn mit der bestehenden Verwaltung geht es doch anscheinend nicht. Das haben Sie, Frau Oberbürgermeisterin Reker, 2016 selbst gesagt, als Sie die Verwaltung pauschal verbal in den Allerwertesten traten. Ich zitiere:

Wir haben keine Vertrauenskultur, sondern eine Misstrauenskultur. Wir haben, weil wir auch kein Ziel haben, kein Zusammengehörigkeitsgefühl. ... Wir haben auf der einen Seite Leistungsträger, die hoch motiviert sind. Und

- und jetzt kommt's -

auf der anderen Seite haben wir Menschen, tja, wo ich manchmal denke, die kommen nur, um hier Schmerzensgeld zu bekommen.

In dieser sechs Jahre alten - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, weil sie hier einen immateriellen Schaden erleiden. Das war zu juristisch. Dafür habe ich mich tausendmal entschuldigt. Denn viele konnten nicht verstehen, wovon ich sprechen wollte - als Anfängerin, weil es zu juristisch war.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Wes das Herz voll ist, des geht der Mund über. - Dann sind Sie schlecht beraten gewesen.

In dieser sechs Jahre alten Aufzählung stecken zwei Worte, die den eigentlichen Geist einer Schulbau-GmbH erkennen lassen, nämlich „Leistungsträger“ und „Geld“.

An dieser Stelle verlasse ich mal die Satire: 21 000 Mitarbeiter in der Verwaltung, 10 000 Vollzeitkräfte, 4 000 Beamte, der Rest Teilzeitkräfte oder Ähnliches; davon bei der Gebäudewirtschaft und der Bauaufsicht circa 880 Planstellen mit 100 offenen Stellen - Stand 2020.

Blick zurück: Der damalige Stadtdirektor, Herr Dr. Keller, stellte 2018 der anscheinend überforderten Geschäftsführung der Gebäudewirtschaft ein Managementteam bestehend aus einem kaufmännischen Leiter, einem externen Berater, Herrn Raderschatt, sowie zwei Beratungsunternehmen für drei Jahre für hohes Salär zur Seite. Die Ziele waren, die Abläufe zu optimieren und die Menschen zu motivieren. Das eine geht nicht ohne das andere.

Und jetzt soll ein neues Gebilde mit fünf bis zehn qualifizierten Menschen den Schulbau rocken und der Verwaltung unter die Arme greifen? Sie werden das Gegenteil erreichen. Ihre Kriterien - Zitate: Misstrauen, mangelndes Zielstreben, Schmerzensgeld - werden nicht gemildert oder sich bessern.

Zurück zu der seit 2018 tätigen Taskforce: Zielformulierungen und Erfolge dieses Teams sind mir bisher weder schriftlich noch mündlich bekannt.

Wenn aber diese Vorlage zur Schulbaugesellschaft ein Ergebnis sein sollte, dann frage ich mich, wer hier wen motiviert.

Schon die GbR zur Historischen Mitte war so eine Neubildung, die nicht nur das Gesellschafterkonstrukt von Kirche und Staat erschlagen sollte, sondern letztendlich vermeintlich mit Geld die Führungsschwächen in der Gebäudewirtschaft kompensieren sollte.

Außerdem entziehen Sie mit diesen Ausgründungen dem Rat und den Fachausschüssen den detaillierten Einblick in die Verläufe.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 49

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, zu gegebener Zeit anzufragen, wie es sich mit den Mitarbeitern verhält und ob Mitarbeiter aus der Verwaltung in solche Ausgründungen wechseln, um vielleicht später aufgrund spezieller Vertragsinhalte wieder in die niederen Lohnstufen zurückkehren zu können.

Empfehlungen: Es muss doch das Ziel sein, Teams zu binden und zu halten. Das schaffen Sie mit einer solchen Schulbau-GmbH nicht. Sie erhöhen den ohnehin stark vorhandenen Frust in der gesamten Verwaltung. Warum bilden Sie keine Taskforces im Bestand und setzen mit Anreiz- und Abschlussprämien deutliche Akzente?

Ihre Organisation ist auf Zickzackkurs, und es ist kein Ende abzusehen, weil die Koordinaten fehlen. Wir lehnen Ihre Vorlage zu dieser Schulbau-GmbH ab. Denn sie ist wie der Änderungsantrag der FDP keine Lösung. Sie privatisiert weder für die Schulen noch gegen die Führungsschwäche.
- Vielen Dank für Ihr Votum.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank. - Kurz drei Sachen aus meiner Sicht:

Erstens. Wenn zu lange nichts passiert ist und Dinge viel eher hätten geschehen müssen, dann darf man das ruhig auch immer und immer wieder erwähnen. Das sind dann einfach Tatsachen.

Zweitens verstehe ich das mit dem Korsett nicht so ganz. Meiner Meinung nach ist der Änderungsantrag, der die Ausarbeitung von zwei alternativen Möglichkeiten vorsieht, doch weniger korsetthaft als die Vorlage, nach der nur eine Möglichkeit ausgearbeitet werden soll.

Drittens würde ich mir auch an dieser Stelle mal wieder wünschen, dass hier die Sache vors Ego gestellt wird bzw. das Seelenheil der Kinder vor die Farbe des Parteistempels auf dem Änderungsantrag. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich habe eine Wortmeldung

für die zweite Runde vorliegen. Soll sie aufrechterhalten bleiben?

(Bernd Petelkau [CDU] nickt)

- Ja. Dann bitte sehr, Herr Petelkau. Sie haben das Wort.

(Franz Philippi [SPD] meldet sich zu Wort)

- Danach dann Herr Philippi, wenn ich das richtig sehe. - Okay.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer am Livestream und hier im Raum! Ich bin in die zweite Runde gegangen, um die Punkte, die in der ersten Runde hier fälschlich behauptet worden sind, auch einmal zu widerlegen.

Die Sozialdemokratie hat nicht nur in den zehn Jahren, in denen sie vor 2015 in dieser Stadt regiert hat, sondern in 40 Jahren diese Stadt in der gesamten Infrastruktur verkommen lassen. Das muss man auch immer wieder festhalten.

(Beifall bei der CDU und von Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn wir 2015 Hunderte von Schulen in einem maroden Zustand mit einem Sanierungsstau von 3 Milliarden Euro oder vielleicht sogar noch mehr haben, dann ist klar, dass wir das nicht in einem Jahr bewerkstelligen können - vor allen Dingen, weil die Gebäudewirtschaft, die wir von Ihnen übernommen haben, im Jahre 2015 bei einem Sanierungsstau von 3 Milliarden Euro 50 Millionen Euro geschafft hat. Sie können sich in einem einfachen Dreisatz ausrechnen, wie viele Jahrzehnte es gedauert hätte, bis wir die Schulen in dieser Stadt erst einmal durchsaniiert hätten.

Als Zweites ist festzustellen: Ihre Schuldezernentin damals - - An dieser Stelle muss ich Robert Voigtsberger auch mal loben. Denn seine Vorgängerin hat noch akzeptiert, dass es 13 Jahre - man höre und staune! -, also eine gesamte Schülergeneration, gedauert hat, bis in der Vergangenheit etwas Neues entstanden ist. Das war die Situation in Köln.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 50

Wir haben bei Schulbauten - schauen Sie sich das mal an - jedes Jahr Millionen um Millionen zugelegt. Wir sind dieses Jahr bei fast 400 Millionen Euro, die pro Jahr in die Erneuerung investiert werden. Jahr für Jahr steigen die Summen weiter. In den letzten fünf Jahren ist hier in Köln über 1 Milliarde Euro investiert worden. Fahren Sie doch durch die Stadtteile. Schauen Sie sich die fertiggestellten Schulen und sanierten Schulen an. Das ist vernünftige Schulbaupolitik.

Wir werden in den nächsten fünf Jahren auch dafür sorgen, dass jedes Kind in Köln eine wohnortnahe Beschulung bekommt. Das ist unser Anspruch. Wir wollen in Bezug auf diesen Anspruch weiter vorangehen.

Das schaffen wir aber nur durch moderne Managementmethoden in der Verwaltung. Wir nehmen hier eine Ergänzung vor. Das möchte ich an dieser Stelle noch mal festhalten. Wir ersetzen nicht bestehende Strukturen, sondern ergänzen die Strukturen durch die Schulbau-GmbH, um auch mal zu zeigen, dass moderne Strukturen die Dinge noch schneller machen können.

Schauen Sie sich die Schulbaupakete doch an. Was haben wir denn da auf den Weg gebracht? Es sind Milliardenbeträge, die hier für die nächsten Jahre anstehen. Das bekommen wir nur durch moderne, innovative Strukturen insgesamt umgesetzt. Dafür lohnt es sich, zu streiten, damit es eben nicht mehr passiert, dass Kinder nicht wohnortnah beschult werden können.

Da sollten wir auch gemeinsam handeln. Denn es ist Ihr Regierungspräsidium, das hier immer wieder moderne Schulzuweisungsverfahren blockiert. Wir sollten gemeinsam die Initiative ergreifen, damit das bisherige Verfahren so renoviert wird, dass auch die Eltern mit ihren Kindern hier nicht Jahr für Jahr zittern müssen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gab noch eine Zwischenfrage von Herrn Homann, Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Entschuldigung. Das hatte ich nicht gesehen. Selbstverständlich; gerne.

Mike Homann (SPD): Herr Petelkau, ich habe zwei Fragen.

Punkt eins: Ist es richtig, dass der Schuldezernent überhaupt keine Schulen baut, sondern der Baudezernent dafür zuständig ist?

(Beifall bei der SPD)

Punkt zwei: Können Sie mir sagen, seit wie vielen Jahren die CDU den Baudezernenten stellt, der für die Gebäudewirtschaft zuständig ist? - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bernd Petelkau (CDU): Herr Homann, Sie wissen ganz genau, dass das eine rein hypothetische Frage ist. Denn es ist die Bereitstellung des Geldes und des Personals, was durch Ihre Verwaltung und Ihre Verwaltungsspitze damals nicht erfolgt ist. Außerdem haben Sie damals ganz bewusst die Fachkräfte aus dem Baubereich in das Schuldezernat herübergezogen. Das war ja Ihre Idee. Und das hat das Chaos damals noch größer gemacht. Das war die Realität. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Philippi das Wort.

Franz Philippi (SPD): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Petelkau, ich zähle gar nicht mehr mit, der wievielte Versuch das jetzt war, mit dem alten Hut zu kommen, auf die sozialdemokratische Verantwortung hier im Rat der Stadt Köln bzw. bei der Stellung des Oberbürgermeisters zu referenzieren.

Ihre Anmerkung zu Frau Dr. Klein möchte ich doch schon als unanständig zurückweisen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Frau Dr. Klein - dazu bin ich, wie auch Herr Dr. Schlieben, lange genug im Schulausschuss - hat 2011 eine maßgebliche zukunftsgerichtete Schulentwicklungsplanung auf den Weg gebracht, basierend auf der damaligen Bevölkerungsprognose, die dann noch einmal nach oben nachjustiert wurde. Die Forderung von Frau

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 51

Dr. Klein war immer: Nehmt den Schulbau vor die Klammer; der Schulbau muss eine gesonderte Position in der Gebäudewirtschaft haben; er muss beim Bauen und bei den Bauprozessen in dieser Stadt extra betrachtet werden.

Heute sehen wir in diesem ersten Beschluss zu einer Schulbaugesellschaft eine gute Chance in die richtige Richtung, um diese Klammer aufzulösen und den Schulbau nach vorne zu stellen. Deshalb werden wir dieser Vorlage gleich zustimmen.

Ich möchte noch einmal auf das verweisen, was Oliver Seeck gerade auch dargestellt hat. Wenn über 1 000 Gesamtschulplätze fehlen und an die 500 Gymnasialplätze jetzt erst einmal fehlen, ist das ein Indiz dafür, dass das Schulbauproblem in der Zeit, in der Schwarz-Grün - nach der letzten Kommunalwahl zusammen mit Volt - jetzt das Sagen hat, nicht gelöst worden ist, sondern sich sogar noch verschärft hat.

(Beifall bei der SPD)

Unser schulpolitischer Sprecher Oliver Seeck hat das eben geschildert. Die Kölner Eltern bekommen Post mit den Ablehnungen. Daran wird die Qualität der Schulbaupolitik in dieser Stadt gemessen. Und da kann man Ihnen einfach kein gutes Zeugnis ausstellen. Da hat unser schulpolitischer Sprecher Recht.

Ich möchte noch einmal klar sagen: Herr Voigtsberger läuft nicht mit dem Schippchen durch die Gegend. Er baut keine Schulen. Er plant die Schulentwicklung. Diese Schulentwicklungsplanung ist seit langer Zeit wirklich stringent und konsequent.

Unser Problem ist das Bauen. Deshalb werden wir gleich bei der Abstimmung diesen Verwaltungsvorschlag mittragen und sind sehr gespannt auf den ausgearbeiteten Beschluss, der wahrscheinlich zur übernächsten Ratssitzung vorliegen wird.

Dann können wir uns noch einmal genau darüber unterhalten, auch über die Änderungsanträge von FDP und LINKEN. Das machen wir dann aber besser im Schulausschuss und nicht im Rat in zwei Runden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Philippi, akzeptieren Sie bitte noch eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Schlieben?

Franz Philippi (SPD): Er hat doch gar nicht zugehört. Er war doch gar nicht da.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Mein lieber Franz, ich habe von hinten zugehört und alles gehört. - Auch aus alter Verbundenheit möchte ich dir eine Frage stellen, aber auch mit Blick auf das aktuelle Verfahren und die Leistungen der Verwaltung und des Schuldezernenten.

Es ist ja richtig, zu kritisieren, dass in dieser Woche jetzt nicht jedes Kind ein Gymnasialplatz bekommen hat. Allerdings möchte ich doch betonen: Es stimmt ja nicht, dass 500 Kinder in dieser Stadt keinen Gymnasialplatz bekommen. Wir sind noch mitten im Verfahren. Es werden zig Schüler auf den Wartelisten nachrücken; die werden es hoffentlich Ende nächster Woche wissen. Das ist jetzt kein Schönreden. Ich will nur sagen: Die Zahl wird dann doch bei 200 Schülern liegen. Das sind 200 Schicksale. Aber es stimmt nicht, dass es 500 sind. Wir wollen hier doch nicht diese Zahl manifestieren, weil sie nicht zutreffend ist.

Deshalb, lieber Franz, noch eine Frage: Bist du bereit, mit mir abzuwarten, bis das Verfahren beendet ist? Und dann beleuchten wir im Schulausschuss: Sind es 500, 300 oder 200? - Danke.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Franz Philippi (SPD): Lieber Helge Schlieben, lass uns jetzt zu dieser Zeit nicht darüber spekulieren, ob es dann 300 oder 400 sind. Es werden jedenfalls reichlich zu viele sein. Und dann werden wir die Diskussion im nächsten Schulausschuss führen.

Aber ich sage noch mal: Angesichts dieser Zahlen geht die Bilanz - ich will ja nicht sagen, dass sie gefälscht wäre; das würde mir zu weit gehen - einfach an der Realität vorbei. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 52

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Deswegen werde ich jetzt abstimmen lassen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION, dann über den Änderungsantrag der FDP, danach über den Änderungsantrag der LINKEN und dann über die Vorlage, gegebenenfalls in veränderter Fassung.

Ich komme zur Abstimmung über den Änderungsantrag der FRAKTION. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion auf. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich Die FRAKTION. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE und Frau Gabrysch. Gibt Enthaltungen? - Herr Zimmermann enthält sich. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der FRAKTION, der LINKEN und von Frau Gabrysch. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

10.10 Schulrechtliche Errichtung einer Grundschule am Standort Alfons-Nowak-Straße 2, 50858 Köln bei gleichzeitiger Auflösung des Teilstandortes der Ildefons-Herwegen-Grundschule am Standort Donauweg 30, 50858 Köln-Junkersdorf zum Schuljahr 2023/24 gem. § 81 Abs. 2 SchulG NRW 4230/2021

Ich bitte um Wortmeldungen. - Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse so abstimmen, wie der aktualisierte Beschlussvorschlag in Anlage 2 lautet.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.11 Weiterentwicklung des Programms „Lebenswerte Veedel - bürger*innen- und sozialraumorientierte Zusammenarbeit in Köln“ 4270/2021

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Sozialausschuss, Anlage 4, und Gesundheitsausschuss, Anlage 5.

Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.12 Bedarfsfeststellung des Beschaffungsprogrammes 2022 für die Fahrzeuge des Brandschutzes, der Technischen Hilfeleistung und des Rettungsdienstes der Feuerwehr Köln 4363/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

(Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie Finanzausschuss!)

- Ja. Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss, Anlage 8. Danke.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.13 Umlageungsanordnung für das Umlageungsgebiet U 461 in Köln-Roggendorf-Thenhoven (Straberger Weg) 4377/2021

Wird hierzu das Wort gewünscht? - Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Eine kurze Anfrage: Kann jemand ad hoc beantworten, welche Typologie der Bebauung in dem hier genannten Bereich stattfindet? Sind es Einfamilienhäuser wie in der Restbebauung, oder sind es mehrgeschossige Mehrfamiliengebäude?

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 53

Ansonsten bitte ich, das aufzunehmen und es schriftlich zu beantworten. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das beantworten wir schriftlich, Herr Wortmann. Danke für Ihr Einverständnis.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

10.14 Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ hier: Projektverlängerung 4418/2021

Meine Damen und Herren, ich würde Sie gerne darüber informieren, dass das Land aktuell entschieden hat, dass Ukraine-Geflüchtete, die zwischen 18 und 27 Jahren alt sind, ab sofort in die Bausteine der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ aufgenommen werden dürfen.

(Beifall)

Das ist eine gute Nachricht. Ich denke, dass wir damit dem Umstand, dass Köln zur Heimat wird, wieder etwas näher kommen können.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

10.15 Weiterführung des Projektes „Plan27“ - Zugehende Hilfe für junge Menschen mit psychischen Problemen bis 27 Jahre zur Überleitung ins Regelsystem und Entwicklung einer beruflichen Perspektive 4440/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.16 Fortschreibung der Richtlinie „Gebäudesanierung und Erneuerbare Energien - klimafreundliches Wohnen“ 4342/2021

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0612/2022**

Hier hat Frau Abé das Wort.

Denise Abé (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen! Mit der Fortschreibung der Förderrichtlinie sowie der Leitlinien unter TOP 10.20 sind wir wieder einen Schritt weiter auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2035. Es geht voran.

Dass nach den bisherigen Beschlüssen so schnell Taten gefolgt sind, ist großartig. Vielen herzlichen Dank an die Verwaltung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Die im Haushalt bereitgestellte investive Summe von 20 Millionen Euro für den Klimaschutz fließt nun in dieses Förderprogramm. Dies ist ein erheblicher Ansporn für Privateigentümer*innen, ihre Gebäude effizient zu sanieren und klimafreundlich auszustatten.

Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Solarenergie. Die von uns allen gewünschte Solaroffensive bekommt einen erheblichen Schub. Wenn wir die Klimawende erreichen wollen, muss das Photovoltaikpotenzial in unserer Stadt endlich genutzt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Neben der vereinfachten Antragstellung und Bearbeitung ist es wichtig, dass zur Erhöhung der Antragszahlen die Öffentlichkeitsarbeit verbessert wird. Nur so können wir unser Ziel erreichen. Das ist auch Teil der Solaroffensive.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, richtig ist, dass die Stadt dort Schwerpunkte setzt, wo die bestehenden Förderungen nicht greifen. Richtig sind aber auch die Koppelung an die Bundesförderung und die ständige Fortschreibung und Evaluierung.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 54

Wir warten alle mit Spannung auf die angekündigten Oster- und Sommerpakete des Bundes. Die Kommunen allein können die Klimawende nicht stemmen. Wir brauchen Regelungen und Förderungen von Bundes- und Landesebene.

Ich bin sehr gespannt, was seitens des Bundes kommt. Ebenso gespannt bin ich auf das Ergebnis der Landtagswahlen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die dramatische Weltsituation führt uns wieder einmal vor Augen: Für mehr Unabhängigkeit brauchen wir mehr Fahrt beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir müssen dramatisch schnell aufholen, was in den vergangenen Jahren versäumt wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir möchten nicht, dass die Förderung in Brückentechnologien fließt. Daher haben wir im Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün einen geänderten Beschluss gefasst, dem wir bitten, zu folgen. Es sollen nur BHKWs gefördert werden, die mit erneuerbaren Brennstoffen betrieben werden.

Über den schon im Ausschuss angekündigten und nun vorliegenden Änderungsantrag der LINKEN bin ich etwas verwundert.

Punkt 1 wird - ich habe es gerade erläutert - bereits erfüllt.

Punkt 2 ist für uns durch den Beschluss im Umweltausschuss erledigt.

Punkt 3 ist aufgrund der bisherigen Erfahrungen bei den Förderanträgen nicht sinnvoll. Wenn wir wollen, dass es zügig vorangeht, sollten wir die Anlagen fördern, die am meisten nachgefragt sind.

Punkt 4 haben wir bereits im Ausschuss diskutiert. Meines Wissens wurde das mitgenommen.

Punkt 5 ist so vorgesehen. Fernwärmeanschlüsse werden nur in Zusammenhang mit einer Bundesförderung unterstützt.

Daher können wir dem Änderungsantrag nicht zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte sorgen Sie dafür, dass das Programm rechtzeitig zum 1. April 2022 an den Start gehen kann, und schließen sich dem Beschluss des Ausschusses an. Sorgen Sie

mit uns dafür, dass wir den Pfad Richtung Klimaneutralität rechtzeitig erreichen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von den großen Fraktionen das Wort gewünscht? - Frau Aengenvoort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe mich meiner Vorrednerin an, was die Änderungsanträge angeht, und will nur einige Punkte herausgreifen.

Wir haben hier im Rat schon viel darüber diskutiert, dass wir den Photovoltaikausbau unbedingt brauchen, weil wir energieeffiziente Gebäude benötigen. Wenn man so etwas möchte, muss man eben auch Geld in die Hand nehmen. Das machen wir heute und tun wirklich etwas dafür, dass Bürgerinnen und Bürger sich auch dafür einsetzen, Photovoltaik auf die Dächer zu bringen und die Gebäude energieeffizient zu gestalten.

Wir finden, dass die Richtlinie sinnvoll gegliedert ist, nämlich mit dieser Unterteilung in Bundesförderung und Kölner Förderung. Das begrüßen wir sehr. Ebenso begrüßen wir, dass Personal zuge setzt wird.

Das eine ist, dass wir Geld zur Verfügung stellen. Damit es aber auf eine große Akzeptanz stößt, brauchen wir schnelle und effiziente Prozesse. Die Hürden müssen einfach niedrig liegen.

Das ist durch diese Richtlinie aus unserer Sicht gegeben. Deswegen werden auch wir zustimmen - und freuen uns auch auf das Ergebnis der Landtagswahlen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der SPD das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann hat Frau Röhrig das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir als

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 55

LINKE werden unseren Änderungsantrag natürlich trotzdem aufrechterhalten. Wir hatten im Umweltausschuss angekündigt, dass wir einen solchen Antrag vorlegen werden, und machen das auch. Wir sehen es nicht so, dass alle Punkte schon abgearbeitet sind.

Am letzten Dienstag legte das Umweltbundesamt den Bericht über die Treibhausgasemissionen 2021 vor. Die Zahlen waren so dramatisch schlecht, dass das Bundesklimaschutzministerium am gleichen Tag ein umfangreiches Sofortprogramm ankündigte.

Spätestens in vier Monaten wird es neue Bundesregeln zur Förderung geben. Das heißt doch - seien wir ehrlich -, dass viele Gebäudesanierungen um diese vier Monate aufgeschoben werden, um eventuell bessere Förderbedingungen abzuwarten.

So wichtig uns allen diese Vorlage hier erscheint - sie wird wahrscheinlich nichts daran ändern.

Ändern werden sich die Förderrichtlinien. Diese müssen entweder am 18. August 2022 im Rat oder spätestens am 25. August 2022 im Klimaausschuss beschlossen werden.

Deswegen ist unser Änderungsantrag trotzdem noch wichtig, auch wenn wir der Vorlage folgen werden. Bei uns finden Sie schon heute die ersten richtigen Schritte in diese Richtung, die das Umweltbundesamt mit seiner Veröffentlichung auch stützt.

Mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich den Umweltbundesamtspräsidenten Dirk Messner:

Wir müssen schnell mehr Sonnen- und Windenergieanlagen bauen. Unsere Gebäude müssen wir auf Wärmepumpen umstellen und so schnell wie möglich aufhören, Öl- und Gasheizungen einzubauen.

Von Blockheizkraftwerken ist da genauso wenig die Rede wie von ineffizienter Fernwärme.

Gut, dass es den Änderungsantrag gab, der zumindest die Förderung von fossilem Verbrennen ausschließt! Wir haben ihm im Fachausschuss ja auch zugestimmt, wie man in der Niederschrift sieht. Er geht aber nicht weit genug.

In Blockheizkraftwerken und in Fernwärmeöfen stecken Verbrennungsmotoren bzw. Turbinen.

Verbrennen bedeutet fast immer CO₂-Ausstoß, auch wenn Pellets, Hackschnitzel oder Biomasse verbrannt werden. Feuer ist so steinzeitmäßig - das kann doch nicht die Zukunft sein. Ich bitte Sie hier im Saal!

Und die Dämmung: Es wäre Blödsinn, heute Dämmmaterialien zu fördern, die uns durch ihre Umweltbelastung morgen wieder auf die Füße fallen.

(Beifall von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

So, wie heute kein Asbest mehr genutzt wird, müssen wir auch bei den Dämmmaterialien genau hinsehen und bei jedem einzelnen Material prüfen, ob es den Umweltschutzbedingungen entspricht.

(Beifall bei der LINKEN)

Spätestens, wenn das Bauen Teil der Kreislaufwirtschaft wird, werden Sie das erkennen - besser aber schon heute.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie vom Bündnis doch darum, Aspekte aus unserem Änderungsantrag mit aufzunehmen. Sonst finde ich das immer sehr schade. Hier werden viele Änderungsanträge gestellt, und das Bündnis geht einfach darüber hinweg und redet es irgend kaputt. Das finde ich dann nicht gut.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen zu Hause und vielleicht noch hier! Auch von unserer Seite geht zunächst einmal ein herzlicher Dank an die Verwaltung für diese aufwendig erarbeitete Vorlage. Später stehen noch die Leitlinien zu Neubauprojekten auf der Tagesordnung. Damit beschließen wir heute zwei ganz wichtige Bausteine, die den Klimaschutz in dieser Stadt voranbringen und unseren Weg zur Klimaneutralität 2035 mit bereiten.

Ich bin sehr stolz darauf, dass wir als Stadt ein eigenes Förderprogramm auflegen, um diese größte Herausforderung im Kampf gegen den Kli-

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 56

mawandel anzugehen, nämlich die Sanierung unserer Gebäude im Bestand und deren Ausstattung mit Photovoltaik.

In meiner Haushaltsrede im letzten Jahr habe ich schon die erhöhten Finanzmittel für diesen Zweck hervorgehoben. Als Finanzpolitiker ist es mir dabei auch ganz besonders wichtig, dass wir diese Gelder effizient ausgeben; denn wir können jeden Euro nur einmal verwenden.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das heißt, dass wir keine eigene Systematik aufbauen, sondern uns an Förderbescheiden der KfW orientieren, sodass diese Förderung möglichst wenig Aufwand in unserer Verwaltung erfordert. Denn als Stadt ein eigenes Förderprogramm zu haben, ist etwas Besonderes und etwas Gutes; es sollte aber nicht das Einzige sein, was unsere Koordinationsstelle Klimaschutz tut.

(Beifall bei Volt)

Zu Frau Röhrig und dem Änderungsantrag der LINKEN: Natürlich gehen wir nicht über jeden einzelnen Punkt einfach so hinweg. Das ist nicht das Richtige. Aber es wäre mir auch sehr lieb, wenn wir diese Detaildiskussionen im Ausschuss führen könnten.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Denn dafür gibt es doch den Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün.

Zu Punkt 1: Natürlich erfolgen in den nächsten Jahren Anpassungen dieser Richtlinie, wenn sich das regulatorische Umfeld weiterentwickelt und wenn sich Technologien weiterentwickeln. Deswegen sehe ich aktuell nicht, warum wir sie unter Vorbehalt stellen sollten. Und bei dem aktuellen Andrang auf Handwerker*innen glaube ich, ehrlich gesagt, nicht, dass in den nächsten vier Monaten nichts passieren wird, nur weil auf Änderungen auf Bundesebene gewartet wird. Es wird auch die nächsten vier Monate mit der Umsetzung von Sanierungen in Köln weitergehen.

BHKWs haben wir im Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün ausführlich diskutiert und entsprechend geändert beschlossen. Daher sehe ich keine Notwendigkeit für den Punkt 2.

Zu Punkt 3: Nach meinem Kenntnisstand lohnt sich Photovoltaik auch ohne diese zusätzliche Förderung, die wir nach meinem Verständnis effizienter einsetzen können.

Bei Punkt 4 stimmen wir in der Sache zu. Inhaltlich wurde das nach meinem Kenntnisstand von der Verwaltung auch mitgenommen. Aber für uns ist - damit möchte ich noch einmal an das Eingangsstatement anschließen - ganz zentral, dass wir hier einen pragmatischen Ansatz wählen, also in dieser ersten Version keine Abweichungen von der KfW-Logik vornehmen, damit wir in der Verwaltung keine aufwendige eigenständige Antrags-systematik prüfen müssen und somit aufwands-arme Bescheide ausstellen können.

Das gilt aus unserer Sicht ebenso für Punkt 5.

Ich freue mich darüber, dass wir diesen großen Schritt in Richtung Klimaschutz in Köln machen, und freue mich auf die breite Zustimmung aus diesem Gremium. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der AfD-Fraktion das Wort gewünscht? - Nein. Von der FRAKTION? - Auch nicht. Dann hat Frau Gabrysch das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Kurz von mir: Ich freue mich natürlich auch. Dem kann ich zustimmen. Allerdings geht das den KLIMA FREUNDEN auch nicht weit genug. Deswegen werde ich im Namen der KLIMA FREUNDE dem Änderungsantrag der LINKEN auf jeden Fall zustimmen - der Vorlage aber auch. Das ist ja besser als gar nichts, und es ist auch schon einiges.

Ich möchte mir noch kurz den etwas zynischen Spruch erlauben, dass die KLIMA FREUNDE hier die LINKEN unterstützen, weil in dieser Sache tatsächlich die LINKEN grüner als die Grünen sind. - Danke.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat das Wort.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 57

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Erst einmal muss ich mich zwar nicht bedanken, aber trotzdem noch einmal meine Freude über diese 20 Millionen Euro ausdrücken. Das ist in der Tat eine ganze Menge Geld, das im Haushalt jetzt zur Verfügung gestellt wurde - mehr als jemals zuvor. Das ist eine große Leistung - auch für die Kämmerei. Dass der Rat dem zugestimmt hat, ist natürlich sehr positiv.

Diese 20 Millionen Euro sind in einer Millionenstadt wie Köln bei dem großen Energiebedarf allerdings in keiner Weise ausreichend. Ihnen kommt natürlich nur eine Art Katalysatorfunktion zu. Das heißt, dass sie wesentlich höhere notwendige private Investitionen auslösen sollen. Das werden sie zum Teil sicherlich auch tun.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Bereitschaft in Köln enorm hoch ist, zur Energiewende beizutragen und dafür sehr viel privates Kapital zur Verfügung zu stellen. Denn Solarenergie ist ja auch wirtschaftlich tragbar. Es macht gar keinen Sinn, nicht in Solarenergie zu investieren. Billiger als durch Solarenergie bekommen Sie Ihren Strom überhaupt nicht.

Persönlich erlebe ich in der Nachbarschaft - ich wohne in Ehrenfeld; dort gibt es viele kleine Häuser, einige davon auch nach Süden ausgerichtet - aber leider bis heute noch etwas ganz anderes. Ich erlebe einen großen Frust bei den Leuten, die investieren wollen. Sie wollen viel investieren und große Anlagen bauen. Sie wollen aber nicht Unternehmer*innen werden. Dieses Problem kann Köln natürlich nicht alleine lösen. Es ist klar, dass das vor allem Bundes- und Landesrecht ist. Aber das deutet ein bisschen auf die Hindernisse hin, die uns immer noch entgegenstehen.

Wichtiger als dieses Geld, das natürlich sehr positiv ist, ist für mich eine Entbürokratisierung. Wir brauchen, auch wenn die KfW-Anträge etc. angesprochen werden, eine sehr breit aufgestellte Beratung in diesem Förderdschungel. Denn das ist das, was die Leute abhält. Sie haben keine Lust, Jura zu studieren, um eine Solarzelle aufs Dach zu bringen.

Zudem brauchen wir zügige Baugenehmigungen. Natürlich müssen größere Anlagen auf Dächern irgendwie genehmigt werden. Sie sollen uns ja nicht beim nächsten Sturm um die Ohren fliegen. Aber das ist ein großes Hindernis und hält viele davon ab, überhaupt diesen Weg zu gehen.

Außerdem brauchen wir natürlich - ich erwähnte es - schlanke Landes- und Bundesvorgaben.

Wir haben hier einen Klimanotstandsbeschluss gefasst und haben den großen politischen Willen, diese Energieformen zu fördern und eine Energiewende einzuleiten. Wenn die Stadt es aber selber nicht hinkriegt, auf ihren eigenen Dächern Photovoltaik zu installieren, und zwar wirklich mal in echt großem Ausmaß, bleibe ich trotz aller Freude skeptisch. Ich schaue natürlich konstruktiv und optimistisch in die Zukunft. Aber bitte überraschen Sie mich positiv. - Danke schön.

(Beifall von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren.

Dann stelle ich zunächst den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung und bitte um Handzeichen, wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die Fraktion Die FRAKTION und Frau Gabrysch. Gibt es Enthaltungen? - Herr Zimmermann enthält sich. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme zur Vorlage und lasse hier abstimmen wie Umweltausschuss, Anlage 3, wie AVR, Anlage 4, und wie Finanzausschuss, Anlage 5. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Tagesordnungspunkt

10.17 Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB Köln), AöR: Abwasserbeseitigungskonzept (ABK), Bericht 2022 0138/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.18 Wahl des Beigeordneten Dezernat IX hier: Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 03.02.2022 gemäß § 54 Absatz 2

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 58

Gemeindeordnung NRW und weiteres Verfahren 0789/2022

Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke., Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) AN/0627/2022

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt AN/0633/2022

Ich gebe hierzu zunächst Herrn Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu jetzt doch etwas fortgeschrittener Zeit beschäftigt sich der Kölner Rat also mal wieder mit dem Thema Dezernatsbesetzung. Die Verwaltung hat uns hierzu eine Vorlage zur Beanstandung der Wahl vorlegen müssen, weil die Bezirksregierung der Ansicht war, dass das Findungsverfahren für das Dezernat IX mangelhaft gewesen sei.

Ich bin der Oberbürgermeisterin sehr dankbar dafür, dass sie uns diese Vorlage in dieser Form vorlegt und somit dem Rat als Herrn des Verfahrens die Möglichkeit gibt, ein neues Verfahren in Gang zu setzen, welches dann den Kriterien der Bezirksregierung genügt.

Ich möchte gar nicht groß auf die Rechtsauffassung der Bezirksregierung eingehen und die einzelnen Beanstandungspunkte würdigen, sondern nur so viel sagen: Es ist schon erstaunlich, welche Maßstäbe an die letzten Verfahren gelegt wurden, vor allem im Vergleich zu ähnlich gelagerten Verfahren in anderen Städten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Volt)

Lassen Sie uns aber stattdessen gerne nach vorne blicken und für die Besetzung des Dezernates IX gemeinsam den Weg ebnen.

Bevor ich gleich auf die Details unseres Änderungsantrages eingehe, möchte ich zuerst einmal den Kolleg*innen von SPD und FDP dafür danken, dass sie sich hier konstruktiv mit uns gemeinsam auf den Weg machen. Das ist wahrlich keine Selbstverständlichkeit - vor allen Dingen, wenn

man sich an die Reden und Statements erinnert, welche Sie bei der Einrichtung des Dezernates und beim letzten Besetzungsverfahren von sich gegeben haben. Noch einmal auch von meiner Seite vielen Dank dafür, dass wir jetzt diesen Verfahrensweg hier in der Form gemeinsam gehen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Nun zu unserem Änderungsantrag: Wir als Rat beauftragen die Oberbürgermeisterin, das Verfahren durchzuführen, und verzichten in diesem Fall auf die Hinzuziehung eines Personalberaters. Die Stelle wird auf der Homepage der Stadt Köln und anderen Portalen veröffentlicht, und jede und jeder kann sich innerhalb von 14 Tagen bewerben.

Uns ist bewusst, dass das ein sehr ambitionierter Zeitplan ist. Es ist aber auch vollkommen klar, dass wir die Spitze dieses Dezernates schnellstmöglich besetzen wollen; denn es gibt bei der Stadtentwicklung und bei der Digitalisierung genug zu tun.

Deswegen halten wir auch eine Sechswochenfrist, wie sie von der LINKEN und der FRAKTION gefordert wird, für deutlich zu lang. Ich bin mir sicher: Inzwischen dürfte überall bekannt sein, dass in Köln eine Dezernentin bzw. ein Dezernent für dieses Dezernat gesucht wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir als Rat, als Herr des Verfahrens, geben auch klare Kriterien vor, nach denen das Auswahlverfahren durchgeführt werden soll. Sie finden die entsprechende Stellenausschreibung in der Anlage A. Ich bin überzeugt davon, dass die Verwaltung dieses Verfahren transparent und für alle Ratsmitglieder nachvollziehbar und einsehbar durchführen wird, sodass uns am Ende eine geeignete Kandidatin oder ein geeigneter Kandidat zur Wahl vorgeschlagen wird. Denn darum geht es letztendlich: um einen Vorschlag.

Hier nun eine Findungskommission einzusetzen, welche allen Anforderungen der Bezirksregierung genügt, dürfte diesen Rahmen deutlich sprengen. Verfahren können, nein, sie müssen sogar ohne Findungskommission dann besonders transparent geführt werden.

Liebe LINKE, liebe FRAKTION, auch ohne eine Findungskommission stehen euch wie allen anderen Ratsmitgliedern alle Informationen offen. Und

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 59

falls ihr am Ende mit dem Vorschlag nicht einverstanden sein solltet, steht es euch selbstverständlich frei, eine andere Person vorzuschlagen. Durch unser gemeinsam vorgeschlagenes Verfahren werden also keine Rechte des Rates und keine Rechte der einzelnen Ratsmitglieder verletzt.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten uns nach diesem dann bestimmt erfolgreichen Verfahren einmal zusammensetzen und darüber sprechen, wie wir denn in Zukunft Besetzungsverfahren in dieser Stadt eigentlich durchführen wollen. Doch dafür - -

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Dann müsst ihr auch unserem Änderungsantrag zustimmen!)

- Michael, ich war ja mit dem Satz noch nicht zu Ende. - Doch dafür brauchen wir keine eilig eingesetzte Kommission des Rates. Lasst uns gerne darüber im Gespräch sein und uns darüber austauschen, welche Verfahren wir brauchen. Ideen gibt es sicherlich viele. Aber jetzt mit einem Schnellschuss eine weitere Kommission aus dem Boden zu stampfen, halten wir auch für den falschen Weg.

Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem gemeinsamen Änderungsantrag, damit wir dieses Dezernat schnell und erfolgreich besetzen können. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren sowohl hier im Gürzenich als auch am Livestream! Ich möchte hier ebenfalls, wie mein Vorredner, nicht mehr die Entscheidung der Bezirksregierung würdigen. Da gibt es sicherlich viele Punkte, die man sehr intensiv diskutieren könnte. Wichtig ist jetzt aber, nach vorne zu schauen und unser großes Ziel, dass dieses Dezernat endlich besetzt wird, auch umzusetzen.

Genau deshalb möchte ich mich auch bei den mitantragstellenden Fraktionen dafür bedanken,

dass es uns hier gelungen ist, auf breiter Basis ein Verfahren für die Besetzung dieser Stelle zu finden. Weil es breit getragen ist, gewährleistet es auch, dass das sichergestellt ist, was wir immer wollten, nämlich Transparenz und am Ende auch das Herauskrystallisieren des besten Bewerbers oder der besten Bewerberin, den oder die wir dann hier als Ergebnis präsentiert bekommen, sodass wir eine gute Entscheidung treffen können. Das muss das Ziel sein.

Ich glaube, dass man am Ende nicht nur hier im Kölner Stadtrat, sondern auch auf Landesebene überlegen muss, wie man dieses Besetzungsverfahren, das genau an der Grenze zwischen einem normalen Beamtenstellenbesetzungsverfahren und einem politischen Besetzungsverfahren liegt, zukünftig regeln kann. Denn hier wird ein Maßstab angesetzt, der für keine Ministerial- oder Staatssekretärsstelle benutzt wird. Meines Erachtens brauchen wir da mehr Vereinheitlichung.

Wir brauchen vor allen Dingen auch klare Rahmenbedingungen. Denn hier hat sich bei den beiden letzten Verfahren auch gezeigt, dass der Auslegungsspielraum, den eine Kontrollbehörde hat, immens ist. Dies muss reduziert werden. Nur so bekommen wir Klarheit. Denn wir wollen saubere, transparente Prozesse und am Ende ein gutes Ergebnis für Köln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Homann das Wort.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer*innen zu später Stunde am Stream! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss dann doch ein bisschen in die Vergangenheit gehen, um auch erklären zu können, warum wir heute nicht nur so abstimmen, wie wir abstimmen, sondern sogar mit auf diesen Antrag draufgegangen sind.

Wir stehen nach drei gescheiterten bzw. rechtswidrigen Dezernentenwahlen heute hier, um ein Verfahren erneut in Gang zu bringen. Ich möchte noch einmal kurz abreißen, wie dieses Verfahren sich im letzten Jahr gestaltet hat.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 60

Im März 2021, also jetzt vor einem Jahr, wurde durch das Bündnis das Verfahren erstmals gestartet. Am 24. Juni wurde Niklas Kienitz gewählt. Dieses Verfahren ist, weil Niklas Kienitz am Ende zurückgezogen hat, dann geplatzt.

Ich möchte dir an dieser Stelle mitteilen, lieber Niklas - deswegen nenne ich deinen Namen auch -, dass die SPD-Fraktion dich sowohl als Mensch als auch als Ratskollege sehr schätzt, genauso wie ich dich als Geschäftsführerkollege sehr schätze. - Das wollte ich hier einmal loswerden.

(Beifall bei der SPD, der FDP und Volt)

Im Mai 2021 hat es das Verfahren zu der Wahl von Herrn Charles gegeben. Es erfolgte wieder eine Beschwerde bei der Bezirksregierung. In der Zwischenzeit gab es neben dem bereits vorliegenden Erlass der Ministerin dann am 31. August einen Leitfaden der Bezirksregierung, wie denn solche Verfahren auszusehen haben.

Am 16. September fand dann diese denkwürdige Ratssitzung statt. Vorab haben die Oppositionsfraktionen immer gesagt: Leute, lasst uns zusammensetzen. - Deswegen werden wir, lieber Niklas, dieses Angebot sehr wohl wahrnehmen und aufgreifen, uns mit euch zusammen hinzusetzen, wie wir es jetzt auch schon gemacht haben. Aber Fakt war, dass ihr zu der Zeit diese Hilfe und diesen gemeinsamen Weg nicht wolltet. Obwohl es, wie gesagt, diesen Leitfaden schon gegeben hat, wart ihr noch davon überzeugt, dass es keinerlei Anlass gebe, an dem Verfahren dieser Dezernatsbesetzung irgendetwas zu ändern.

Am 22. September hat die Bezirksregierung dann das Auswahlverfahren von Herrn Charles für rechtswidrig erklärt. Zum Glück, muss man sagen, hat sie die Bestellung dennoch zugelassen.

Es gab dann im September einen Brief der Oberbürgermeisterin an die Bezirksregierung mit einer Nachfrage an das Ministerium. Nach unserer Auffassung kann man das Schreiben des Ministeriums auch nicht anders deuten, als dass am Ende der Bezirksregierung in ihrer Auffassung zugestimmt wird.

Zudem ist in der Zwischenzeit auch ein Urteil des OVG Münster erlassen, das so etwas von eindeutig und so etwas von klar ist. Da ist der Bewertungsspielraum auch sehr, sehr, sehr eng.

Heute haben wir das dritte Verfahren aufzuheben, weil die Oberbürgermeisterin angewiesen wurde,

diesen Beschluss zu beanstanden. Ich bin mir dessen bewusst, dass man in der Politik auch mal dicke Bretter bohren muss und auch mal für seine Überzeugung kämpfen muss und auch mal den Weg gehen muss, von dem man glaubt, dass er der richtige ist. Nach einem Jahr würde mir an der Stelle allerdings schon eher der Begriff „Beratungsresistenz“ einfallen.

Fakt ist - und das können wir leider nicht schönreden -: Wenn wir es nicht schaffen, innerhalb von einem Jahr ein Dezernat zu besetzen, ist das für diese Stadt leider ein peinlicher und auch ein beschämender Vorgang. Dieses Thema nimmt mittlerweile ein Ausmaß an, welches bereits jetzt dem Ansehen der Stadt leider einen großen Schaden zugefügt hat.

(Zuruf)

- Sekunde. - Und wir wollen alle gemeinsam für diese Stadt die besten Mitarbeiter, das beste Spitzenpersonal bekommen.

Nach diesem Jahr hat sich jetzt etwas geändert. Ihr als Bündnis seid nämlich auf uns zugegangen und habt gesagt: Leute, lasst uns gemeinsam überlegen, was wir tun. - Das ist ein großer Wandel. Nach diesen gescheiterten Verfahren begrüßen wir das und bedanken uns auch ausdrücklich für diesen Weg. So stellen wir uns eine gute zukünftige Zusammenarbeit vor.

Die Personalberater haben wir an der Stelle für das Verfahren ausgeschaltet, damit wir weniger Fehlerquellen haben.

Und um es sachpolitisch bitte auch einzuordnen: Die SPD-Fraktion ist weiterhin dagegen, dass in dieser Stadt für das so wichtige Thema Wohnen nun mittlerweile vier Dezernate zuständig sind. Wir brauchen dieses Dezernat nicht. Aber der Schaden für diese Stadt ist, wie ich eben dargelegt habe, zwischenzeitlich so groß geworden, dass es wichtig ist, dass es jetzt ein rechtssicheres Verfahren gibt, an dem wir uns als größte Oppositionsfraktion beteiligen, um weiteren Schaden von dieser Stadt abzuwenden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 61

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit Monaten diskutieren und streiten wir im Rat darüber, wie ein transparentes und regelkonformes Verfahren bei Dezernatsbesetzungen auszusehen hat. Nach nunmehr drei Verfahren und mehrere Kommunalaufsichtsbeschwerden später sind wir meines Erachtens ein Stück vorangekommen.

Die Antwort der Bezirksregierung hat einige Unklarheiten beseitigt. Das ist auch gut so. Einerseits sollte uns das nachdenklich machen. Andererseits können wir den Ausführungen der Bezirksregierung natürlich auch etwas Positives abgewinnen. Denn die Ausführungen der Bezirksregierung bedeuten eine Stärkung der Rechte der Ratsmitglieder und des Rates. Sie hat ganz klar festgestellt, dass den Ratsmitgliedern als Repräsentanten der Gemeindebevölkerung nicht nur das Recht zusteht, in den Gremien, denen sie angehören, abzustimmen, sondern auch das Recht, über den Abstimmungsgegenstand zu beraten. Und will man über einen Abstimmungsgegenstand beraten, braucht man natürlich die notwendigen Informationen, die in diesem Verfahren fehlen.

Das Informationsrecht dient nicht nur der Entscheidungsfindung, sondern auch dem Schutz etwaiger Minderheitenpositionen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es geht hier um nicht weniger als die Rechte jedes einzelnen Ratsmitgliedes. Das betrifft auch Sie alle, die Sie hier sitzen. Es geht auch um Ihre Rechte. Und es geht um den Rat als Herrn des Verfahrens.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine ausreichende Informationsgrundlage ist - so die Bezirksregierung - darüber hinaus Voraussetzung für eine effektive Mandatsausübung, also auch Ihre Mandatsausübung. Nur auf der Grundlage umfassender Informationen können die Ratsmitglieder ihrer Aufgabe, als Vertreter der Bürgerschaft Entscheidungen zum Wohl der Allgemeinheit zu treffen, gerecht werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Und dem müssen wir gerecht werden. Das ist unsere Aufgabe. Es ist die Mandatsausübung, zu sagen: Ich muss meiner Aufgabe gerecht werden. - Und das kann ich nur, wenn ich das Wissen habe, die Informationen habe und auch die Auskunftsrechte habe.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, geben wir uns also nicht damit zufrieden, lediglich Statisten im Verfahren zu sein, sondern nehmen die Aufgabe als Ratsmitglied zum Wohle der Allgemeinheit an. Jeder von uns ist hier gefragt.

Wir haben das immer wieder eingefordert - nicht um unser selbst willen, sondern, weil unsere organschaftlichen Rechte, die organschaftlichen Rechte von uns allen, nicht verhandelbar sind. Sie sind auch nicht unabdingbar - auch nicht im Verhältnis zu Personalberatungsunternehmen. Da stehen wir drüber. Wir als Ratsmitglieder haben diese Rechte. Da kann man nicht sagen: Die Personalberatungsunternehmen möchten die Namen geheim halten und möchten keine Auskunft geben. - Das verhält sich in Richtung der Ratsmitglieder nicht gut. Wir haben diese organschaftlichen Rechte. Sie müssen strikt beachtet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist daher die richtige Entscheidung, den Wahlbeschluss heute aufzuheben. Es ist auch richtig, ein neues Verfahren ohne Einschaltung eines Personalberatungsunternehmens aufzusetzen.

Richtig ist auch, vollständige Akteneinsicht zu gewähren. Lino Hammer hat ja gesagt: Liebe LINKE, ihr kriegt ja Akteneinsicht. - Das wissen wir sehr wohl, Lino. Wir haben den Antrag auch gelesen.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Ja, natürlich haben wir das gelesen. - Wir wussten auch vorher schon, dass das zum regelkonformen Verfahren definitiv dazugehört. Ihr hättet es auch nicht anders machen können.

Allerdings geht uns der Änderungsantrag von dem Bündnis, SPD und FDP nicht weit genug. Deshalb haben wir einen eigenen Antrag gestellt.

Meine Damen und Herren, es ist nicht hinzunehmen, dass die Bewerbungsfrist für ein neues Verfahren lediglich 14 Tage betragen soll. Wenn wir es heute hier im Rat mit einem neuen Verfahren ernst meinen, dann müssen wir eine deutlich längere Bewerbungsfrist von sechs Wochen einräumen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das war unser Vorschlag: eine Bewerbungsfrist von sechs Wochen.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 62

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Ich komme jetzt dazu. - Denn ich hoffe doch, dass Sie wirklich sehr gute und viele Bewerbungen wünschen. Man muss sich ja einmal ernsthaft die Frage stellen, ob 14 Tage angemessen sind. Menschen, die sich vorher beworben haben, werden sich auf diese Stelle mit Sicherheit nicht mehr bewerben. Das heißt: Andere Menschen müssen diese Ausschreibung gesehen haben, Interesse haben und die Bewerbungsunterlagen fertig gemacht haben.

Für jede andere Stelle, die nicht so hochkarätig ist wie die Dezernatsstelle, gibt es immer Fristen von vier Wochen. Hier bei der Dezernatsstelle sehen Sie aber 14 Tage vor. Das ist doch kaum zu glauben.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir sehen die Rolle der Oberbürgermeisterin lediglich darin, dieses Verfahren zu koordinieren, und nicht darin, es durchzuführen und selbst Vorschläge zu machen.

Insofern bleiben wir weiter konsequent und beantragen die Findungskommission aus der Mitte des Rates. Diese tagt nichtöffentlich. Das ist ja wichtig. Man kann, glaube ich, auch wenn es um die Geheimhaltungspflichten geht, das alles in einem solchen Verfahren entsprechend regeln.

Ich möchte noch auf eine Sache eingehen. Wir wissen natürlich, dass es hier ein Spannungsverhältnis zwischen der Wahrung der organschaftlichen Rechte jedes einzelnen Ratsmitgliedes und dem Wunsch der Bewerberinnen und Bewerber, im Verfahren geschützt zu werden, gibt. Deswegen sagen wir: Mit einer Findungskommission kann man dieses Spannungsverhältnis auflösen. Das böte die größte Transparenz. Deswegen möchten wir sie schon in diesem Verfahren beantragen und wünschen uns ein solches Vorgehen.

Für die zukünftigen Verfahren muss man das tatsächlich auf jeden Fall diskutieren und als eine Möglichkeit annehmen. Denn viele Kommunen machen uns das schon vor.

Weiterhin geht es natürlich um die Informations-, Mitwirkungs- und Akteneinsichtsrechte. Diese müssen strikt beachtet werden.

Bereits heute möchten wir für zukünftige Verfahren - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek, es tut mir furchtbar leid. Ich habe bei jedem jetzt eine Minute Redezeit zugegeben. Bei Ihnen ist die Redezeit lange abgelaufen. Es tut mir leid, Sie ausgerechnet an dieser Stelle unterbrechen zu müssen.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Gut. Ich möchte noch eine Sache sagen, Frau Reker; damit beende ich meine Rede dann.

Wenn hier davon gesprochen wird, dass die Bezirksregierung andere Maßstäbe an Köln stellt, muss ich das wirklich zurückweisen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das würde ja bedeuten, dass die Bezirksregierung in Köln Kommunalaufsichtsbeschwerden viel strenger prüft, als sie es bei anderen Kommunen macht. Und das kann man der Bezirksregierung, glaube ich, definitiv nicht vorwerfen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat jetzt das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Dann wollen wir nach der letzten Rede mal wieder auf den Boden der Tatsachen zurückkehren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Was die Geschichte der Regierungspräsidenten angeht, denke ich an einen Herrn A. Sein Verhältnis zu Köln war besonders speziell. Es entsprach nicht dem Verhältnis von Herrn Antwerpes zu anderen Kommunen in seinem Regierungsbezirk. So viel einmal dazu, wie Regierungspräsidenten sich die Städte und Kommunen genauer anschauen.

(Zurufe von der SPD)

Daran kann sich die SPD vielleicht noch erinnern; denn ihr habt euch ja auch sehr an dem Herrn gerieben.

(Zuruf von der SPD: Wie lange ist er denn schon in Rente?)

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 63

- Ja, das ist wohl wahr; er ist in Rente. Heute haben wir dort eine Dame. Ich frage jetzt nicht nach ihrem Parteibuch.

Meine Damen und Herren, kommen wir mal wieder zu den Tatsachen. Es ist vollkommen richtig, dass wir uns bei der Dezernatsneuordnung nicht beteiligt haben. Es ist auch richtig, dass wir uns bei den Wahlen anders ausgesprochen haben.

Aber wir können in Köln als größter Stadt von NRW nicht dieses Bild zeigen, dass wir es nicht hinbekommen, hier eine richtige Dezernenten- oder Beigeordnetenwahl abzuhalten. Und das kann passieren. Es darf nach unserer Meinung aber nicht passieren. Darum haben wir gesagt: Wir beteiligen uns jetzt daran, dieses Verfahren hier aufzusetzen, um das zu heilen und zu zeigen, dass es funktioniert.

Uns war sehr wichtig, dass wir nicht nur den Antrag und den Ausschreibungstext, sondern auch die Matrix mit öffentlich gemacht haben, weil wir hier ein ganz klares, transparentes Verfahren haben wollen. Das ist auch wichtig, glaube ich. Schauen wir einmal, ob wir das in der Form hinbekommen.

Ich gehe davon aus, dass der Ausschreibungstext nicht noch einmal geändert wird, nachdem wir das hier gleich verabschiedet haben. Davon gehe ich jetzt einmal aus. Das muss ich hier eindeutig sagen. So etwas hatten wir ja auch. Wenn wir so ein Verfahren aufsetzen, möchte ich aber, dass es dann auch wirklich regelkonform abläuft und entsprechend deutlich wird.

Ich bin auch der Meinung, dass wir dieses Verfahren abkürzen können. Denn den möglichen Bewerberinnen und Bewerbern ist das bekannt, glaube ich. Insofern werden zwei Wochen reichen, um eine Bewerbung aufzusetzen.

Ich hoffe, dass wir das Verfahren dann noch vor den Sommerferien abgeschlossen haben werden. Die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht, dass wir uns mit uns selbst beschäftigen. Sie wollen einfach Lösungen haben. Die Bürgerinnen und Bürger interessieren auch nicht die Gründe oder, ob wir mit Organen reden, oder sonst irgendetwas. Sie wollen einfach, dass wir das hinbekommen.

Das ist auch der Grund, warum wir mitmachen. Denn wir wollen Schaden von dieser Stadt abwenden und zeigen: Köln kann das.

(Zurufe von Jörg Detjen [DIE LINKE] und Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- Danke schön. Ich freue mich ja immer auf Zwischenrufe von Herrn Detjen. Leider sind Sie so weit entfernt. Früher saßen Sie weiter hier vorne. Da war das schöner. Da war das wirklich schöner.

Jetzt haben Sie mich aber auch noch an einen Punkt erinnert. Auch wir können uns eine Findungskommission vorstellen. Allerdings haben Sie dann wieder so geschwurbelt geschrieben. Das können Sie viel besser und direkter. Wir sind dagegen, dass wir plötzlich anfangen, noch die alten Beigeordnetenverfahren zu analysieren. Wir sind doch kein Seminar, Herr Weisenstein. Das können Sie besser formulieren. Darum werden wir dem nicht zustimmen.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- Nein, Herr Weisenstein, da machen wir nicht mit.

(Weiterer Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- Nein, da machen wir, auch wenn Sie Ihre Maske herunterziehen, so nicht mit. Sie wissen, dass auch wir eine Findungskommission haben wollen. Wir können gemeinsam beraten, wie das dann aussehen kann. Aber wir wollen hier nicht noch einmal in eine Aufarbeitung der Geschichte gehen. Das ist schon raffiniert gemacht. Aber es hat mit der Richtung, in die wir für die Zukunft gehen wollen, um die nächsten Beigeordnetenwahlen richtig hinzubekommen, nichts zu tun. Darum können wir diesen Vorschlag so nicht annehmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Sehr geehrte Zuschauer*innen hier im Saal und hoffentlich auch noch an den Bildschirmen! Selbstverständlich möchten wir die wichtigste Position in der Stadtspitze schnellstmöglich besetzen. Das haben meine Vorredner*innen schon ausführlich beschrieben. Es muss natürlich rechtssicher sein. Aus meiner Sicht waren das die

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 64

anderen Verfahren auch. Aber bei diesem gemeinsamen Antrag halten wir uns ganz streng an die Kritik der Bezirksregierung Köln.

Wir von Volt haben noch nicht so viel Erfahrung mit den Besetzungen der Dezernate und haben daher immer gerne den Erfahrungen anderer mit den Besetzungen gelauscht, letztens auch den Ausführungen hier im Rat von dir, lieber Herr Breite, zum Thema Dezernatsbesetzung. Das fand ich sehr interessant.

Heute beschließen wir mit dem Änderungsantrag aus unserer Sicht schon ein wirklich sehr transparentes Verfahren.

Grundsätzlich wünschen wir uns auch ein anderes möglichst transparentes Verfahren, das gleichzeitig die Anonymität der Bewerber*innen und/oder Interessent*innen schützt.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

- Danke schön. - Und bei dem letzten Punkt haben wir größte Sorge, wenn alle demokratischen Fraktionen beteiligt sind, auch wenn das aus unserer Idealvorstellung heraus so sein sollte.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

- Danke. - Sicherlich haben ja einige von euch auch Hypothesen, weshalb diese Sorge in dieser Stadt so berechtigt ist, während es in anderen Städten aber irgendwie klappt.

Für die Zukunft erwarten wir daher klare Vorgaben des Kommunalministeriums. Denn wir finden es sehr irritierend, dass in NRW unterschiedliche Verfahren gängig sind. Das passt nicht so richtig.

Ich bin gerade sehr glücklich darüber, dass wir jetzt eine breit getragene Lösung gefunden haben, und bedanke mich.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der AfD das Wort gewünscht? - Bitte sehr, Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Danke schön, Frau Oberbürgermeisterin. Ich erspare mir den Weg nach vorne. - Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Zuschauer an den Geräten!

Das gesamte Verfahren ist eine Peinlichkeit: schwarzer Klüngel, roter Klügel überall; Hin-und-her-Gekungele bei Personen; dann das Parteilbuch der Regierungspräsidentin. Man kann nur eines sagen: ein Trauerspiel für Köln.

Es wäre besser gewesen, wir hätten diese Dezerntenstelle gar nicht erst geschaffen. Das hätte den Steuerzahler gefreut. Ich will auch lieber nicht wissen, wie hoch die Kosten für den Personalberater waren.

In dieser Sache leiden also zwei Leute oder Institutionen: die Stadt, nämlich die Reputation unserer Stadt, und der Steuerzahler.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der FRAKTION das Wort gewünscht? - Nein. Von Frau Gabrysch? - Auch nicht. Von Herrn Zimmermann? - Nein.

Dann können wir jetzt abstimmen. - Herr Weisenstein meldet sich zur Geschäftsordnung. Bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich möchte beantragen, dass über die ursprüngliche Vorlage punktweise abgestimmt wird. Der Einfachheit halber können wir in der getrennten Abstimmung gerne Punkt 1, Punkt 2 und den ersten Spiegelstrich unter Punkt 3 gemeinsam aufrufen.

Wir werden ja gleich eine geänderte Vorlage haben. Dann haben wir dort den Punkt 1 mit der Überschrift „Kommunalaufsichtliche Weisung und Beanstandung“, den Punkt 2 mit der Überschrift „Aufhebung des Ratsbeschlusses“ und den Punkt 3, der in mehrere Spiegelstriche unterteilt ist. Den ersten Spiegelstrich - ich nenne ihn jetzt einmal hilfsweise 3 a), obwohl das a) hier nicht steht; das muss man sich denken - können wir bitte im Block mit den Punkten 1 und 2 abstimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich hoffe, dass wir das dann hinkriegen. Sonst melden Sie sich noch einmal.

Ich lasse jetzt aber erst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion Die FRAKTION und von Ratsmitglied Gabrysch abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 65

bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Frau Gabrysch und die Fraktion Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag von Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt abstimmen, und zwar punktweise.

(Zurufe: Nein!)

- Insgesamt. Ja, über den Änderungsantrag insgesamt. Punktweise soll über die Vorlage abgestimmt werden.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ja!)

Dann stimmen wir über diesen Änderungsantrag ab. Gibt es Gegenstimmen? - Von der LINKEN und der AfD. Enthaltungen? - Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und Die FRAKTION enthalten sich. Dann ist dieser Antrag so beschlossen.

Jetzt lasse ich über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen, und zwar zuerst über - - Herr Weisenstein, erläutern Sie es bitte noch einmal.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich möchte darum bitten, dass über die Punkte 1 und 2 und den ersten Spiegelstrich von Punkt 3 gemeinsam abgestimmt wird und dann über den Rest von Punkt 3.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. In der ersten Abstimmung geht es also um die Beschlusspunkte 1 und 2 inklusive des ersten Spiegelstriches von Beschlusspunkt 3.

Wer dem zuzustimmen wünscht - -

(Zurufe)

- Gut. Dann lese ich den ersten Spiegelstrich unter Beschlusspunkt 3 noch einmal vor:

das aufgrund des Ratsbeschlusses vom 16. September 2021 eingeleitete Verfahren zur Besetzung der Stelle der*des Beigeordneten für das Dezernat XI - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales - zu beenden

Das ist der Text des Ratsbeschlusses.

Wer stimmt dagegen, diese drei Punkte, also Beschlusspunkt 1, Beschlusspunkt 2 und erster Spiegelstrich des Beschlusspunktes 3, zu beschließen? - Gegenstimmen der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Nun komme ich zur weiteren Abstimmung. Abzustimmen ist nur noch über den zweiten Spiegelstrich „das weitere Verfahren festzulegen“ in der geänderten Fassung. Gibt es Gegenstimmen? - Der LINKEN und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Frau Gabrysch, Herrn Zimmermann und der FRAKTION. Dann ist auch das so beschlossen.

Jetzt gibt es eine Gesamtabstimmung über die durch den beschlossenen Änderungsantrag geänderte Fassung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und Volt. Enthaltungen? - Die FRAKTION, Frau Gabrysch und Herr Zimmermann enthalten sich. Gegenstimmen? - Die AfD-Fraktion und DIE LINKE sind dagegen. Ansonsten ist der Vorlage in der geänderten Fassung zugestimmt worden. Damit ist das jetzt so beschlossen worden. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Tagesordnungspunkt

10.19 polisMOBILITY 2022 Bedarfsfeststellung 0728/2022

Meine Damen und Herren, ich frage nach Wortmeldungen. Gibt es zu TOP 10.19 Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.20 Leitlinien zum Klimaschutz in der Umsetzung nicht-städtischer Neubauvorhaben in Köln 4286/2021

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0611/2022**

Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 66**AN/0624/2022**

Als Erstes gebe ich Frau Abé das Wort.

Denise Abé (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen, wenn sie denn noch da sind! Ich knüpfe nahtlos an meine Rede und meinen Dank von eben an. Das hier ist ein weiterer Schritt auf dem Weg in Richtung Klimaneutralität und Resultat unserer bisherigen Beschlüsse und Konzepte. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit möchte ich mich kurzhalten.

Köln ist eine wachsende Stadt. Die Nachfrage nach mehr Wohnraum, verbunden mit der entsprechenden Diskussion, ist ungebrochen.

Gleichzeitig haben wir den Klimanotstand beschlossen und wollen bis 2035 klimaneutral sein. Das schaffen wir nur, wenn wir bei den Verfahren für Neubauvorhaben Leitlinien vorgeben. Die Belange des Klimaschutzes müssen schon frühzeitig in Planungsvorhaben Berücksichtigung finden. In Köln darf kein Haus mehr entstehen, das nicht nachhaltig, klimafreundlich, energieeffizient und mit einer Solaranlage ausgestattet ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Mit dieser Vorlage geben wir die kommunalpolitisch möglichen Rahmenbedingungen vor. KfW-Effizienzstandards und der Einsatz von Photovoltaik werden zur Pflicht. Ebenso werden unter anderem Begrünung und klimaneutrale Mobilität mitgedacht. Das sind wichtige und längst überfällige Vorgaben für das Erreichen unserer Klimaziele.

Dem Änderungsantrag der LINKEN können wir leider nicht zustimmen. Insbesondere zu Punkt 3 möchte ich Stellung nehmen. Auf Seite 4 der Leitlinien steht, dass Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung parallel in Arbeit sind und in ein gemeinsames Leitlinien-Dokument münden werden. Daher hat sich das für mich erledigt.

Den Änderungsantrag der FRAKTION finden wir in der Sache richtig. Wie uns von der Verwaltung mitgeteilt wurde, wird das aber bereits berücksichtigt. Da ist also etwas in Arbeit. In Anbetracht nicht einheitlicher Bilanzierungsverfahren würde es das Ganze momentan auch etwas überlasten. Daher können wir dem, obwohl wir das richtig finden, auch nicht zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gerade in dieser Zeit der Krise für mehr Klimaschutz weitermachen. Daher bitte ich, dem einstimmigen Beschluss des Ausschusses zu folgen und der Vorlage zuzustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch einen herzlichen Gruß in den Livestream! Die Leitlinien zum Klimaschutz in der Umsetzung nicht-städtischer Neubauvorhaben in Köln sind ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität 2035. Sie führen dazu, dass der Klimaschutz bei der Umsetzung nicht-städtischer Neubauvorhaben verbindlich von Anfang an berücksichtigt wird und mitgeplant wird.

Die verbindlichen Anforderungen, die hier definiert werden, beziehen sich vor allem auf die energetische Gestaltung der Gebäude sowie die Energieversorgung. Es geht zum einen darum, von Anfang an energieeffizient zu bauen, und zum anderen darum, den verbleibenden Energiebedarf dann möglichst effizient und aus lokaler Energie, und zwar erneuerbarer Energie, zu decken.

Eine wichtige Maßnahme, die ich hier noch einmal herausgreifen möchte, ist die Pflicht, eine Photovoltaikanlage zu errichten. Wir haben von der Verwaltung den Vorschlag bekommen, das Ganze auf 1 Kilowatt_{peak} auszurichten. Im Änderungsantrag werden 2 Kilowatt_{peak} gefordert. Uns hat das überzeugt, was die Verwaltung vorgestellt hat: dass es darum geht, überhaupt erst einmal die Photovoltaikanlage zu errichten, und dass es Erfahrungen aus anderen Städten gibt, wo das gut funktioniert. Daher möchten wir bei 1 Kilowatt_{peak} bleiben.

Man sieht hier auch das Zusammenspiel mit der vorhin beschlossenen Förderrichtlinie. Wir definieren einerseits Anforderungen, sind aber auch bereit, das Ganze zu fördern und Geld in die Hand zu nehmen. Das zeigt auch, dass wir bei dem Klimaschutz und dem Erreichen des Klimaziels 2035 wirklich sehr planvoll vorgehen.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 67

Die verbindlichen Anforderungen sind durchaus anspruchsvoll. Daher möchte ich auf ein Ziel hinweisen, auf das wir schon bei der Beschlussfassung zum Mediationsverfahren zwischen Klimawende und RheinEnergie aufmerksam gemacht haben: Wir möchten Klimaschutz genauso vorantreiben wie Wohnungsbau.

Die Verwaltung hat in ihrer Stellungnahme erläutert, dass die vorliegenden Leitlinien zumindest mit dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen in Einklang stehen. Aber auch sie weist im letzten Satz auf Folgendes hin:

Dabei ist im Sinne einer integrierten Herangehensweise darauf zu achten, wie Zielkonflikte bspw. zu sozialer Zielsetzung und Klimaschutz aufgelöst werden können.

Wir bitten die Verwaltung, diesen Ausgleich wirklich im Blick zu halten. Denn gestern ist im Sozialausschuss bereits ein mögliches Problem benannt worden. Wenn sich nämlich Baukosten aufgrund der geforderten Klimastandards erhöhen, was natürlich auch noch nicht sicher ist, kann dies im Bereich der sozialen Infrastruktur, zum Beispiel bei Pflegeeinrichtungen, dazu führen, dass die von den Zuwendungsgebern definierten Refinanzierungsobergrenzen überschritten werden.

Sollten sich dann solche Entwicklungen abzeichnen, müssen wir darauf reagieren. Es ist auch der Vorteil dieser Leitlinien, dass sie sowieso modular aufgebaut ist und eigentlich auch klar ist, dass wir sie gegebenenfalls fortschreiben müssen.

Es gibt in der Energie-Leitlinie, die wir insgesamt für sehr sinnvoll und auch zielführend halten, einen Aspekt, bei dem wir uns noch eine Klarstellung wünschen. Im Abschnitt 3.3.2 „Anforderungen an den Gebäudeeffizienzstandard“ ist die Regelung so formuliert, dass Fernwärme erst dann zum Einsatz kommen kann, wenn nachgewiesen wurde, dass das Haus nicht im KfW40-EE-Standard errichtet werden kann. Wir sind der Meinung, dass ein effizientes Fernwärmenetz, wie es im Neubau errichtet wird, auch dem Klimaschutz dient.

Außerdem ist im Eckpunktepapier zum Mediationsverfahren zwischen Klimawende und RheinEnergie verabredet worden, dass die Fernwärme spätestens 2035 klimaneutral ist. Die Umstellung

beginnt aber schon wesentlich früher. Die RheinEnergie plant ja die Errichtung einer Großwärmepumpe.

Und schließlich profitiert auch der Altbestand davon, wenn im Neubau weitere Erschließungen für Fernwärme stattfinden, weil man dann den Altbestand auch noch anschließen kann.

Daher beantrage ich im Namen der Fraktionen von Grünen, CDU und Volt sowie von SPD und FDP jetzt folgende Änderung: Im Abschnitt 3.3.2 wird der zweite Absatz folgendermaßen geändert:

Als Alternative zur EE-Klasse kann das Gebäude als KfW-Effizienzhaus 40 oder in einem darüber hinausgehenden Standard mit Anschluss an die Fernwärme erstellt werden. Die Gründe hierfür sind prüfbar darzulegen.

Ich möchte mich an dieser Stelle auch für die Zusammenarbeit bei der Entwicklung dieses Änderungsantrages bedanken. Das haben wir am Ende, glaube ich, zu einem guten Abschluss gebracht. Ich freue mich dann über die Zustimmung.
- Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der SPD das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann spricht jetzt Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was für die Gebäudesanierung gilt, muss natürlich und erst recht für die Neubauten gelten. Auch hier werden uns bald auf der Bundesebene neue Leitlinien vorgelegt, die in unsere Leitlinien vor Ort einfließen müssen. In unserem Änderungsantrag, den wir Ihnen hier vorlegen, zeigen wir erste Schritte auf, wie diese neuen Leitlinien des Bundes eingearbeitet werden können.

Erstens. Die unverbindlichen Empfehlungen bringen uns nicht weiter. Wenn wir die gesteckten Ziele erreichen wollen, brauchen wir nicht Empfehlungen, sondern verbindliche Anforderungen.

Zweitens. Die in der Vorlage geforderten 1 Kilowatt_{peak} pro Gebäude können schon mit 7 Quadratmetern erreicht werden. Frau Aengenvoort, ich

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 68

weiß nicht, warum man hier so bescheiden auftritt und nicht die 2 Kilowatt_{peak} mit in den Beschlusstext aufnimmt. Wenn man das einmal durchrechnet, wird man ja sehen, dass man schon mit 28 Quadratmetern diese 2 Kilowatt_{peak} erreichen würde. Und es wird wohl nur wenige hier infrage kommende Dächer geben, die kleiner als 28 Quadratmeter sind. Daher macht es keinen Sinn, hier nur auf 1 Kilowatt_{peak} zu schießen. Ich möchte Sie bitten, noch einmal darüber nachzudenken, ob Sie nicht wenigstens dieses Ziel aus unserem Änderungsantrag mit in die Vorlage übernehmen wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Abé, Sie haben gesagt, dass die Zusammenführung kommt. Aber das ist doch sehr unkonkret. Daher möchte ich auch darum bitten, sich unseren Punkt 3 noch einmal genau anzugucken. Denn darin wird ganz genau und ganz konkret gefordert, dass die Leitlinien zusammengeführt werden, und zwar nicht irgendwann, sondern dass das jetzt sehr schnell geschieht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen ein Stadtentwicklungskonzept Klimaschutz. Da sind andere Städte leider viel weiter - also aus unserer Sicht leider; für die anderen Städte ist das natürlich gut. Genauso, wie wir ein Stadtentwicklungskonzept Wohnen haben, brauchen wir auch ein abgestimmtes querschnittsmäßiges Klimaschutzkonzept für diese Stadt.

Warum die in unserem Antrag stehenden Punkte wie zum Beispiel die Dachbegrünung und die Zisternen hier nicht übernommen werden, erschließt sich uns nicht. Das sind doch Dinge, meine Damen und Herren, die wir jetzt sofort umsetzen müssen. Wir dürfen sie nicht auf einen Zeitraum verschieben, der für uns alle viel zu weit hinten liegt. Schließlich wissen wir, dass die Bemühungen um den Schutz des Klimas und das Aufhalten der Klimakatastrophe keinen Aufschub mehr dulden.

(Beifall von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Meine Damen und Herren, wir müssen beim Planen und beim Bauen nicht nur darauf achten, wie wir die Energieversorgung organisieren, sondern natürlich auch sicherstellen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt in langen und extremen Hitzeperioden gut geschützt werden.

Deswegen brauchen wir ein Stadtentwicklungskonzept zum Klimawandel.

Ich bedanke mich und bitte Sie noch einmal, zumindest den Punkt mit den 2 Kilowatt_{peak} in die Vorlage aufzunehmen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Voll): Sehr geehrte Frau Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Saal! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer - ich bin mal ganz optimistisch - zu Hause! Ich freue mich sehr darüber, dass ich heute zweimal hier vorne stehe und zum Thema Klimaschutz sprechen kann, um zwei wichtige Meilensteine voranzubringen.

Neben der Förderrichtlinie ist auch dieser zweite zentrale Baustein, den wir heute mit den Leitlinien zum Vorgehen bei Energie in Gebäuden beim Neubau verabschieden, ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität 2035.

Wie auch beim vorherigen Antrag ist uns wieder Pragmatismus in der Umsetzung sehr wichtig. Denn wir wollen hier schnell vorankommen und nicht Dinge unnötig vor uns herschieben. Das heißt: Wir bauen wieder keine eigene, komplett eigenständige Systematik auf, sondern richten uns auch hier an bestehenden Förderrichtlinien aus. Wir lassen unsere Leitlinien sich daran orientieren, weil wir den genauso wichtigen Wohnungsbau nicht ausbremsen wollen.

Frau Aengenvoorts mündlich vorgetragenen Änderungsantrag unterstützen wir; das hat sie auch schon gesagt. Mit der von ihr vorgeschlagenen unkomplizierten Umstellung der Sätze innerhalb der Leitlinie stellen wir sicher, dass Fernwärme weiterhin als Möglichkeit besteht, was wiederum aus Klimagesichtspunkten sehr effizient geschehen soll. Das ist uns ganz wichtig. Deswegen erfolgt da auch weiterhin eine Prüfung.

Ich bin davon überzeugt, dass auch die Ursprungsvorlage dieser effizienten Wärmebereitstellung in neuen Quartieren nicht im Weg gestanden hätte. Hier wird das allerdings noch etwas

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 69

deutlicher gemacht. Der RheinEnergie, die sich in den letzten Wochen mit ihren Sorgen an die Politik gewandt hat, ist diese Sorge, dass Fernwärme keine Unterstützung aus unseren Reihen hätte, jetzt hoffentlich genommen.

Gleichzeitig appelliere ich hier noch einmal an die RheinEnergie, dass uns Fernwärme aber auch nur dann in Sachen Klimaschutz voranbringt, wenn sie in den nächsten Jahren auch konsequent auf erneuerbare Energien umgestellt wird,

(Beifall bei Volt und bei Teilen der CDU)

auch wenn ich weiß, mit welchen technischen Herausforderungen das verbunden ist.

Nun noch kurz zu den Änderungsanträgen: Zum Punkt 1 des Antrags der LINKEN möchte ich aus den Leitlinien zitieren:

Für Baugenehmigungsverfahren nach § 34 sowie § 35 BauGB sowie bei bereits rechtsverbindlichen Bebauungsplänen gemäß § 30 BauGB haben die Leitlinien empfehlenden Charakter.

Das BauGB können wir hier nach meinem Verständnis nicht ändern. Aber die Verwaltung kann uns als Rat B-Pläne zum Beschluss vorlegen und Genehmigungen aussprechen. Das ist bezüglich dieses Punktes unser Mittel der Wahl.

Den Punkt 2 hätte ich sehr gerne mit Ihnen im Umweltausschuss diskutiert. Da waren wir aber anscheinend leider noch nicht so weit. Beides, sowohl 2 Kilowattpeak als auch 1 Kilowattpeak, ist wirklich wenig. Auf ein Dach einer Doppelhaushälfte passen 10 oder 12 Kilowattpeak. Aber darum geht es hier doch nicht. Wenn wir die Menschen verpflichten, bei Neubauten 1 Kilowattpeak auf dem Dach zu haben, ist das Wichtigste geschafft, nämlich der Aufwand, die ganze Anschlussleistung vorzunehmen. Und dann baut niemand 1 Kilowattpeak und auch niemand 2 Kilowattpeak; dann wird automatisch mehr gebaut. Das heißt: Wir verlieren uns hier im Detail. Das brauchen wir doch nicht. Dafür ist dieses Thema viel zu wichtig.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Zum Punkt 3: Diese Leitlinien sind ein erster Schritt. Darauf wurde bei der Vorstellung in den Fachausschüssen auch immer wieder hingewiesen. Das ist nicht ein finales Konzept, dem wir die

nächsten fünf Jahre folgen, sondern ein Baustein von vielen. Es liegt in der Natur der Sache, dass das weiterentwickelt wird. Wir brauchen hier also nicht noch einmal Anregungen zu geben, sondern sollten dem strukturierten Prozess folgen, der damit vorgelegt wird, und das dann in den Fachgremien diskutieren.

Letzter Punkt zum Thema Fachgremien - meine Redezeit ist auch schon abgelaufen -: LCAs, also Lebenszyklusanalysen, finde ich eine ganz spannende Sache. Das ist unfassbar komplex. Wir können es gerne im Fachausschuss diskutieren. Zum jetzigen Zeitpunkt halte ich das nicht für sinnvoll, auch wenn die Idee, dass das mitbetrachtet werden muss, natürlich vollkommen richtig ist. Von mir aus können wir uns sehr gerne an anderer Stelle damit beschäftigen und es im Fachausschuss diskutieren. Darauf freue ich mich. Aber heute findet das nicht unsere Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der AfD das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann hat Frau Syndicus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Danke an die Verwaltung und an den Klimarat für die Ausarbeitung der Leitlinien. Die Erhöhung des Standards ist absolut sinnvoll. Wir sollten jedoch Bauherr*innen und Architekt*innen die Option unseres Änderungsantrags ermöglichen.

In der Gesamtbetrachtung können KfW40-Gebäude weniger klimafreundlich sein als Gebäude, die im Betrieb mehr klimaneutrale Energie verbrauchen und in Bau und Recycling nachhaltig optimiert sind. Passivhäuser verlangen aufwendige Herstellung von Dämmmaterialien und sind in der Technik sowohl störanfällig als auch sehr menschenabhängig. Oft werden also die Verbrauchswerte, die auf dem Papier stehen, im echten Leben nicht erreicht.

Nachhaltigkeit ist nur gegeben, wenn wir alle Emissionen berücksichtigen. Auch hier setzt die Kreislaufwirtschaft an. Denn es geht nicht nur um den Ausstoß, den wir auf städtischem Boden verursachen. Wir tragen auch immer Verantwortung

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 70

für die Emissionen, die außerhalb der Stadtgrenzen erzeugt werden.

Wir werden dem Antrag dennoch zustimmen, freuen uns aber natürlich auch, wenn Sie dies bei unserem Änderungsantrag tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabrysch das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank. - Ich mache es wieder kurz. Auch ich bedanke mich im Namen der KLIMA FREUNDE für die Ausarbeitungen. Auch wir freuen uns natürlich darüber, dass damit ein weiterer wichtiger Schritt gegangen wird, auch wenn das, wie ja schon oft gesagt wurde, nur der Anfang sein kann.

Auch ich stehe jetzt zum zweiten Mal hier und sage das Gleiche wie vorhin. Auch in diesem Fall sind aus Sicht der KLIMA FREUNDE die Vorschläge der LINKEN grüner. Deswegen werden die KLIMA FREUNDE dem Antrag der LINKEN zustimmen - und übrigens auch dem Antrag der FRAKTION. Daher geht auch in diese beiden Richtungen ein Dank für die weitere Ausarbeitung und die Verbesserungsvorschläge.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Es gibt doch noch einen Änderungsantrag von CDU, Grünen, Volt und, glaube ich, auch SPD und FDP.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist der mündliche Änderungsantrag, ja.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Er liegt also nicht schriftlich vor?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich kann ihn gerne noch einmal vorlesen.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Das wäre super.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Natürlich. Das mache ich, wenn ich darüber abstimmen lasse. Bei der Abstimmung beginne ich aber zunächst mit Ihrem Änderungsantrag, Herr Weisenstein. Ich lasse also zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen, dann über den Änderungsantrag der FRAKTION, danach über den mündlichen Änderungsantrag und erst dann über die Vorlage.

Wer dem Änderungsantrag der LINKEN zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Frau Gabrysch und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der FRAKTION abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Die FRAKTION, Frau Gabrysch und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Nun lasse ich über den mündlichen Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt abstimmen. Er lautet wie folgt:

Der zweite Absatz wird folgendermaßen geändert:

Als Alternative zur EE-Klasse kann das Gebäude als KfW-Effizienzhaus 40 oder in einem darüber hinausgehenden Standard mit Anschluss an die Fernwärme erstellt werden. Die Gründe hierfür sind prüfbar darzulegen.

(Ulrich Breite [FDP]: Mit wenig Bürokratie!)

- Das versuchen wir ja immer mit wenig Bürokratie.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Gibt es Gegenstimmen gegen den Änderungsantrag? - Die AfD-Fraktion stimmt dagegen. Gibt es

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 71

Enthaltungen? - Es enthält sich die Fraktion DIE LINKE. Weitere Enthaltungen sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt lasse ich über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die FDP-Fraktion. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Tagesordnungspunkt

10.21 Römisch-Germanisches Museum - Bauentschluss für vorgezogene notwendige Sanierung der Abdichtung über Dombauhütte und Trafo 0244/2022

Ich habe eine Wortmeldung auf der Liste stehen, und zwar von Herrn Wortmann. Gibt es darüber hinaus Wortmeldungen der größeren Fraktionen? - Das ist nicht der Fall. Herr Wortmann, dann haben Sie das Wort.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir enthalten uns, weil meines Wissens bisher nicht geklärt ist, welchen Anteil dieser Kosten der Hohe Dom übernimmt. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der FRAKTION. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Wir kommen jetzt zu:

17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

17.1 Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Porz Mitte Hier: Ernennung Mitglieder für den Beirat Porz Mitte 0368/2022

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.3 Benennung von Delegierten und Gästen für die Mitgliederversammlung des Städtetages NRW am 1./2. Juni 2022 in Essen 0473/2022

Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Vielen Dank fürs erteilte Wort. - Frau Oberbürgermeisterin, wir haben am Montag dazu geheime Wahl beantragt, die wir gern durchführen lassen würden. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das wurde angekündigt; das ist richtig. Aber beantragen tun Sie es jetzt.

(Matthias Büschges [AfD] nickt)

- Gut.

Meine Damen und Herren, Sie haben es gehört: Die AfD-Fraktion hat für die Benennung der acht stimmberechtigten Delegierten geheime Wahl beantragt.

Bevor wir in den Wahlakt eintreten, möchte ich Sie auf Folgendes hinweisen - es passiert ja leider immer wieder, dass das schiefeht -: Machen Sie Ihre Wahlentscheidung bitte eindeutig durch ein Kreuz deutlich. Stimmzettel, die Zusätze oder mehr als ein Kreuz enthalten, sind ungültig. Ungültige Stimmen und Stimmenthaltungen zählen bei der Berechnung nicht mit.

Es gibt folgende Wahlvorschläge:

Liste 1 - gemeinsame Liste der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, LINKE und FDP - : Christiane Martin, Bürgermeisterin Brigitta von Bülow, Bernd Petelkau, Florian Weber, Lisa Steinmann, Bürgermeister Dr. Ralf Heinen, Jörg Detjen und Christraut Kirchmeyer.

Liste 2 - Liste der AfD -: Christer Cremer.

Es sind zwei Wahlkabinen für die Abstimmung vorbereitet, weil es ja, wie gesagt, angezeigt war. Die Wahlzettel werden vor den Kabinen ausgeteilt.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 72

Gibt es Ihrerseits noch Nachfragen oder Anmerkungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, die sich hoffentlich noch erinnern, dass sie eben genannt wurden, jetzt zur Wahlurne zu gehen, diese zu überprüfen und mir ein Signal zu geben, wenn sie damit fertig sind. - Ich nenne noch einmal die Namen der Stimmzählerinnen und Stimmzähler: Herr Schwanitz, Herr Weber und Frau Ruffen. - Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, bitte schenken Sie mir noch einen kleinen Moment Ihre Aufmerksamkeit. Da Herr Weber selber zur Wahl steht, halten wir es für angezeigt, dass stattdessen Herr Dr. Schlieben auszählt. Ich hoffe, dass das Ihre Unterstützung findet.

(Beifall)

- Danke sehr.

Frau Escher, beginnen Sie bitte mit dem Aufruf der Ratsmitglieder? - Danke sehr.

(Der Namensaufruf, die Stimmabgabe und die Auszählung erfolgen)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. Das Wahlergebnis steht fest.

Abgegeben wurden 74 Stimmen. Darunter war eine Enthaltung. Auf Liste 1 entfielen 69 Stimmen. Auf Liste 2 entfielen vier Stimmen. Es ist also die eben von mir als Liste 1 vorgetragene gemeinsame Liste gewählt. Ich glaube, dass ich die acht Namen jetzt nicht noch einmal wiederholen muss.

Ich würde gerne noch über die Entsendung von Gästen ohne Stimmrecht beschließen lassen.

Vorgeschlagen sind Herr Jeschka von Volt, Herr Boyens von der AfD und Frau Dickas von der FRAKTION. - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage Einzelabstimmung über die Gäste.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz, jetzt bin ich ja vorsichtig geworden. Ich kann

nichts zur Rechtssicherheit dieses Beschlusses sagen, weil es dann vielleicht Minderheitsrechte gibt. Dass Personen möglicherweise niemals mit einer Mehrheit dort hineinkämen, finde ich auch schwierig. Wir können das jetzt so machen. Aber vielleicht muss ich es hinterher beanstanden. Das ist ein Gaststatus. Ich muss das ehrlich zugeben. Daran habe ich nicht gedacht. Das haben wir nicht geprüft. Wenn eine solche Wahlentscheidung dann mit Mehrheit getroffen wird, halte ich das gefühlsmäßig für schwierig.

Halten Sie an Ihrem Antrag fest, Herr Kienitz?

(Niklas Kienitz [CDU]: Ja!)

- Ja. - Gut. Dann würde ich darum bitten, mir zugestehen, dass ich das im Nachhinein prüfe und, wenn die Einzelabstimmung anders als die Interessentenliste ausfällt und das nicht rechtswirksam ist, dann die Interessentenliste vorschlage.

Können wir uns auf dieses Vorgehen einigen? Ich schaue einmal in die Gesichter. - Sie gucken teilweise nach unten. Das nutzt mir wenig.

(Heiterkeit)

- Man muss schon nicken oder den Kopf schütteln. - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Danke. - Ich muss einmal fragen: Wie viele Plätze für Gäste gibt es denn? Oder wie kommt jetzt diese Liste zustande?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es ist keine Liste. Es sind Interessenten, die gerne den Städtetag als Gäste besuchen möchten.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Und wie viele Gästeplätze gibt es?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bisher haben sich drei Interessierte gemeldet.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Frau Gabrysch will dann auch dahin.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 73

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Gut.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Das ist halt nur meine Frage. Schlägt man sich jetzt einfach selber vor und wird dann vielleicht gewählt oder auch nicht?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Man bekundet zumindest sein Interesse. Vielleicht ist das - -

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Okay. - Hiermit bekunde ich offiziell mein Interesse.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist angekommen.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

Gut. Dann machen wir eine Einzelabstimmung und gucken - - Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Hammer.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ich bitte, die Sitzung kurz für fünf Minuten zu unterbrechen!)

- Okay. Dann unterbrechen wir.

(Unterbrechung von
21.38 Uhr bis 21.44 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, können wir wieder in die Sitzung eintreten? - Dann nehmen Sie bitte Ihre Plätze ein.

Ich schlage Ihnen jetzt folgendes Verfahren vor: Sie legen die Anzahl der Gästeplätze, die diese Stadt bekommen soll, fest, und dann wählen wir mit Verhältniswahl die Leute hinein.

Zunächst bitte ich Sie aber um Vorschläge, wie viele Gäste Sie als Rat der Stadt Köln entsenden wollen.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich schlage die Anzahl von drei Gästen vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte sehr.

Matthias Büschges (AfD): Vielen Dank für das erteilte Wort. - Frau Oberbürgermeisterin, wir schlagen fünf Gäste vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. - Dann lasse ich darüber abstimmen. Ich habe zwei Vorschläge: einmal drei Gäste und einmal fünf Gäste.

Ich lasse zuerst über den weitergehenden Vorschlag abstimmen. Das ist der Vorschlag, fünf Gäste zu entsenden. Wer ist dafür, dass die Liste fünf Personen umfasst? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Nun frage ich zu dem Vorschlag von drei Gästen nach Gegenstimmen. - Die AfD-Fraktion stimmt dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann werden wir also drei Personen entsenden.

Da sich jetzt mehrere Interessenten gemeldet haben, frage ich, ob es eine gemeinsame Liste gibt. - Herr Achtelik.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schlage als gemeinsame Liste Manuel Jeschka von Volt, Birgit Dickas von der FRAKTION und Nicolin Gabrysch von den KLIMA FREUNDEN vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es eine weitere Liste? - Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Ich schlage Herrn Stephan Boyens vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. - Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

15. Sitzung vom 17. März 2022 Seite 74

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer stimmt für Liste 1? - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt und Die FRAKTION. Dann müssen wir einmal schnell rechnen, wie viele Stimmen das sind. Wer stimmt für Liste 2? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann haben wir das gleiche Ergebnis wie eben, nur ohne die Enthaltung. Damit sind alle Personen von Liste 1 gewählt. - Vielen Dank.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

**17.4 Antrag der Fraktion Volt betreffend „Neubesetzung Sachkundige*r Einwohner*in Gesundheitsausschuss“
AN/0519/2022**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17 Wahlen: Ausschuss Schule und Weiterbildung - Wechsel einer Sachkundigen Einwohnerin“
AN/0536/2022**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Umbesetzung Gleichstellungsausschuss“
AN/0602/2022**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.7 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Umbenennung von Sachkundigen Einwohnerinnen“
AN/0606/2022**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „TOP 17 - Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes im Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern“
AN/0603/2022**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir haben eine Dringlichkeitsentscheidung zu genehmigen:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**18.1 Erhebung einer Klage gegen den GFG-Festsetzungsbescheid als erforderliche Rechtshandlung im Vorfeld der Verfassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2022
0463/2022**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich bitte, jetzt die Nichtöffentlichkeit herzustellen, und bedanke mich bei allen, die uns bis zu diesem Punkt der Sitzung begleitet haben.

(Schluss: 21.50 Uhr)